Technik und Wirtschaft

Herausgeber: Dr.-Ing. Otto Bredt und Dr. Georg Freitag / VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7

31. Jahrgang

März 1938

Heft 3

Grundsätze und Richtlinien zur Organisation der Buchführung

im Rahmen eines einheitlichen Rechnungswesens

Von H. HINNENTHAL, Berlin und Murnau

Im Januarheft auf Seite 16 haben wir auf den Erlaß des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers vom 11. November 1937 über Grundsätze für Buchhaltungsrichtlinien hingewiesen. In den Richtlinien[1]) werden folgende Anforderungen an die Organisation der Buchhaltung gestellt (z. T. in gekürzter Form):

1. Buchführung im Regelfall: doppelte oder gleichwertige kameralistische Buchführung. Bei Kleinbetrieben des Einzelhandels und Handwerks einfache Buchführung angängig.

2. Die Buchführung muß klar und übersichtlich sein. Komplizierte Buchführungen verfehlen in den meisten Fällen ihren Zweck. Solche Buchführungen verbindlich vorschreiben zu wollen, hieße den Stand des betrieblichen Rechnungswesens überschätzen oder ihre Durchführung unmöglich machen. Bei Betrieben mit hochentwickeltem Rechnungswesen muß die Vergleichbarkeit der Buchführung im Aufbau mit der Kontenübersicht der zuständigen Wirtschaftsgruppe möglich sein. Bei Kleinbetrieben können die Anforderungen ermäßigt werden. Der in der Gruppe aufgestellte Kontenrahmen ist der einheitliche Organisationsplan der Buchführung für alle zugehörigen Betriebe.

3. Die Buchführung muß Stand und Änderung an Vermögen, an Kapital und Schulden und die Aufwände, Leistungen und Erfolge erfassen (Geschäftsbuchführung und Betriebsbuchführung).

4. Bei getrennten Buchführungen (z. B. Geschäfts- und Betriebsbuchführung ...) müssen die einzelnen Teile der Buchführung in einem organischen Zusammenhang stehen.

5. Der Kontierung dient am besten ein Kontenplan (für den Einzelbetrieb), der dem Kontenrahmen der Reichs-, bzw. Wirtschafts- bzw. Fachgruppe angepaßt werden muß.

6. Die Kontierung muß eine klare Erfassung und Abgrenzung der einzelnen Geschäftsvorfälle sowie eine ausreichend gute Gliederung der Bestands-, Aufwands-, Leistungs- und Erfolgsposten ermöglichen. Gliederung der Konten nach gesetzlichen Mindestanforderungen, Betriebsgröße und Betriebsfunktion.

7. Gemischte Konten sind möglichst zu vermeiden.

8. Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung nach Aktiengesetz, sinngemäß auch für Nicht-Aktiengesellschaften erwünscht.

9. Buchhalterische und statistische Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung sind gleichwertig.

10. Die Buchführung muß ausreichende Trennung zwischen Jahres- und Monatsrechnung und zwischen kalkulierbaren und nichtkalkulierbaren sowie außerordentlichen Aufwänden und Erträgen ermöglichen.

11. Die Buchführung hat Abstimmungsfunktion für alle betrieblichen Zahlen und Rechnungsformen zu erfüllen, insbesondere für Kalkulation und Statistik (Kontrollprinzip).

12. Für die Buchung müssen rechnungsmäßige Belege vorhanden sein, die geordnet aufzubewahren sind (Belegprinzip).

13. Die Buchführung muß leichte Nachprüfbarkeit im Sinne der vier Grundzwecke des Rechnungswesens zulassen.

14. Die Buchführung muß ausreichende Vergleichsmöglichkeit der einzelnen Betriebe bieten.

15. Eine weitgehende Vereinheitlichung der Buchführung ist nicht nur notwendig, sondern auch ohne Beeinträchtigung der Erkenntniskraft der Buchführung und der berechtigten besondern Betriebsbedürfnisse möglich.

16. In der Betriebsbuchführung der industriellen Betriebe sind Konten der Kostenarten, Halb-, Fertigerzeugnis- und Erlöskonten zu führen. Es ist besonderes Gewicht auf die Kontenarten und Kosten-(Leistungs-)Träger (Erzeugnisse) zu legen. Eingliederung der Kostenstellen ist in der Regel nur Betrieben mit gleichartigen Produktionsverhältnissen und Divisionskalkulationen zu empfehlen. In den meisten übrigen Fällen ist die Verwendung eines „Betriebsabrechnungsbogens" die bessere Lösung.

17. Der Betriebsabrechnungsbogen übernimmt die Zahlen aus der Buchführung, verteilt die Kostenarten nach festgelegten Gesichtspunkten auf die Kostenstellen und führt die umgruppierten Zahlen zur Belastung der Kosten-(Leistungs-)Träger wieder in die Buchführung ein. Der Betriebsabrechnungsbogen stellt die Verbindung zwischen Buchführung und Kalkulation dar.

Die Grundsätze und Richtlinien sind mit dem Erlaß an die Reichswirtschaftskammer und die Reichsgruppen Industrie, Handel und Handwerk mit der Anweisung ergangen, danach Richtlinien für das Rechnungswesen jeder Wirtschafts- und Fachgruppe aufzustellen und dem Reichswirtschaftsminister vorzulegen. Es handelt sich somit nicht mehr um eine Aufgabe, die den einzelnen Unternehmungen gestellt wird, ihr Rechnungswesen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit zu verbessern, sondern um eine Aufgabe, deren einheitliche Lösung den übergeordneten Wirtschaftsstellen übertragen wird.

Mit diesen Grundsätzen wird sich jedes Unternehmen und jeder an der Ausgestaltung des Rechnungswesens Mitarbeitende eingehend zu beschäftigen haben[2]). Im Erlaß wird die Gemeinschaftsarbeit aller Unternehmer gefordert, und die Praxis wird dieser Aufforderung ohne Zweifel mit bestem Willen nachkommen.

Die Führung liegt auf Grund der einheitlichen Richtlinien bei den Gruppen. In mancher Beziehung ist freie Wahl für verschiedene Lösungen und Möglichkeiten je nach Größe und Eigentümlichkeiten der Unternehmungen gelassen. Bei einigen Anforderungen ist zu befürchten, daß ihre Erfüllung in der Praxis auf Schwierigkeiten stoßen wird, bei andern sind

1) „Grundsätze für Buchhaltungsrichtlinien", zu beziehen durch das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, Berlin W 9.

2) Vgl. hierzu Dr.-Ing. *Otto Bredt* in Der Wirtschaftstreuhänder 1938 Heft 1/2 und Techn. u. Wirtsch. 1938 Heft 2.

noch nähere Aufklärungen erforderlich. Ein Kontenplan ist den Richtlinien als Beispiel für Fertigungsbetriebe angefügt.

Für die in den Gruppen und Unternehmungen zwecks Aufstellung der Gruppen-Richtlinien einsetzende Gemeinschaftsarbeit wollen die nachfolgenden Ausführungen einigen Überlegungen Ausdruck geben.

Kosten als leitender Grundgedanke

Die Richtlinien gehen in Übereinstimmung mit dem Gang der üblichen kalkulatorischen Rechnung von der Anschauung aus, daß ein Preis durch die Summierung von Kostenbestandteilen und von Aufschlägen hierauf gebildet wird. In der Praxis sind aber die Kosten meist nicht die ausschließlichen Faktoren der Preisbildung, sondern zahlreiche andere Faktoren, die außerhalb der Kostensphäre liegen, können darauf großen Einfluß gewinnen. An diesen darf eine Kalkulation, gleich ob sie einen inneren Preis als Grundlage der Betriebsdisposition oder einen äußeren Preis als Grundlage der Absatzdisposition veranschlagt, nicht vorübergehen, wenn sie nicht nur „Selbstkostenrechnung" sein will.

In den Richtlinien ist das Rechnungswesen einschließlich der Buchhaltung auf den Kostengedanken abgestellt. Die den Betrieb von Betriebsteil zu Betriebsteil durchziehenden Rohstoffe, Halb- und Fertigerzeugnisse erfahren in dem Maße eine Wertsteigerung, als sie K o s t e n verursachen und die ihnen entsprechende Leistung in sich aufnehmen. Das gilt sowohl für jeden Betriebsteil als für das Betriebsganze, und daraus ergibt sich für das Rechnungswesen, das diese in der Vorstellung bestehenden Vorgänge wertmäßig erfassen soll:

Summe aller Betriebsteilkosten = Wertsteigerung der Erzeugnisse im Betriebsteil = Betriebsteilleistung,

Gesamtbetriebskosten = Wertsteigerung aller Erzeugnisse = Gesamtbetriebsleistung.

Unter Erzeugnissen werden hierbei nicht nur die zum Verkauf kommenden, sondern auch die etwa selbst erstellten Anlagen und Werkzeuge, wertsteigernde Eigenreparaturen u. dgl. verstanden. Die Rechnung hat festzustellen:

Was sind Kosten (Kostenbegriff), woraus bestehen sie (Kostenarten), und welchen Gesamtbetrag (Kostensumme) machen sie aus?

Welcher Anteil entfällt davon auf die Betriebsteile (Kostenstellen)?

Wie und in welcher Höhe sind sie auf die Erzeugnisse zu verrechnen (Verrechnungskosten)?

Nachdem die im Vertrieb verbliebenen Bestände an Halb- und Fertigerzeugnissen zu Herstellungskosten aktiviert und die Erlösschmälerungen, die nicht zu den Kosten gehören, berücksichtigt sind, ergibt sich folgende Schlußrechnung:

Istkosten der verkauften Erzeugnisse	Erlös der verkauften Erzeugnisse
Unterdeckung der Istkosten gegen Verrechnungskosten	Überdeckung der Istkosten gegen Verrechnungskosten
Saldo (Gewinn)	Saldo (Verlust)

Die Über- oder Unterdeckung von Ist- gegen Verrechnungskosten ist in jeder Kostenstelle ausweisbar.

Die Vorstellung, die Erzeugnisse sind Träger der Kosten und der Leistung, ist für die Herstellung ungezwungen. Die auf die Erzeugnisse verrechneten Herstellungskosten gehen entweder unmittelbar in sie ein (Arbeit), oder sind im Stück enthalten (Material), oder sind ihnen als Gegenwert von Gemeinkosten zugehörig und zurechnungsfähig. Gezwungen aber wird die Vorstellung, wenn sie auf den Vertrieb und auf den Verkauf angewandt wird. Die hier entstehenden Kosten verkörpern sich nicht in dem fertigen und verkaufsfähigen Erzeugnis, sondern werden ihm angelastet, und dies ist unabhängig von den entstandenen oder verrechneten Kosten nur in dem Grade möglich, der bedingt ist durch die Absatzmöglichkeit zu einem vorgeschriebenen, oder dem Wettbewerb unterliegenden, oder auf dem freien Markt bestehenden, oder vereinbarten, oder erzielbaren Preise. Die Erzeugnisse sind nur insoweit Träger der Verkaufs- und Verwaltungskosten, als diese im Preis vor Erlösschmälerungen, die nicht zu den Kosten gehören, und vor dem Nutzen gedeckt werden.

Demgegenüber ist die Vorstellung, daß nicht die objektiven Erzeugnisse, sondern die subjektiv-verantwortlichen Betriebsbereiche (Kostenstellen) die Träger der in ihnen entstandenen Kosten und erzielten Leistungen sind, auf alle betrieblichen Abläufe, sowohl in der Herstellung wie im Verkauf und Vertrieb zwanglos und einheitlich übertragbar. Die Erzeugnisse sind dabei U r s a c h e von Kosten und E r g e b n i s s e von Leistungen.

Die Richtlinien leiten das Rechnungswesen mit besonderer Betonung aus dem Kostengedanken ab, der dann in dem treppenförmigen Aufbau der Verrechnungskosten in der Klasse 5 des Kontenplanes zum Ausdruck kommt und damit zugleich die Kalkulation der Erzeugnisse darstellt.

Die Gruppen werden bei ihren Untersuchungen finden, daß das Rechnungswesen mancher Betriebe von andern Vorstellungen ausgegangen ist, z. B. von dem Denken in Preisen, bei dem der Absatz nach außen das letzte Glied einer Preiskette von inneren Verrechnungspreisen im Durchlauf der Güter von Bereich zu Bereich bildet, und demnach die Deckung des U m s a t z e i n s t a n d e s durch den U m s a t z als E r t r a g erscheint. Es kann hier nicht die Aufgabe sein, auf diese oder andre Einstellungen, die sowohl dem Sinne der doppelten Buchhaltung als auch der Gewinn- und Verlustrechnung des Aktiengesetzes näherliegen, einzugehen. Immerhin ist darauf hinzuweisen, daß hier der Versuch gemacht worden ist, zwischen dem Rechnungswesen des Unternehmens und den Gedankengängen des Aktiengesetzes eine innere Harmonie herzustellen.

Es ergibt sich die Frage, ob die Vorstellung, von der die Richtlinien und Grundsätze ausgehen, andre Gedankengänge mit ihren Folgerungen für das Rechnungswesen ausschließen, auch wenn sie denen der Richtlinien in bezug auf Klarheit, Einfachheit, Nachprüfbarkeit und Vergleichbarkeit gleichwertig sind. Es wäre zu begrüßen, wenn die Richtlinien in dieser Beziehung unter Bezugnahme auf Ziffer 8 nicht als Mußvorschrift zu deuten wären.

Dagegen möchte man der Ziffer 2, in der eine klare, übersichtliche und vor allem e i n f a c h e Buchhaltung gefordert wird, größte Beachtung wünschen. Unter diesen Gesichtspunkten sei im folgenden die Ableitung der Kosten in und aus der Buchhaltung und die Verteilung der Kosten auf die Kostenstellen einer Betrachtung unterzogen.

Die Ableitung der Kosten nach Arten und Summe

In dem den Richtlinien beigegebenen Kontenplan, der zwar nur ein Beispiel für die Fertigungsbetriebe ist, aber doch für diese bei Zuschlagskalkulation wohl als richtunggebend angesehen werden darf, erscheinen die Kostenarten in Klasse 4.

Sie werden aus den Aufwendungen, die in ihrer Gesamtheit nicht in einer Klasse aufgeführt werden, wie folgt abgeleitet:

A b g e g r e n z t werden in Klasse 2 von den Aufwendungen 20 die außerordentlichen und betriebsfremden Aufwendungen 21 die Zinsaufwendungen

22 die Ertragssteuern
23 die Haus- und Grundstücksaufwendungen
26 Großreparaturen und in Bau befindliche Anlagen (Fremdleistungen).

Sie gehen unmittelbar an Gewinn- und Verlustkonto bzw. Haus- und Anlagenkonto.

Zeitlich ausgeglichen werden die Aufwendungen der Klasse 2
27 Vor- und Nachleistungen
271 Versicherungen
272 Urlaubslöhne
275 Berufsgenossenschaft
276 Steuern.

Diese im Kontenplan nur beispielhaft genannten Aufwendungen sind in der Praxis erheblich zahlreicher, z. B.
sämtliche Löhne (Zahlung — Leistung),
Werkzeuge, Vorrichtungen, die innerhalb eines Jahres verbraucht und daher nicht aktiviert werden,
Heizungsmaterial, Lichtstrom, wenn die Monate gleichmäßig belastet werden sollen,
eigene und fremde Reparaturen, die nicht vorauszusehen sind,
Werbungskosten, die nicht gleichmäßig auftreten,
Rückstellungsverluste u. a. m.

Die in Vorveranschlagung und tatsächlichem Anfall ausgeglichenen Aufwendungen ergeben gegenüber den buchmäßigen Aufwendungen Salden, die dem Abschlußkonto 90 „Abgrenzungssammelkonto" zugehen.

Zugerechnet werden die Preisunterschiede zwischen Einkauf und Verrechnung für Hilfs- und Betriebsstoffe (281) und die angesetzten kalkulatorischen Abschreibungen (291). Damit läßt sich der Begriff der betrieblichen Periodenkosten wie folgt kennzeichnen:
Alle Aufwendungen in der Periode (Monat)
abzüglich der abgegrenzten betriebsfremden Aufwendungen
abzüglich der auszugleichenden Aufwendungen
zuzüglich der ausgeglichenen Periodenaufwendungen
zuzüglich der Preisdifferenzen
zuzüglich der kalkulatorischen Abschreibungen
zuzüglich der Sonderkosten.

Die so abgeleiteten Aufwandsbestandteile bilden die in Klasse 4 erscheinenden Kosten, denen nur ein solcher Genauigkeitsgrad zugesprochen werden kann, als ihn die Ableitung bedingt.

Die Verteilung der Kosten auf die Kostenstellen (Betriebsabrechnungsbogen)

Die Kosten werden, wenn in der Buchhaltung keine Kostenstellenrechnung vorgesehen ist (Kontenklasse 6 ist dafür freigehalten), in einem Betriebsabrechnungsbogen auf die Kostenstellen verteilt. Der Betriebsabrechnungsbogen, für den ein Muster in der RKW-Broschüre „Geordnetes Rechnungswesen" (1937) zu finden ist, wird als bekannt vorausgesetzt. Die Verteilung erfolgt durch Schlüsselung mit verschiedenen Grundlagen (Gehalts- und Lohnlisten, Entnahmescheine, Rechnungen, Verbrauch, Anlagewerte, Grundflächen, Kopfzahlen, Löhne usw.). Allgemeine Kostenstellen werden auf alle übrigen Kostenstellen, Fertigungshilfsstellen auf Fertigungsstellen umgelegt. Der Bogen rechnet den Betrieb nicht in dem Sinne ab, daß er die Leistungen der einzelnen Betriebsbereiche an den Werten der Geschäftsbuchhaltung nachprüft oder Sollwerten der Kalkulation oder Planung gegenüberstellt, sondern er beschränkt sich auf eine Kostenschlüsselung.

Damit entstehen die auf die Kostenstellen verteilten Kosten, die in ihrer Summe mit der Summe der Klasse 4 übereinstimmen, aber in bezug auf die Verteilung sich den wirklich entstandenen Kosten nur insoweit annähern, als dies durch die gewählten Schlüsselungen gegeben ist.

Aus den verteilten Kosten ergeben sich dann die bekannten kalkulatorischen Zuschläge auf Fertigungslöhne, Fertigungsmaterial und auf Fertigungskosten. Die Bezugskosten und die zuschlagsmäßig bezogenen Kosten sind die Verrechnungskosten der Klasse 5 des Kontenplanes. Die Unterschiede zwischen verteilten und verrechneten Kosten sind die auf Seite 62 erwähnten Über- oder Unterdeckungen.

Kosten in der Buchhaltung

Wenn vorher darauf hingewiesen wurde, daß sich Kosten als abgegrenzte, ausgeglichene, zugerechnete und geschlüsselte Werte nur mit einer für ihre Zweckverwendung ausreichenden Genauigkeit ableiten lassen, so soll damit nicht etwa die Forderung nach einem höheren Grad der Genauigkeit erhoben, sondern nur gekennzeichnet werden, daß Kosten bedingte Werte (Erfüllung der bei ihrer Ermittlung gemachten Annahmen und Voraussetzungen) sind. Sie liegen als interne Zweckwerte für die Betriebsrechnung und Kalkulation in einer andern Ebene als die aus Zugang und Abgang zwangläufig entstehenden Aufwandswerte der Geschäftsbuchhaltung.

Die Geschäftsbuchhaltung verbucht Werte, die immer ein Kontrahieren mit einem Außenstehenden voraussetzen (Kunde, Lieferant, Personal, Zahler, Empfänger, Gesellschafter usw.) und somit rechtsgebunden sind (Handelsrecht, Steuerrecht, Schuldrecht, Bilanzrecht, Gesellschaftsrecht usw.). Die Beträge werden bis auf den Pfennig bestimmt geführt, gleich ob sie aus Rechnung oder Bewertung herrühren, weil eine rechtliche Austragung möglich ist.

Man kann die kostenmäßige Betriebsrechnung in die Buchhaltung einbauen. Aber es ergeben sich dann im Kontenplan zwei voneinander geschiedene Zonen, bei der der Übergang von der einen in die andere immer nur auf dem Umwege über die Statistik möglich ist. Die Grenze der beiden Zonen müßte im gegebenen Beispiel des Kontenplanes in der Klasse 2 unterhalb des Kontos 25 gezogen werden und die Klassen 4 bis 7 einbeziehen. Die eine Zone enthält dann die Geschäftsbuchhaltung, die andere die nachkalkulatorische Kostenrechnung. Beide bilden jetzt Bestandteile eines Kontensystems, in dem Werte verschiedenen Inhalts buchmäßig verrechnet werden.

Daraus entstehen für das Rechnungswesen Folgen und Folgerungen:

1. Die Buchhaltung, die bei dem Bestehen einer Kontenklasse „Aufwendungen" jede Aufwendung ausbuchen könnte, wird bei den Buchungen auf den Kostenkonten der Klasse 4 von der Statistik und Kalkulation abhängig. Sie muß die Angaben, was auf Fertigungslöhne, Hilfslöhne, Urlaubslöhne, Hilfs- und Betriebsstoffe usw. zu verbuchen ist, von andern Stellen des Rechnungswesens erhalten, denn sie selbst hat die Unterlagen dafür nicht. Sie kennt nur Aufwendungen für Löhne, Einkauf, für Steuerzahlungen über Kasse, Bank usw. Sie kann auch diese Angaben nicht laufend erhalten, denn der Betriebsabrechnungsbogen muß ja erst abgeschlossen sein, was immerhin eine ziemliche Zeit in Anspruch nehmen dürfte, bis die Ausbuchungen erfolgen können. Es wird daher bis dahin eine große Zahl von Konten offen bleiben müssen. Der Kontenplan deutet die Konten nur beispielhaft an, ihre Zahl wird bei großen Buchhaltungen in Wirklichkeit weit höher sein. Eine Klasse „Aufwendungen", die es ermöglichen würde, wenigstens die Geschäftsbuchhaltung ständig auf dem laufenden zu halten, an die dann die Kostenverrechnung anschließt, wird in der Praxis vermißt werden.

2. Wenn die Kostenermittlung nur mit Hilfe der Statistik möglich ist — der Betriebsabrechnungsbogen ist in Wirklichkeit statistische Kostenverteilung —, so liegt der Gedanke nahe, sie dieser Teilrechnung ganz zuzuweisen und die Buchhaltung davon zu entlasten. Damit würden dann in jeder der beiden Rechnungen homogene Werte verrechnet.

Nach den zum Kontenrahmen gegebenen Erläuterungen dient die Statistik zur Ergänzung der Buchführung und weiteren Auswertung ihrer Ziffern mit dem Zwecke, bestimmte Betriebsanalysen vorzunehmen und Kennziffern der Vermögensverhältnisse, Umsätze, Bestände, Kosten und Erfolge zu errechnen. Die Statistik kann größere Aufgaben erfüllen, wenn sie eine aus der Buchhaltung abgeleitete und an ihr nachprüfbar abgestimmte Teilrechnung ist. Dann können Zweckrechnungen, die in kontenmäßiger Führung eine große Arbeit verursachen, von ihr in einfacher und zuverlässiger Weise übernommen werden. Dann ist es auch möglich, ohne Störung und Verzögerung der Geschäftsbuchhaltung ihre Auswertungen der dritten Teilrechnung, Kalkulation, so zu liefern, daß diese selbst eben nur zu kalkulieren braucht. Die Statistik kann die gleiche Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit beanspruchen wie die aus ihr in der Buchhaltung zur Erscheinung kommenden Zahlen. Die statistische Rechnung ist in ihrer Beweglichkeit der kontenmäßigen Rechnung überlegen, und sie bietet auch die Möglichkeit, ihre Ergebnisse periodenweise in sich abzuschließen und in dieser Form den übrigen Teilrechnungen zu liefern, ohne diese mit dem Entstehen der Rechnungen zu belasten.

Bei getrennter Geschäfts- und Betriebsbuchhaltung — nach Ziffer 3 und 4 der Richtlinien haben die Gruppen Wahlfreiheit — würde die Betriebsrechnung selbst in statistischer Form durchgeführt werden können. Sie bleibt damit eine in sich geschlossene Zweckrechnung, die die Unterlagen für die Kostenverrechnung aus der Statistik erhält.

Eine in die Buchhaltung aufgenommene Statistik wird eine große Mehrarbeit verursachen gegenüber einer auf die Buchhaltung abgestellten Statistik. Die Entscheidung der Wirtschaftsgruppen wird den Vorteil der Personaleinsparung, die heute besonders im Vordergrund steht, und der größeren Einfachheit und Klarheit in Betracht ziehen.

3. Nach den Richtlinien soll die Organisation der Buchführung im Rahmen eines einheitlichen Rechnungswesens durchgeführt werden. Hierbei wäre zu beachten, daß die Geschäftsbuchhaltung selbst diesen Rahmen darstellt, der das gesamte Rechnungswesen umschließt. Von ihr geht jede Teilrechnung aus, und in sie mündet jede wieder ein. Jede Teilrechnung stimmt entweder beim Ausgang von der Geschäftsbuchhaltung oder bei der Rückkehr in sie oder an beiden Stellen mit ihr ab, und darin liegt der organische Zusammenhang aller Rechnungen, der nicht nur zwischen Geschäfts- und Betriebsbuchhaltung, sondern auch unter den Teilrechnungen und unter ihnen mit der Geschäftsbuchhaltung bestehen muß. Ist die Buchhaltung, die reine Zustandsveränderungen, ihre Ursachen und Folgen festhält, selbst schon wie z. B. bei den Kosten mit bereits abgestimmten Werten durchsetzt, so verliert sie in gleichem Maße an ihrer Fähigkeit, Abstimmungsfunktion zu sein, die nach Ziffer 11 der Richtlinien für alle betrieblichen Zahlen und Rechnungsformen gefordert wird (Kontrollprinzip).

4. In Ziffer 12 der Richtlinien wird gefordert, daß für die einzelnen Buchungen rechnungsmäßige Belege vorhanden sein und aufbewahrt werden müssen. Hierbei ist wahrscheinlich zunächst an Quittungen, Rechnungen, Entnahmescheine u. dgl. gedacht. Werden Kosten in die Buchhaltung eingeführt, so bedarf auch ihre Verbuchung eines Belegs, der aber nicht mehr den Charakter der Unterlage für eine vollzogene Handlung hat, sondern den einer Buchungsanweisung annimmt, z. B. von Kasse für Fertigungslöhne, für Urlaubslöhne u. dgl.

5. Die Vorschriften des Aktienrechts für die Gewinn- und Verlustrechnung können bei Einführung von Kosten in die Buchhaltung zwangläufig und kontenmäßig erfüllt werden, wenn die Kostenstellenrechnung statistisch vorgenommen wird. Die Kosten werden dabei wie Aufwendungen behandelt, und die Übereinstimmung vom engeren Geschäftsgewinn mit dem Betriebserfolg wird dadurch erreicht, daß die Kosten-Über- und -Unterdeckungen gegenüber den Verrechnungskosten vom Gewinn und Verlust isoliert werden. Diesen Über- und Unterdeckungen kommt besonders bei den Betriebs- und Verwaltungskosten nur eine geringere innere Bedeutung zu. Das Abgrenzungssammelkonto muß die Unterschiede zwischen zunächst geschätzten Kosten und tatsächlichem Anfall auffangen. Die Überschneidungen von Kosten und Aufwendungen müssen somit für die Gewinn- und Verlustrechnung aus der Buchführung wieder beseitigt werden.

Dem Bilanzprüfer, der entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Aktienrechts nach Aufwand und Ertrag zu prüfen hat, wird die Einführung der Kosten in die Buchhaltung möglicherweise Schwierigkeiten bereiten.

Der Aufbau des Rechnungswesens

„Ein geordnetes Rechnungswesen muß alle Geschäftsvorfälle und die mit ihnen verbundenen Mengen- und Wertbewegungen lückenlos erfassen und planmäßig ordnen.“ Diese Fassung deckt in jeder Beziehung den Zweck des Rechnungswesens, Ausdruck des geschäftlichen und betrieblichen Lebens zu sein.

Wenn die Aufgabe gestellt wird, das Rechnungswesen eines Unternehmens unter besonderen Gesichtspunkten, wie Einheitlichkeit, Einfachheit, Vergleichbarkeit zu ordnen und aufzubauen, so ist die wichtigste Erkenntnisquelle: das in der Vergangenheit Abgeschlossene und unabänderlich Feststehende, das in der Buchhaltung seinen zahlenmäßigen Niederschlag findet. Es ist für den Aufbau des Rechnungswesens zunächst weniger wichtig, in welcher Ordnung dieses Ausgangsmaterial vorgefunden wird, sondern was es an Aufklärungsmöglichkeiten bietet. Die Ordnung ist erst ein späteres Ziel. Wird dieses vorangestellt und als erstes die Buchhaltung durch einen neuen Kontenplan entsprechend verändert, so entsteht eine Übergangszeit vom Alten zum Neuen, in der der Zusammenhang des Früheren mit dem Jetzigen gelockert wird oder verloren geht. Dieser Zusammenhang ist aber von großer Bedeutung, da es für alle Teile des Rechnungswesens wichtig ist, die Entwicklung von Zustand zu Zustand zu erfassen und die Beobachtung der Tendenz auf eine längere Periode auszudehnen.

Zahlreiche Unternehmen, besonders die kleineren, haben keine Kontenpläne, und doch hat sich bei ihnen aus der ständigen Wiederkehr gleichartiger Buchungen eine zwar nicht nach Nummern und Gruppen geschiedene, aber doch für die Buchungsbedürfnisse, besonders der Bilanz, natürlich gewordene Gliederung ergeben. Bei andern Unternehmen besteht ein einfacher Kontenplan, jedoch entsprechen die Unterkonten nicht immer sauber der Bedeutung der Kontenklassen. Große Unternehmen mit mehreren und ausgedehnten Buchhaltungen kommen ohne einen Kontenplan nicht durch. Bei ihnen hat eine Änderung der Kontenklassen und Kontennummern eine große Tiefenwirkung.

Daß die übergeordneten Wirtschaftsstellen bei ihren Untersuchungen auf viele Abweichungen in den vorgefundenen

Kontenplänen stoßen werden, darf als sicher angenommen werden. Sie zeigen sich schon in allen in der Literatur bekanntgewordenen Plänen. Vergleicht man z. B. untereinander den Kontenplan der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau, den vom RKW in seiner Broschüre „Geordnetes Rechnungswesen" empfohlenen, die Kontenpläne der bekannten „Einheitsbuchführungen" und den in den Richtlinien als Beispiel gegebenen, so wird man dies bestätigt finden. Daß diese Unterschiede übergeordnete Rechnungen, besonders auf dem Gebiete des Betriebsvergleichs, erschweren, muß ohne weiteres zugegeben werden. Eine größere Einheitlichkeit der Pläne würde von Vorteil sein. Dies vorangestellt, ist aber zu überlegen, bei welcher Reihenfolge der Aktionen der Aufbau des Rechnungswesens am zweckmäßigsten und am störungsfreisten zu erreichen ist.

Von Ausnahmefällen abgesehen, wird es immer möglich sein, aus jeder einwandfrei geführten Buchhaltung die Unterlagen nachprüfbar abzuleiten, die für die Zwecke der Betriebsbuchhaltung, der Statistik und der Kalkulation erforderlich sind. Es macht manchmal etwas Mühe, aber man kommt in der Praxis stets zum Ziel.

Von den vier Rechnungen ist die Statistik in ihrer Zweckbestimmung und Ordnung am wenigsten gebunden. Hier verspricht eine Vereinheitlichung am sichersten und schnellsten Erfolg. Wenn es klargestellt ist, was statistisch erfaßt werden und wie die Statistik vorgehen soll, so ergibt sich von selbst die Frage, in welcher Gliederung die Buchführung die Unterlagen, die die Statistik in Zweckformen umzurechnen hat, am zweckmäßigsten entnahmefähig machen könnte. Es wird sich hier in der Regel zeigen, daß die Aufgliederung in der Geschäftsbuchhaltung keineswegs weit vorgetrieben werden muß. Und damit ergeben sich schon wichtige Gesichtspunkte für die Organisation der Buchhaltung selbst. Verfährt man in gleicher Weise bei der Kalkulation, die ja im wesentlichen ihre Ansätze von der Statistik erhält, bei der Betriebsbuchhaltung, die sowohl von der Buchhaltung wie der Statistik wie der Kalkulation beliefert wird, und schließlich bei der Planung, die innerhalb und außerhalb dieser Zweckrechnung ansetzt, so würden alle an die Organisation der Buchhaltung zu stellenden Ansprüche von innen heraus entstehen. Erst dann würde mit Vorsicht die Umstellung der Buchhaltung selbst begonnen werden, deren Aufschlußfähigkeit während des Aufbaues des Rechnungswesens erhalten bleibt, ohne daß die Kontinuität verloren geht.

Hierbei würde sich auch von selbst die Abstufung der Anforderungen bei großen, mittleren und kleineren Unternehmen ergeben, die sich in jeder Wirtschaftsgruppe vorfinden.

Der umgekehrte Weg, erst Buchhaltung als Grundlage — dann Zweckrechnungen als Folge, liegt dem Denken näher, und er würde ohne weiteres zu befolgen sein, wenn es sich etwa darum handelte, für ein neu errichtetes Unternehmen ein gutes Rechnungswesen aufzustellen. Bei der in dem Erlaß vorliegenden Aufgabe handelt es sich aber nicht nur darum, daß sie gelöst wird, sondern auch darum, daß dies bei den in höchster Anspannung stehenden Betrieben mit den geringsten Beeinträchtigungen des Geschäftsganges und dem geringsten Kräfteaufwand ermöglicht wird.

[3437]

Der Arbeitseinsatz in Deutschland seit 1933

In allen Gewerbezweigen der deutschen Wirtschaft machte sich — namentlich in den Jahren 1936 und 1937 — ein empfindlicher Facharbeitermangel bemerkbar, der sich heute schon zu einem allgemeinen Mangel an männlichen und weiblichen Arbeitskräften entwickelt hat. In der bildlichen Darstellung ist ein Gesamtüberblick über die Entwicklung des Verhältnisses der Beschäftigten zu den Beschäftigungslosen in den letzten 5 Jahren gegeben.

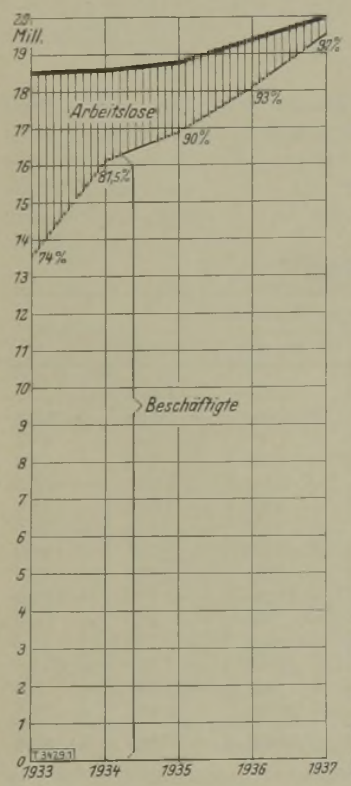

Bild 1. Beschäftigte und Arbeitslose in Deutschland 1933 bis 1937

Der Anteil der Beschäftigungslosen ist in der dargestellten Zeitspanne von 26 % auf 3 % zurückgegangen, wobei zu berücksichtigen ist, daß immer ein nicht geringer Prozentsatz der gesamten Arbeiterschaft aus gesundheitlichen oder andern Gründen für längere Zeit ausfällt. Die vorübergehend kranken Beschäftigten sind in der Darstellung mit zu den Beschäftigten gerechnet worden.

Es liegt die Möglichkeit nahe anzunehmen, daß bei derartigen Statistiken wegen der im Militär- und Arbeitsdienst gebundenen Personen die Basis im Laufe der Jahre kleiner und somit das Verhältnis der Beschäftigten zu den Beschäftigungslosen aus diesen Gründen besser geworden ist. Das zugrunde liegende amtliche Material läßt jedoch demgegenüber erkennen, daß die Gesamtzahl der den Berechnungen zugrunde liegenden Personen von rd. 18,5 auf 20,1 Mill., d. h. um rd. 9 % gestiegen ist.

Die Besserung der Arbeitsverhältnisse war in den Gebieten Mitteldeutschland und Niedersachsen die größte. Hier stiegen die Beschäftigtenziffern um rd. 45 %, während die Arbeitslosenziffern um rd. 95 bis 97 % zurückgingen. In einigen Grenzgebieten (vor allem Bayerische Ostmark, Baden), aber auch in den Großstädten (Hamburg, Berlin) sind die Ergebnisse ungünstiger. *N.* [3429]

Beratung durch unabhängige Fachingenieure

Das steigende Verlangen nach technischer Beratung durch unabhängige Fachingenieure hat dem Verein Beratender Ingenieure E V (VBI) Veranlassung gegeben, ein neues Verzeichnis seiner Mitglieder nach dem Stand vom Januar 1938 aufzustellen, das den Bedürfnissen der Praxis entsprechend mit einem Fachgruppen-Verzeichnis versehen ist. Dieses Fachgruppen-Verzeichnis gestattet einen schnellen Überblick über die für bestimmte Aufgaben in Betracht kommenden beratenden Ingenieure. Die Anschrift des Vereins Beratender Ingenieure ist: Berlin NW 7, Dorotheenstr. 40. [3439]

Die deutsche Seeschiffahrt von heute

Von Dr. HERMANN PANTLEN, Stuttgart

Die Wirtschaftstätigkeit hat einen Stand erreicht, nach dem die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise als überwunden gelten können. Demnach tritt das in den vergangenen Jahren im Vordergrund stehende Problem der Abwrackung zurück, und der Weltschiffsraum nähert sich der Vollausnutzung. Die meisten Staaten verzeichnen wieder einen Zuwachs an Schiffsraum; auch die Qualität bewegt sich in aufsteigender Linie. Das Deutsche Reich konnte erstmalig wieder seinen Gesamtbestand an Seeschiffen vergrößern und die Altersgliederung durch Neubauten verbessern; bereits im Jahre 1936 konnten die Bilanzverluste der deutschen Reedereien verringert werden; für 1937 sind kleine Gewinne zu erwarten, die die Möglichkeit geben, die Schäden der Krise auszubessern. Weitsichtige Unternehmer warnen vor zu großem Optimismus und sehen in der augenblicklichen Verteuerung der Neubauten die Möglichkeit, angemessene Frachten aufrecht zu erhalten.

1. Der Wirtschaftsaufschwung und der Weltschiffsraum

Nach den Berichten des Instituts für Konjunkturforschung hat die Wirtschaftstätigkeit in den meisten Ländern der Erde einen Stand erreicht, bei dem die Wirkungen der großen Krise von 1929 bis 1933 im großen und ganzen als überwunden gelten können. Die Industrieproduktion ist im allgemeinen höher als vor dem Kriege, der Welthandel hat, wenigstens dem Umfang nach, eben den Höchststand von 1929 erreicht, und auch im Verbrauch macht sich eine neue wirtschaftliche Blüte geltend. In den überseeischen Ländern steht die Konjunktur dabei noch ganz unter dem starken neuen Antrieb, den ihr die Rohstoffhausse während des Winters verliehen hat. Aus Nordamerika, aus Großbritannien, den Skandinavischen Reichen und andern Ländern wird von einer Feriensaison berichtet, die lange nicht ihresgleichen gehabt haben soll. Anderseits befindet sich die politische Welt in einem Zustand großer Unruhe und Nervosität: der Bürgerkrieg in Spanien dauert an, und Japan und China sind in blutige Auseinandersetzungen geraten, deren Beendigung nicht abzusehen ist.

Die wirtschaftliche Konjunktur findet ihr Spiegelbild in der Weltschiffahrt: Während man in früheren Jahren die Abwrackung des beschäftigungslosen Schiffsraumes in den Vordergrund zu stellen gewohnt war, nähert sich heute der vorhandene Schiffsraum der Vollbeschäftigung; allerdings ist nicht abzusehen, welche Rückwirkungen von den politischen Unruheherden der Welt auf die Schiffahrt ausgehen werden. Immerhin ist in diesem Zusammenhang die Tatsache interessant, daß der Gesamtschiffsraum an abgewrackten Dampfern und Motorschiffen in den vergangenen 10 Jahren 11 594 000 BRT beträgt; das macht einen jährlichen Abgang von 1,8 % aus. Zählt man zu diesen Zahlen noch den Abgang durch Unglücksfälle in derselben Zeit mit 3 783 000 BRT hinzu, so beträgt der jährliche Gesamtabgang durchschnittlich 2,5 %, ist also ungenügend, wenn man die Lebensdauer eines Schiffes mit etwa 25 Jahren begrenzt. Nach Lloyd's Register betrug der Weltschiffsraum am 30. Juni 1937: 66 286 024 BRT gegenüber 65 063 643 BRT am 30. Juni 1936. Im einzelnen ist im Berichtsjahr der Weltschiffsraum an Dampfern um 191 559 BRT zurückgegangen, während der Weltschiffsraum an Motorschiffen eine Zunahme von 1 158 114 BRT erfahren hat. Da beim Weltschiffsraum an Segelschiffen wiederum, wie in früheren Jahren, eine Abnahme von 44 174 BRT zu verzeichnen ist, betrug der Zuwachs der Welthandelsflotte im vergangenen Jahr 1 222 381 BRT; zum Vergleich sei hier angeführt, daß der Zuwachs zwischen dem 1. Juli 1935 und dem 30. Juni 1936: 177 671 BRT betragen hatte.

Einen wesentlichen Zuwachs des nationalen Schiffsraums im vergangenen Jahre verzeichnen folgende Länder: Norwegen (293 127 BRT), Japan (259 420 BRT), Großbritannien und Irland (258 482 BRT), Deutsches Reich (218 824 BRT), Niederlande (123 040 BRT), Italien (114 475 BRT), China 108 406 BRT), Panama (83 008 BRT), Finnland (67 662 BRT) und Griechenland (54 585 BRT). Den größten Rückgang haben folgende Länder zu verzeichnen: Frankreich (132 206 BRT), Spanien (102 655 BRT) und die Vereinigten Staaten von Amerika — Überseeschiffsraum (100 275 BRT).

Im letzten Menschenalter vollzog sich eine überraschende Entwicklung der Handelsflotten der Welt: der Schiffsraum an Dampfern und Motorschiffen wuchs von 24 008 883 BRT im Jahre 1901 auf 65 271 440 BRT im Jahre 1937 an. Die Verteilung dieses Schiffsraumes der Welt war, wie Zahlentafel 2 zeigt, nicht gleichmäßig.

Im Zeitraum zwischen 1901 und 1914 war neben Großbritannien und Irland Frankreich die einzige Nation, die einen anteiligen Rückgang an Schiffsraum aufwies, und seit 1914 zeigen nur Großbritannien und Irland und das Deutsche Reich, letzteres als eine Folge des auf diesem Gebiete noch

Zahlentafel 1. Statistik der Welthandelsflotte (in 1000 BRT)

Land	1914	1925	1937	Unterschied zwischen 1925 und 1914	Unterschied zwischen 1937 und 1925	Unterschied zwischen 1937 und 1914	in %
Großbritannien und Irland	18 892	19 305	17 436	+ 413	— 1869	— 1 456	— 7,7
Brit. Dominions	1 632	2 603	2 962	+ 971	+ 359	+ 1 330	+ 81,5
Dänemark	770	1 022	1 118	+ 252	+ 96	+ 348	+ 45,2
Frankreich	1 922	3 320	2 844	+ 1 398	— 476	+ 922	+ 48,0
Deutsches Reich	5 135	3 006	3 928	— 2 129	+ 922	— 1 207	— 23,5
Griechenland	821	895	1 855	+ 74	+ 960	+ 1 034	+ 125,9
Niederlande	1 472	2 588	2 631	+ 1 116	+ 43	+ 1 159	+ 78,7
Italien	1 430	2 931	3 174	+ 1 501	+ 243	+ 1 744	+ 122,0
Japan	1 708	3 920	4 475	+ 2 212	+ 555	+ 2 767	+ 162,0
Norwegen	1 957	2 618	4 347	+ 651	+ 1729	+ 2 390	+ 122,0
Spanien	884	1 143	1 044	+ 259	— 99	+ 160	+ 18,0
Schweden	1 015	1 254	1 494	+ 239	+ 240	+ 749	+ 47,2
Vereinigte Staaten von Amerika (Übersee)	2 027	11 932	9 347	+ 9 905	— 2585	+ 7 320	+ 361,1
„ „ „ „ (Gr. Seen)	2 260	2 277	2 441	+ 17	+ 164	+ 181	+ 8,0
Andere Länder	3 479	3 566	6 175	+ 87	+ 2609	+ 2 696	+ 77,5
Summe	45 404	62 380	65 271	+ 16 976	+ 2891	+ 19 867	+ 43,8

Statistical Notes on the 1937/38 Edition of Lloyd's Register Book. S. 2.

Zahlentafel 2. Verteilung des Weltschiffsraums in Dampfern und Motorschiffen (in %)

Land	1901	1914	1937
Großbritannien und Irland	50,2	41,6	26,7
Verein. Staaten von Amerika (Überseeschiffsraum)	4,2	4,5	14,3
Japan	2,2	3,8	6,9
Norwegen	3,4	4,3	6,7
Deutsches Reich	10,1	11,3	6,0
Italien	2,7	3,1	4,9
Frankreich	4,4	4,2	4,4
Niederlande	2,1	3,2	4,0

Statistical Notes on the 1937/38 Edition of Lloyd's Register Book. S. 3

nicht überwundenen Versailler Diktats, einen Rückgang an. Neben der Zahl ist die Güte des Weltschiffsraums in aufsteigender Linie begriffen. Die Zahl der seegehenden Dampfer und Motorschiffe von 4000 BRT und darüber ist beträchtlich gestiegen. 1914 waren 3608 derartige Schiffe vorhanden, heute ist diese Größengattung auf 6582 Schiffe angewachsen, darunter befinden sich 514 Schiffe von 10 000 BRT und darüber, einschließlich 76 von 20 000 BRT und mehr. Die Größengruppe zwischen 4000 und 6000 BRT umfaßt einen Gesamtschiffsraum von 17 641 032 BRT oder 27 % der Weltdampferflotte. Die Schiffe über 15 000 BRT machen dagegen nur 5,7 % aus.

Was den Altersaufbau betrifft, so pflegt man schon im Hinblick auf die Versicherungsquoten, die berechnet zu werden pflegen, Schiffe bis zu 5 Jahren als auf der Höhe der Zeit stehend und Schiffe über 20 Jahre als überaltert anzusprechen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Weltdampferflotte von heute als durchweg überaltert anzusprechen.

Zahlentafel 3. Verteilung der Dampfer und Motorschiffe mit einem Alter unter 5 Jahren

Japan	18,5 %
Norwegen	17,9 %
Australien und Neuseeland	17,6 %
Großbritannien und Irland	14,5 %
Dänemark	13,0 %
Deutsches Reich	12,7 %
Niederlande	12,3 %
Frankreich	11,0 %

Ein Vergleich zwischen 1914 und 1937 zeigt das gewaltige Vordringen der Ölfeuerung und des Motorantriebs auf Kosten der Kohlenfeuerung und das fast vollständige Verschwinden des Segelantriebs.

Zahlentafel 4. Anteil der verschiedenen Antriebsarten für Seeschiffe (in %)

Art	1914	1937
Kohlenfeuerung	88,84	47,89
Ölfeuerung unter Kesseln	2,65	29,84
Öl als Motorantrieb	0,45	20,74
Segelantrieb, Seeleichter usw.	8,06	1,53
	100,00	100,00

Statistical Notes on the 1937/38 Edition of Lloyd's Register Book. S. 6

Betrachtet man die Welthandelsflotte unter dem Gesichtspunkt der ozeangängigen Dampfer und Motorschiffe, die zur Aufnahme von allgemeiner Ladung und von Passagieren geeignet sind, so zeigen bei Weglassung der Schiffe auf den großen Seen Amerikas, aller Holzschiffe, aller Schiffe unter 4000 BRT und aller Schiffe über 25 Jahren Großbritannien und Irland einen großen Anteil an diesem qualifizierten Schiffsraum; aber auch das Deutsche Reich, Italien und Frankreich können unter diesen Gesichtspunkten ihren Anteil am Weltschiffsraum verbessern.

Zahlentafel 5. Qualität der Handelsflotten der Welt

Länder	Gesamtschiffsraum an Dampfern u. Motorschiffen		Ozeangängiger Schiffsraum wie bezeichnet	
	Schiffsraum in BRT	Anteil am Weltschiffsraum in %	Schiffsraum in BRT	Anteil am Weltschiffsraum in %
Großbritannien und Irland	17 436 207	26,71	10 781 990	35,93
Vereinigte Staaten v. Amerika	11 881 234	18,20	5 043 335	16,81
Deutsches Reich	3 927 916	6,02	2 282 573	7,61
Japan	4 475 110	6,86	2 273 095	7,57
Italien	3 174 089	4,86	1 817 861	6,06
Frankreich	2 843 688	4,36	1 606 679	5,35
Niederlande	2 630 802	4,03	1 474 080	4,91
Norwegen	4 346 782	6,66	1 064 176	3,55
Andere Länder	14 555 612	22,30	3 666 919	12,21
Summe	65 271 440	100,00	30 009 808	100,00

Statistical Notes on the 1937/38 Edition of Lloyd's Register Book. S. 6

2. Der Stand der deutschen Handelsflotte

Dem Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte nach den Verlusten durch den Weltkrieg und den Zwangsabgaben auf Grund des Diktats von Versailles, der etwa bis 1930 anhielt, hatte die Weltwirtschaftskrise ein Ende bereitet. Wie aus der Zahlentafel 1 hervorgeht, war es nicht gelungen, den Vorkriegsstand wieder herzustellen. In den Jahren 1931 und 1932 erfolgte sogar ein starker Rückgang des Schiffsraumes um über 400 000 BRT. Obwohl bereits 1934 eine starke Neubautätigkeit einsetzte, konnte sich diese erst im Laufe des Jahres 1936 wieder in der Vergrößerung des Flottenbestandes auswirken. Trotzdem beträgt der Rückgang des deutschen Schiffsraums zwischen 1914 und 1937 immer noch 1 207 000 BRT oder 23,5 %, während alle andern seefahrenden Nationen mit Ausnahme von Großbritannien und Irland einen Zuwachs zu verzeichnen haben.

Zahlentafel 6. Veränderungen im Bestand der deutschen Handelsflotte

		1933	1934	1935	1936
Abgänge in 1000 BRT					
Abgewrackt		157,3	25,0	50,7	2,0
Verkauf ans Ausland		77,5	69,2	142,4	37,3
Verunglückt usw.		4,4	23,1	4,1	27,2
Außer Verwendung getreten		1,4	6,9	1,1	6,4
Sonstige Abgänge		1,2	5,3	7,8	0,2
Insgesamt	1000 BRT	241,9	129,5	206,1	73,1
	Schiffe	156	119	130	89
Zugänge in 1000 BRT					
Neubauten		31,6	31,6	119,4	183,1
Ankauf vom Ausland		56,1	6,2	50,1	63,2
Umbau		4,3	12,5	2,3	5,1
In Verwendung genommen		0,4	7,6	1,5	2,1
Sonstige Zugänge		0,5	0,5	1,0	1,6
Insgesamt	1000 BRT	92,9	58,4	174,2	255,2
	Schiffe	80	141	111	151
Überschuß der Abgänge oder Zugänge	1000 BRT	−149,0	−71,1	−31,9	+182,1
	Schiffe	− 76	+ 22	− 19	+ 62

Wirtschaft und Statistik, 17. Bd. (1937) S. 584

Bei einer durchschnittlichen mittleren Lebensdauer eines Schiffes von 20 Jahren ergibt sich eine jährliche Mindesterneuerungsquote von 5 %. Diese Quote ist 1936 durch den Zugang an Neubauten tatsächlich erreicht worden. Dagegen ist der Anteil der deutschen Schiffe über 20 Jahre mit 20 % noch zu hoch.

Wie aus der Zahlentafel 5 hervorgeht, besitzt das Deutsche Reich 6,02 % des Weltschiffsraums an Dampfern und Motor-

Zahlentafel 7
Der deutsche Schiffsraum nach Altersstufen (in %)

Auf Schiffe	1933	1934	am 1. Januar		
			1935	1936	1937
unter 1 Jahr alt	0,1	0,5	0,7	2,6	3,8
1 bis unter 3 Jahre alt	3,6	0,9	1,1	2,0	4,7
3 „ „ 10 „ „	37,2	33,4	31,2	27,4	23,6
10 „ „ 20 „ „	38,1	45,9	45,4	47,3	47,9
20 und darüber	21,0	19,3	21,6	20,7	20,0

schiffen. Dieser Anteil verbessert sich bei Beschränkung auf die ozeangängige Tonnage auf 7,61 %. Wie Zahlentafel 8 zeigt, ist die Durchschnittsgröße der einzelnen Schiffe im Ansteigen begriffen.

Zahlentafel 8. Der deutsche Schiffsraum nach Größenklassen in 1000 BRT

Größenklassen	1. Januar 1936		1. Januar 1937	
	Segelschiffe und Seeleichter	Dampf- und Motorschiffe	Segelschiffe und Seeleichter	Dampf- und Motorschiffe
unter 100 BRT	60	15	60	15
100 bis 500 BRT	101	157	99	172
500 „ 1 000 „	18	204	18	200
1 000 „ 2 000 „	4	313	4	319
2 000 „ 3 000 „	—	278	—	304
3 000 „ 5 000 „	10	498	10	517
5 000 „ 10 000 „	—	1442	—	1515
10 000 „ 15 000 „	—	202	—	234
15 000 und mehr	—	403	—	420
Zusammen	193	3512	191	3696
Mittl. Schiffsgröße in BRT	114,2	1924,3	114,5	1933,2

Wirtschaft und Statistik a. a. O. S. 585

Die Abschlüsse der deutschen Reedereien für das Jahr 1936 haben gezeigt, daß es diesen gelungen ist, ihre Bilanzverluste zu vermindern, und zwar geschah dies bei der Hamburg—Amerika-Linie von 4,8 auf 0,8 Mill. RM, beim Norddeutschen Lloyd von 6,5 auf 1,3 Mill. RM. Bei der augenblicklichen Geschäftsentwicklung ist zu hoffen, daß die Bilanzen der großen deutschen Reedereien zum ersten Male seit vielen Jahren keinen Verlust aufweisen, so daß die bei der Sanierung gebildete Rücklage nicht angegriffen zu werden braucht. Wesentlich günstiger als die großen Reedereien konnten die kleinen Schiffahrtsgesellschaften arbeiten. Dies liegt daran, daß die Trampschiffahrt in erster Linie in den Genuß der Frachtenhausse gekommen ist, während die Linienschiffahrt zunächst aus der Steigerung der Frachtenraten nur wenig Nutzen ziehen konnte, da langfristige Verträge abgewickelt werden mußten [1]).

3. Aussichten für die Zukunft

In der Generalversammlung der Furness Withy & Co. drang bei aller optimistischen Haltung ein wenig Pessimismus durch. *Lord Essendon* bezeichnete die gegenwärtige hohe Beschäftigung der Weltschiffahrt nicht als „Boom“, weil die Geschäftskosten bereits fühlbar anzögen. Die Erhöhung der Kosten erkläre sich für England einmal aus der Streichung sämtlicher Krisenabzüge von den Löhnen und Erhöhung der Beträge für das Hafenpersonal. Die Ausgaben für Kohle und andere Brennstoffe erhöhten sich teilweise um mehr als 70 %. Die Kosten für Neubauten wären im Verlauf weniger Monate besonders stark erhöht worden. Als Beispiel für diese Tatsache führte *Lord Essendon* die Voranschläge und die tatsächlichen Kosten für den Bau von drei Schwesterschiffen an: Von diesen lag der Gestehungspreis für das erste Schiff nach wenigen Wochen bereits um 12½ % über dem Voranschlag; für ein weiteres Schiff lagen die Kosten nach einiger Zeit bereits um 35 % und für ein letztes, noch nicht in Auftrag gegebenes Schiff nach wenigen Monaten um nicht weniger als 55 % über dem ursprünglichen Kontraktpreis.

Lord Essendon erkannte zwar die in dieser Entwicklung für die Gegenwart liegenden Schwierigkeiten an, erklärte aber gleichzeitig, daß diese Nachteile auf lange Sicht gesehen, doch zum Vorteil ausschlagen würden. Die augenblickliche Kostenerhöhung beschränke sich nämlich auf die Neubauten und helfe auf diese Weise, die guten Frachtraten der Gegenwart aufrecht zu erhalten. Um einem Rückschlag in der Weltschiffahrt vorzubeugen, müßte seiner Ansicht nach die Struktur des Geschäfts durch eine Umlegung der Frachten vom Rüstungs- auf das Zivilgeschäft geändert werden, noch bevor die Aufrüstung Englands, die seiner Ansicht nach im Laufe des Jahres 1939 als Antriebsfaktor ausschiede, beendet wäre. Diese zwei Jahre müßten genutzt werden für den Ausbau der internationalen Frachtbindungen in der Linien- und Trampschiffahrt, um einer Wiederholung der eben überstandenen gefährlichen Konkurrenzkämpfe vorzubeugen [2]).

In ähnlicher Weise kennzeichnete Staatsrat *Lindemann* bei der Hauptversammlung des Norddeutschen Lloyds die augenblickliche Lage, wenn er sagte, daß die jetzige Geschäftsbelebung, die zu einem wesentlichen Teil auf Zeitumständen beruhe, als feste Grundlage einer dauernden Geschäftserholung nicht angesprochen werden könnte. Eine Ursache wäre die außergewöhnliche Getreidemißernte der nördlichen Halbkugel im letzten Jahr. Der zweite Grund läge in der allgemeinen Aufrüstung, die über kurz oder lang abgelöst werden könnte durch eine zwischenstaatliche Rüstungsverständigung [3]).

In der Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie wies Staatsrat *Emil Helfferich* auf die Benachteiligung der deutschen Reedereien durch die Währungsabwertung durch die verschiedenen Länder hin und sagte, eine Normalisierung der deutschen Großschiffahrt — frei von jeder Reichshilfe — werde erst dann erreicht werden, wenn das Pfund Sterling, das nun einmal die Weltschiffahrtswährung wäre, wieder gleich 20,40 RM sein würde. Staatsrat *Helfferich* sah in der Überalterung des Schiffsraumes, verursacht durch die erzwungene Bauruhe während der Schiffahrtskrise und das langsame Tempo der Neubauten, den wundesten Punkt der deutschen Schiffahrt und insbesondere der Hamburg-Amerika-Linie. Im Gegensatz zu andern Schiffahrtsgesellschaften war diese Reederei bis zur Sanierung nicht in der Lage, die Erlöse aus verkauften oder abgewrackten Schiffen zu Neubauten zu verwenden, da sie diese Gelder an die Schiffspfandgläubiger abführen mußte. Obwohl die Hamburg-Amerika-Linie mit rd. 70 000 BRT das größte Bauprogramm unter den deutschen Reedern hätte, genüge dies den Erfordernissen nicht, da die Ablieferungstermine der großen Werften infolge Überbürdung sehr langfristig seien. Die Neubaufrage müsse heute als die vordringlichste in der deutschen Schiffahrt angesehen werden. Da die Wettbewerbsfähigkeit von ihrer Lösung abhinge, sei sie auch zugleich eine Angelegenheit für die gesamte deutsche Wirtschaft: „Ein Schiff für fremde Rechnung auf einer deutschen Werft gebaut, bedeutet nur eine einmalige Deviseneinnahme; ein deutsches Schiff dagegen ist ein dauernder Devisenbringer. Ein fremdes Schiff ist Handelsware und Konkurrent; ein deutsches Schiff aber ist unersetzlicher Betrieb und Erwerb“. [3371]

1) Völkischer Beobachter Nr. 320/21 vom 16./17. November 1937.

2) Deutsche Allgemeine Zeitung, Reichsausgabe. Nr. 348/49 vom 30. Juli 1937.

3) Schwäb. Merkur Nr. 151 v. 2. Juli 1937.

4) Völkischer Beobachter Nr. 181 v. 30. Juni 1937.

Die Kohlenwirtschaft der Welt

III. Südafrikanische Union

Von Bergassessor a. D. W. VON ZGLINICKI, Eisleben

Fortsetzung der bisher auf S. 276 ff. und S. 335/1937 ff. erschienenen Aufsatzreihe. Nach englischen Berichten der Union of South Africa zur III. Weltkraftkonferenz in Washington 1936 werden Rechts- und Arbeiterfragen, Mechanisierung, Verkaufskontrolle und Absatzverhältnisse einschließlich der Fracht- und Preislage der südafrikanischen Kohlenwirtschaft beschrieben.

Geologie, Lagerungsverhältnisse, Gewinnungsverfahren, chemische und petrographische Zusammensetzung der südafrikanischen Kohlenvorkommen sind von *Kukuk*[1]) eingehend behandelt worden. Es bleibt übrig, einige bisher unerwähnt gebliebene, auf der III. Weltkraftkonferenz besprochene, kohlenwirtschaftliche Verhältnisse dieses Landes darzulegen.

Die bedeutendsten Kohlenlager Südafrikas weisen die Südstaaten Transvaal und Natal auf. Daneben gibt es im Oranje-Freistaat und in der Kap-Provinz ausgedehnte Kohlenvorkommen, die auf Grund neuerer Untersuchungen als reicher befunden wurden, als man früher annehmen konnte. Die Vorräte in Transvaal sollen 36 Mill. t betragen (Gas-, seltener Gasflammkohle), während Natal nur rd. $^1/_4$ dieser Mengen aufweisen soll.

1. Eigentums- und übrige Rechtsverhältnisse

Die typische Bergbauform der Union ist der Grundeigentümerbergbau, jedoch übt der Farmer das ihm zustehende Recht an den Mineralien seines Besitzes nur selten aus, sondern verpachtet das Abbaurecht einschließlich oder ohne Nutzungsrecht der Oberfläche für eine bestimmte Jahressumme und zu einem bestimmten Tonnenzins an Bergbautreibende, und zwar in der Hauptsache an Bergwerksgesellschaften. Die Preise, die für eine solche Übertragung der Abbaurechte gezahlt werden, sind nicht übermäßig hoch und richten sich nach der geographischen Lage der Felder und der Güte der Kohle. Der Preis je Tonne kann dabei auf die tatsächliche Förderung oder auf die geschätzten Mengen verkaufbarer Kohle abgestellt werden.

Die Regierung mischt sich weder in Angelegenheiten der Produktion noch der Kohlenpreise. Lediglich für Grubensicherheit und Aufsicht sind gewisse gesetzliche Bestimmungen maßgebend, die in der Regel dem britischen Berggesetz entnommen sind. Für sämtliche Gruben sind ausgebildete Rettungsmannschaften vorgeschrieben. Manche Kohlenbergwerke unterhalten auch gemeinsam eine Rettungskolonne, deren Mitglieder neben dem Lohn noch monatlich besondere Prämien ausgezahlt erhalten. Die Überwachung der sicherheitlichen Maßnahmen liegt ausschließlich den Europäern ob, die auch in der ersten Hilfeleistung ausgebildet sein müssen. Hierzu werden jedoch auch Eingeborene herangezogen, die dann eine bessere Bezahlung erhalten. Da der größte Teil der Schwarzen weder lesen noch schreiben kann, sind schriftliche Aufrufe oder Warnungstafeln zur Unfallverhütung im allgemeinen zwecklos und nur persönliche Belehrungen am Platze. Die bergpolizeiliche Aufsicht beschränkt sich im übrigen auf gelegentliche Besuche der zuständigen Regierungsbeamten.

Ein Gesetz zur Untersuchung von Brennstoffen sieht in der Hauptsache die Erforschung von Brennstoffvorkommen und ihre technisch-wirtschaftliche Gewinnung und Verwertung vor. Daneben ermächtigt es den Staat, die Ausfuhr bei Kohlenmangel einzuschränken oder in besonders gelagerten Fällen die Zechen anzuhalten, Kohle in der vertraglich vorgesehenen Menge zu liefern.

2. Arbeiterfragen

Die Südafrikanische Union beschäftigte in ihren Kohlenbergwerken und Nebenanlagen im Jahre 1935

1 624 Europäer,
668 Asiaten,
26 608 Eingeborene (Schwarze und andere Farbige).

Die Anwerbung von Eingeborenen bedeutet für viele Gruben eine Lebensfrage. Da die männliche Bevölkerung Britisch-Südafrikas für den Bedarf der Erz-, Kohlen- und Diamantengruben nicht ausreicht, werden Eingeborene aus Portugiesisch-Ostafrika angeworben. Zu diesem Zweck sind zwei der Bergbaukammer in Transvaal unterstehende Werbeverbände ins Leben gerufen worden, die „Witwatersrand Native Labour Association, Limited“ und die „Native Recruiting Corporation, Limited“. Der Witwatersrand-Gesellschaft steht das auf Verträgen mit der portugiesischen Regierung begründete alleinige Recht zu, portugiesische Eingeborene für die Gruben Transvaals anzuwerben. Das zweite Werbeunternehmen sorgt für Anwerbung von Arbeitern aus Britisch-Südafrika.

Nur gesunde Schwarze werden zur Grubenarbeit zugelassen. Ärztliche Untersuchungen finden noch auf portugiesischem Boden statt, ein zweites Mal in Transvaal. Die Unterbringung der Eingeborenen auf den Gruben und die Betreuung durch die Bergwerkgesellschaften sind als recht gut zu bezeichnen. Sie erhalten freie, saubere Wohnung, ausreichende Nahrung, freie Medizin und ärztliche Hilfe, außerdem 40 bis 60 sh im Monat. Portugiesische Eingeborene müssen vertraglich nach 12, im Höchstfalle nach 18 Monaten in ihre Heimat zurückkehren. Nach neunmonatiger Beschäftigung wird ihnen die Hälfte des monatlich verdienten Lohnes einbehalten und erst bei Lösung des Arbeitsverhältnisses auf dem Heimweg an der portugiesischen Grenze ausgezahlt. Europäische Arbeiter erhalten in Transvaal 23 sh 9 d, in Natal 20 sh 6 d je Schicht.

Die in Natal beschäftigten indischen Eingeborenen sind bessere Arbeiter als die Schwarzen, werden deshalb auch länger gehalten und beziehen höhere Löhne. Insbesondere im Maschinenbetrieb sind sie dank ihrer höheren Intelligenz gut zu gebrauchen. Im übrigen ist die Arbeiterbeschaffungsfrage in Natal nicht so gut geregelt wie in Transvaal, und die einzelnen Gruben sind infolge Fehlens von Zentralstellen auf eigene Anwerbung angewiesen.

Die Grubenarbeiter werden vertreten durch die Südafrikanische Bergarbeiter-Union, die Arbeitgeber durch den Zechen-Arbeitgeber-Verband. Jede der beiden Parteien hat das Recht, an die Regierung heranzutreten, um nach den Bestimmungen des Industrie-Schlichtungsgesetzes (Industrial Conciliation Act) eine Schlichtungsstelle anzurufen.

3. Betriebsmechanisierung und Kohleveredelung

Im Jahre 1935 waren insgesamt 72 Kohlengruben in Betrieb, und zwar

42 in Transvaal,
2 im Oranje-Freistaat,
5 in der Kap-Provinz und
23 in Natal.

Die 44 Gruben in den beiden erstgenannten Provinzen, von denen 18 der „Transvaal Coal Owners Association“ angehören, waren mit rd. 70 % an der Gesamterzeugung beteiligt.

Die Mechanisierung im Bergbau macht schnelle Fortschritte. Die größeren Gruben in Transvaal sind vollständig auf elek-

[1]) Glückauf 1930 S. 1253; s. a. *Krenkel*, Glückauf 1927, S. 637.

trischen Betrieb umgestellt und beziehen den Strom von den Kraftwerken der Elektrizitäts - Versorgungs - Gesellschaft (Electricity Supply Commission) oder vom Viktoriafall-Kraftwerk (Victoria Falls Power Co.), die praktisch sämtliche Kohlenbezirke versorgen. Bei der eigentlichen Kohlengewinnung verdrängt die elektrische Schrämmaschine die Preßluft. Im Jahre 1929 waren in sämtlichen Gruben der Union 429 Kohlenschrämmaschinen (Kohlenschneider) in Betrieb, von denen 253 elektrisch und 176 mit Preßluft betrieben wurden. Die Elektrizität in der Grube hat die Leistungsfähigkeit erhöht, so daß man jetzt in der Lage ist, plötzlichen Mehranforderungen nachzukommen. Eine Anzahl von Gruben ist so gut ausgerüstet, daß sie innerhalb einer kurzen Zeitspanne eine Fördersteigerung um 40 % erzielen kann.

Zahlentafel 1
Entwicklung der Mechanisierung im Kohlenbergbau
(Witbank-Kohlenfeld, Transvaal)

Jahr	Preßluft-maschinen	Elektrische Schräm-maschinen	Ins-gesamt	Hereingewonnene Massen	
				maschinell (Schräm-maschinen)	von Hand
1920	208	10	218	4 010 288 t	1 050 990 t
1925	241	14	255	4 595 555 t	582 182 t
1930	94	66	160	5 040 544 t	273 756 t

Wenn die Mechanisierung die Zahl der für ein bestimmtes Fördersoll benötigten eingeborenen Bergarbeiter auch herunterdrückte, sanken doch die Produktionskosten nicht anteilmäßig. Der Grund liegt darin, daß den durch Verminderung der Eingeborenenarbeit erzielten Ersparnissen erhöhte Ausgaben für europäische Elektriker, Schlosser, Maschinenwärter usw. entgegenstehen, die mit Einführung der Maschinen notwendig wurden. Der Europäer und weiße Arbeiter in Südafrika unterscheidet sich bekanntlich in seiner Arbeitsaufgabe von den eingeborenen Bergarbeitern, daß er selbst keine Handarbeit anrührt, sondern lediglich Aufseherdienst tut oder allenfalls als Schießmeister beschäftigt ist. Das für eine Zeche mit einer Förderung von 50 000 t im Monat aus einem Flöz von rd. 2,50 Mächtigkeit benötigte Personal setzt sich zusammen aus

8 Beamten in der Verwaltung,
25 technischen Beamten, Ingenieuren, Steigern usw.,
14 Grubenaufsehern, Fahrhäuern,
270 Eingeborenen über Tage,
580 Eingeborenen unter Tage
897 Mann im ganzen.

Ein Aufseher in einem Grubenrevier hat unter sich

1 Vorarbeiter (boss boy),
20 Füller,
8 Bohrleute,
5 Bedienungsleute für die Schrämmaschinen,
14 Förderleute und sonstige.

Mit diesen Leuten fördert er 200 bis 250 t am Tag.

Der Kohle in Südafrika als Quelle billigster Krafterzeugung für den übrigen Bergbau und andere Industrien erwächst in dem bereits viel verwendeten Öl ein nicht zu vernachlässigender Mitbewerber. In Ermangelung natürlicher Ölquellen rückt daher die Frage der Kohleveredelung, speziell der Umwandlung von Kohle in Öl in den Vordergrund.

Kokereien bestehen bereits seit längeren Jahren, und zwar deckte Natal bis zum Jahre 1914 den Gesamtbedarf Südafrikas an Koks und führte noch beträchtliche Mengen aus. Heute besitzt auch Transvaal Kokereien und beliefert zusammen mit Natal die Hütten der Eisen- und Stahl-Industrie-Gesellschaft in Pretoria. Die bei dem Verkokungsprozeß anfallenden Nebenprodukte werden nur auf je einer Anlage in Transvaal und Natal verarbeitet. In Natal wurden im Jahre 1935 : 130 492 t Kohle verkokt, 64 687 t Koks und 175 372 Gallonen (798 Kiloliter) Teer gewonnen.

Tieftemperaturverkokungsanlagen sind noch nicht gebaut worden, da der Markt für Halbkoks wenig aufnahmefähig ist und sich praktisch keine Absatzmöglichkeit für Tieftemperaturteer bietet. Hydrierungsversuche sind bereits auf breiterer Grundlage unternommen worden und werden zur Zeit noch weitergeführt, um die Eignung der Kohle für eine Verflüssigung nach bekannten Verfahren zu prüfen.

4. Organisation des Verkaufs

Die Mehrzahl der Kohlenzechen in Transvaal sind Mitglieder der Bergbaukammer (Transvaal Chamber of Mines), die als kollektive Körperschaft für allgemeine Angelegenheiten der Industrie, u. a. für Beschäftigungs- und Lohnfragen, Berggesetzgebung, Unfallverhütung, Lungenfürsorge und Überwachung der Arbeiter-Anwerbegesellschaften zuständig ist.

Die Hauptschwierigkeit für die Zechen in Südafrika in früheren Jahren bildete die Absatzfrage, und man war sich darüber klar, daß ein Zusammenbruch der Kohlenindustrie unvermeidbar sei, wenn nicht Maßnahmen getroffen würden, den bereits vor dem Weltkrieg einsetzenden scharfen Wettbewerb der Kohlenerzeuger zu mildern und Kohlenpreise festzusetzen, durch welche die Produktionskosten gedeckt und Erträge gesichert würden. Man gründete daher im Jahre 1907 eine Gesellschaft nach Art der Syndikate (Transvaal Coal Owners Association), die als reine Verkaufsorganisation die Aufgabe hatte, ohne eine Kontrolle über Förderung und Gewinnung der einzelnen Zechen auszuüben, die Kohlen der ihr angeschlossenen Gruben so vorteilhaft wie möglich auf den Markt zu bringen. Naturgemäß war eine Reihe von Schwierigkeiten und Widerständen zu überwinden, die in der Hauptsache in der Festsetzung der Quoten für jede Zeche und der Staffelung der Verkaufspreise begründet lagen. Die Quotenfrage wurde unter Einrechnung der bisher erzielten Preise und der vorhandenen Nachfrage zur Zufriedenheit gelöst. Bei Festsetzung der Grundpreise sind Heizwert, Entfernung der Zechen von den Märkten und Nachfrage maßgeblich. Wenn bestimmte Lieferverträge der Zechen abgeschlossen werden, ist es üblich, daß die Zeche einen gewissen Normal-Heizwert garantiert, für dessen Unter- oder Überschreitung Zubußen zu zahlen sind oder Preisnachlaß gewährt wird. Die Kohlenerzeuger haben also ein Interesse daran, bei der Aufbereitung und Verladung ihrer Kohle größte Sorgfalt anzuwenden; dem Verbraucher wird regelmäßige Belieferung und gute Kohlequalität zugesichert.

Diese Art und Weise des Verkaufs auf der Heizwertgrundlage der Kohle hat sich fast 30 Jahre hindurch bewährt. Der Wettbewerb wurde durch die segensreiche Tätigkeit der „Coal Association", die 70 bis 80 % des gesamten Kohlenhandels erfaßt, zwar nicht gänzlich ausgeschaltet, aber doch wesentlich herabgesetzt, so daß die Zechen nach dem Zusammenschluß wieder Gewinne abwerfen und Neuanlagen in größerem Umfange errichten konnten. Die nicht angeschlossenen Werke sind in der Mehrzahl der Fälle kleine und kleinste Zechen, welche die Preise der „Vereinigung" zu unterbieten suchen und nicht leben und sterben können.

In Natal bedeutete bis zum Jahre 1930 jeder Kohlenverkauf praktisch ein Verlustgeschäft. Nach langen Verhandlungen wurde endlich ein Zechenverband (Natal Associated Collieries) ins Leben gerufen, der sich mit ähnlichen Aufgaben wie der Transvaal-Verband zu befassen hatte. Für jedes Mitglied wurden Verkaufsquoten festgesetzt. Daneben besteht eine Zechenbesitzer-Vereinigung (Natal Coal Owners

Association) mit ungefähr den gleichen Mitgliedern, der ausschließlich der Verkauf von Bunker- und Ausfuhrkohle obliegt. Beim Außenhandel selbst sind dem freien Wettbewerb der Mitglieder der zwei Verbände keine Grenzen gesetzt.

Die Verkaufskontrolle hat sich bewährt, wenn sie auch noch nicht ideal zu nennen ist. Dabei ist es erklärlich, daß in Natal, mit seinen in ihrer Ausdehnung begrenzten und stark zusammengefaßten Kohlenfeldern, eine bessere Überwachung von Produktion und Verkauf stattfinden konnte als in Transvaal, einem Lande, das sich durch stark unterschiedliche Kohlensorten und sehr ausgedehnte Kohlenvorkommen auszeichnet.

5. Ausfuhr und Inlandabsatz

Die Kohlenfelder der Union liegen sämtlich im Innern des Landes. Wasserwege gibt es nicht, so daß die Kohle mit der Eisenbahn den Absatzmärkten oder den Häfen zugeführt werden muß. Die Eisenbahnen Südafrikas gehören dem Staat. Verkehrstechnisch außerordentlich günstig liegt das Hauptkohlenfeld „Witbank" in Transvaal. Die von hier ausgehenden Haupteisenbahnlinien führen nach Kapstadt, Portugiesisch-Ostafrika und Nord-Transvaal.

Die Frachtkosten regeln sich nach besondern Tarifen, die den weit entfernt wohnenden Verbrauchern oder auch den Gruben, die gegenüber den näher an der Küste gelegenen im Nachteil sind, gewisse Frachterleichterungen gewähren. Die Zahlentafeln 2 a und 2 b veranschaulichen die Frachtsätze je Tonne Kohle beim Inland- und Auslandabsatz.

Zahlentafel 2a. Frachtsätze für Kohle in Südafrika

Entfernung in engl. Meilen	Frachtsätze je Tonne		Entfernung in engl. Meilen	Frachtsätze je Tonne	
	sh	d		sh	d
1 bis 4	1	5	60	6	6
5	1	7	80	7	5
6	1	9	100	8	1
8	2	1	200	10	10
10	2	6	500	16	10
20	3	7	750	20	4
40	5	2	1000	23	6

Zahlentafel 2b. Frachtsätze für Kohle in Südafrika

	Entfernung in engl. Meilen	Frachtsätze für Ausfuhrkohle		Frachtsätze für Bunkerkohle	
		sh	d	sh	d
Witbank-Kohlenfeld nach:					
Delagoa-Bucht	276	5	9	8	3
Ost-London	736	15	9	15	9
Port Elizabeth	784	15	9	15	9
Kapstadt	1045	15	9	15	9
Natal-Kohlenfeld nach:					
Durban	275	5	11	8	4
Ost-London	—	15	11	15	11
Port Elizabeth	—	15	11	15	11
Kapstadt	1133	15	11	15	11

Die Nebenlinien oder Anschlußbahnen, welche die Gruben mit den Hauptbahnlinien verbinden, werden auf Grund eines besondern Übereinkommens (Private Sidings Agreement) zwischen den Bergbaugesellschaften und der Eisenbahnverwaltung auf Rechnung des Bergbaues gebaut, der die erforderliche Zahl Eisenbahnwaggons zur Verfügung erhält und der Eisenbahn die Überwachung der Geleise und des Wagenparks überläßt.

Während und unmittelbar nach dem Weltkrieg erfuhr die Kohlenausfuhr einen starken Auftrieb, der den Höhepunkt 1926 erreichte, im Jahre des englischen Kohlenbergarbeiter- und Generalstreiks. Von da an setzte ein allmählicher Rückgang der Ausfuhr ein, mit dem ein

Zahlentafel 3. In den Jahren 1911 bis 1935 ausgeführte und gebunkerte Kohle

Jahr	Ausgeführte Kohle t	Bunkerkohle t	Jahr	Ausgeführte Kohle t	Bunkerkohle t
1911	74 906	1 306 907	1924	1 743 233	1 647 131
1912	151 454	1 293 591	1925	1 594 367	1 780 627
1913	776 752	1 320 526	1926	2 135 144	1 778 458
1914	590 648	1 233 336	1927	1 636 666	1 664 045
1915	459 442	1 184 136	1928	1 494 871	1 499 003
1916	513 056	1 963 154	1929	1 661 850	1 573 671
1917	489 302	2 129 712	1930	1 274 632	1 327 421
1918	1 098 102	1 170 168	1931	951 580	921 761
1919	992 115	1 300 178	1932	653 256	681 383
1920	1 180 254	1 680 365	1933	762 062	826 325
1921	1 628 149	1 484 256	1934	938 214	902 456
1922	1 340 232	1 296 891	1935	1 150 825	1 078 298
1923	1 726 671	1 647 088			

Minderabsatz an Bunkerkohle Hand in Hand ging. Da der Anteil der Kohlenzechen in Natal am Auslandabsatz die Hälfte des Gesamtverkaufs ausmachte, während die übrigen Provinzen nur 6,5 % der Gesamtförderung ausführten, traf dieser Absatzrückgang die Zechen in Natal naturgemäß ganz besonders hart.

Südafrikanische Kohle wird in der Hauptsache nach Indien, Ceylon, den Straits Settlements, Niederländisch-Indien, Aden, dem Englischen Sudan und Kenya ausgeführt. Indien, einst der größte Verbraucher afrikanischer Kohle, nimmt im Vergleich zur Zeit vor 1931 nur noch unbedeutende Mengen ab. Schuld daran sind der Wettbewerb anderer Kohle ausführender Länder, die hohen Frachtkosten und die fortschreitende Entwicklung eigener Kohlenvorkommen, drei Tatsachen, die einer weiteren Ausdehnung der südafrikanischen Kohlenausfuhr im Wege stehen. Der gesunkene Absatz für Schiffsbunkerkohle ist in beträchtlichem Maße auf die immer mehr eingeführte Ölbeheizung der Schiffe zurückzuführen. Der zweifellos vorübergehende Aufschwung des Jahres 1935 erklärt sich aus dem italienisch-abessinischen Kriege, der eine Verlegung gewisser Schiffslinien bedingte.

Der Gesamtabsatz (Inland, Ausfuhr und Bunkerkohle) der Provinz Transvaal belief sich im Jahre 1935 auf 8 153 800 t, von denen die „Coal Owners Association" allein 78 % verkaufte. Der Oranje-Freistaat setzte 1 491 308 t, Natal 3 600 167 t Kohle ab, von denen rd. 50 % von Durban und Kapstadt aus verschifft, die restlichen 50 % für Eisenbahn-, Industrie- und Hausbrandbedarf verwendet wurden.

Die Durchschnittspreise für Kohlen aller Art ab Grube betrugen je Tonne:

	sh	d
in Transvaal	5	2,151
in Natal	5	0,341
im Oranje-Freistaat	4	10,230

Die Durchschnittspreise für Transvaal-Kohle sind in den letzten Jahren konstant geblieben, während die Preise für Natal-Kohle seit 1930 fielen.

Das Sortenproblem beginnt auch in Südafrika eine Rolle zu spielen. Während die Feinkohle früher auf die Halde ging oder zu billigen Preisen verschleudert wurde, sinkt infolge der technischen Entwicklung der Roste der Bedarf an teurer Stückkohle zugunsten der billigeren Feinkohle. Dazu kommt die fortschreitende Umstellung der Eisenbahn auf elektrischen Betrieb und damit vermehrter Feinkohlenbedarf für Koks-, Gas- und Stromerzeugung. Endlich macht sich die zunehmende Beliebtheit von Gas- und elektrischen Öfen beim Hausbrandabsatz empfindlich bemerkbar. Man wird also einmal soweit kommen, daß Stückkohle gemahlen werden muß, damit man Feinkohle erhält; hierdurch werden die Preise für Feinkohle entsprechend anziehen. [3190 b]

ARCHIV FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

Richtlinien zur Ermittlung und Überwachung der Herstellkosten

Ein Beitrag zur zwischenbetrieblichen Gemeinschaftsarbeit der gewerblichen Wirtschaft

Von Dr.-Ing. OTTO BREDT, Berlin

Wie ich bereits in früheren Beiträgen [1]) dargelegt habe, muß jede Stückrechnung (Kalkulation im engeren Sinne) vor allem auf die Ermittlung einerseits des markt- und betriebsgerechten Verkaufspreises, anderseits der eigentlichen Herstellkosten abgestellt sein, bevor mittels der Spannenrechnung und der sich daran anknüpfenden kalkulatorischen Überlegungen eine wechselseitige Ausrichtung von Verkaufspreis und Herstellkosten der einzelnen Erzeugnisse im Gesamtzusammenhange eines Unternehmens und Wirtschaftsbetriebes erfolgen kann. Hierbei zielt die Bestimmung der Herstellkosten im Grunde genommen auf nichts anderes ab, als den markt- und betriebsgerechten Einstandswert (Einstandspreis — Einstandskosten) festzustellen, den die fertige Leistung (Stück, Erzeugnis, Auftrag usw.) unter Zugrundelegung von normalen Markt- und Betriebsentwicklungen bei Ablieferung an einer bestimmten Stelle, z. B. an das zentrale Versandlager einer Fabrik, in verkaufs- bzw. abnahmefähigem Zustande hat.

In Anbetracht der Bedeutung, die gerade der Ermittlung und Überwachung der Herstellkosten im Rahmen des betrieblichen Rechnungswesens zukommt, sollen im nachfolgenden einige der wichtigsten hierbei zu beachtenden Gesichtspunkte behandelt werden. Die Erörterung muß ich allerdings auf das Gebiet der industriellen Stückherstellung beschränken und es dem Leser überlassen, die auf diese Weise herausgearbeiteten Richtlinien sinngemäß auf die anders gelagerten Gebiete der gewerblichen Wirtschaft zu übertragen.

1. Aufgabe und Aufbau der Rechnung

Wer sich mit der Ermittlung und Überwachung der Herstellkosten befaßt, muß sich, worauf ich bereits im Februarheft 1938 (S. 42 linke Spalte Mitte) hingewiesen habe, darüber klar sein, daß der Begriff Herstellkosten sowohl bezogen auf das herzustellende Stück (Objekt) als auch bezogen auf die herstellende Abteilung des inneren Betriebes (Subjekt) auftritt und daher, je nachdem wie er im Einzelfalle zu verstehen ist, streng in seiner Deutung unterschieden werden muß.

Aufgabe der Rechnungsgruppe Kalkulation im engeren Sinne, d. h. also der Stückrechnung, ist es, die Herstellkosten des Stückes im Kostenansatz (Vorrechnung) oder im Kostenanfall (Nachrechnung) zu bestimmen.

Aufgabe der übrigen Rechnungsgruppen ist es, die Herstellkosten der Abteilungen des inneren Betriebes im Kostenansatz (Planung in Verbindung mit Statistik) oder im Kostenanfall (Betriebsrechnung in Verbindung mit Statistik) zu ermitteln.

Trotzdem somit bei der Errechnung der Herstellkosten sowohl im Ansatz als auch im Anfall streng nach der Herstellkostenrechnung des Stückes (Stückrechnung) und der Abteilung (Abteilungsrechnung) zu unterscheiden ist, darf nicht übersehen werden, daß beiden Rechnungen ein gemeinsamer Vorgang und Aufbau zugrunde liegt, und zwar die mengen- und wertmäßige Entstehung des einzelnen Stückes bis zum Fertigerzeugnis bzw. der Stücke, die in den einzelnen Abteilungen des inneren Betriebes jeweils hergestellt werden.

Um das Verständnis für die weiteren Darlegungen zu erleichtern, habe ich im Bilde 1 in einfacher (a) und verästelter (b) Form den bekannten Werdegang der innerbetrieblichen Wertbildung und den wertmäßigen Aufbau des Stückes im Schema dargestellt. In der einfachen Form (a) entsteht aus einem vom Materiallager aus zusammengestellten Materialeinsatz in drei hintereinander folgenden Veredelungsstufen das Fertigerzeugnis, ohne daß hierzu noch nachträglich ein weiteres Rohmaterial oder Halbfabrikat zugesetzt werden muß. In der verästelten Form (b) wird das Fertigerzeugnis aus Rohmaterial und Halbfabrikaten verschiedener Grade zusammengesetzt.

Bei dem Rohmaterialeinsatz ist durchweg kenntlich gemacht, daß seine Bereitstellung einer Vorarbeit, z. B. Anfuhr, Lagerung usw., bei Punkt 0 bedarf, mit der ein Ausbeute-Vorverlust, z. B. Schwund, Brutto für Netto-Verluste usw., verbunden ist.

In den Veredelungsstufen Punkt 1 bis 3 stellt die Veredelungsarbeit lediglich einen wertmäßigen Zugang je Mengeneinheit des jeweiligen Einsatzes auf Grund des Aufwandes an Arbeitzeit dar. Der Ausbeuteverlust dagegen bildet einen mengenmäßigen Abgang des jeweiligen Einsatzes, der sich selbstverständlich auch als wertmäßiger Abgang äußert, sofern der Einheitswert des Abganges, (Abfall, Ausschuß oder dgl.) niedriger als der des Einsatzes ist.

Zur Ermittlung und Überwachung der Herstellkosten, die somit aus den Kosten

1. des Materialeinsatzes mit Einkauf, Bereitstellungsvorarbeit und Ausbeute-Vorverlust,
2. der Veredelungsarbeit,
3. den Ausbeuteverlusten der Veredelungsarbeit

bestehen, bedarf es

a) einer Mengenrechnung zwecks Feststellung des Mengenbedarfes bzw. Mengenverbrauches von Stufe zu Stufe,
b) einer Wertrechnung zwecks Bewertung des Mengenbedarfes bzw. Mengenverbrauches.

Zugrunde gelegt wird der Rechnung also stets die Mengenrechnung [2]) und dieser wiederum als Ziel oder Ausgang

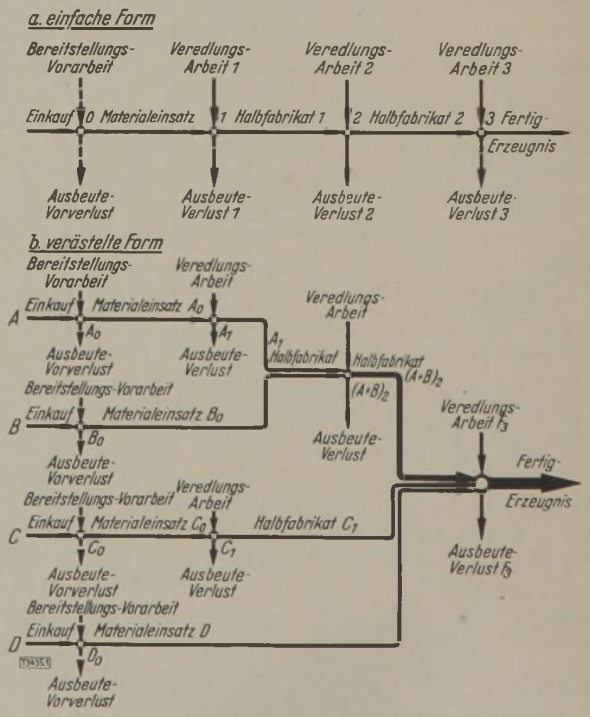

Bild 1. Der Werdegang der innerbetrieblichen Wertbildung und wertmäßige Aufbau des Stückes

[1]) Vgl. z. B. „Aufbau und Zusammenhänge der Preiskalkulation und Stückkostenrechnung", Techn. u. Wirtsch. Heft 11/1937 S. 313 rechte Spalte unten.

[2]) Vgl. „Voraussetzungen und Grundsätze für eine Vereinheitlichung der Kalkulation", Techn. u. Wirtsch. Heft 2/1938 S. 43 linke Spalte Mitte.

das fertiggestellte Stück (Fertigerzeugnis). Zu ihm wird der Mengenbedarf bzw. Mengenverbrauch in Beziehung gesetzt.

a) die Mengenrechnung

Der stoffliche Aufbau des fertiggestellten Stückes ist durch Stoff- oder Stücklisten, Rezepturen oder dgl. gegeben, bzw. muß in derartigen Aufzeichnungen auf irgendeinem Wege einwandfrei festgelegt werden. Der arbeitstechnische Werdegang des fertiggestellten Stückes wird in Arbeitslisten, Arbeitsanweisungen, Arbeitsplänen oder dgl. festgehalten, die neben den einander folgenden Arbeitsgängen auch den Arbeitsplatz, die Arbeitsbesetzung und das Arbeitsgerät aufführen müssen. Beide, Aufbau und Werdegang, bilden — bezogen auf das einzelne Stück — die Grundlage jeder Stückrechnung (Kalkulation). Beide bilden jedoch für die hergestellten Stücke in der Gesamtheit genommen auch die Voraussetzungen der entsprechenden Bereiche der übrigen Rechnungsgruppen.

Um vom stofflichen Aufbau des fertiggestellten Stückes und von dem dadurch gegebenen mengenmäßigen Materialbedarf bzw. Materialverbrauch „rein" zum Materialeinsatz, d. h. also zum mengenmäßigen Materialaufwand „roh" zu kommen, ist es erforderlich, in den einzelnen Veredelungsstufen die Ausbeuteverluste zu ermitteln. Die in der Stückrechnung hierfür benötigten Mengenzuschläge sind entweder entsprechenden Ausbeute-Statistiken zu entnehmen oder auf dem Wege fallweiser Untersuchung festzustellen.

Auch die Berechnung der in den einzelnen Veredelungsstufen benötigten Veredelungsarbeit baut auf einer Mengenrechnung auf. Für die Bewältigung einer bestimmten Liefermenge wird in dem betreffenden Arbeitsgang — unter Berücksichtigung bestimmter Arbeitsplätze, Arbeitsbesetzungen und Arbeitsgeräte — eine bestimmte Arbeitszeit gebraucht. Zu ermitteln ist somit der zur Bewerkstelligung der betreffenden Arbeitsmenge anzusetzende oder angefallene Zeitverbrauch der betreffenden Arbeitsstelle und damit die Leistung, die sich aus der Arbeitsmenge und dem Aufwand an Zeit ergibt. Die Ermittlung des Zeitverbrauches bzw. der Leistung erfolgt an Hand von Leistungsstatistiken[3]) oder auf dem Wege fallweiser Untersuchung in Form von Arbeitsstudien, Probearbeiten oder dgl. Dabei muß im Sinne der oben erwähnten Einstellung vom fertigen Stück rückwärts der Zeitverbrauch stets auf die Menge der fertiggestellten Arbeit, d. h. unter Abzug der Ausbeuteverluste oder dgl., bezogen werden.

Rein mengenmäßig, im Aufbau und Werdegang gesehen, gliedert sich somit die Rechnung mit Eintritt des Materialeinsatzes bzw. der Veredelungsarbeit in den Bereich der Herstellung im Grunde genommen in zwei große Teile:

1. die Ermittlung des mengenmäßigen Materialaufwandes, die in den Mengeneinheiten des betreffenden Materials, Halb- oder Fertigfabrikates erfolgt und, vom Fertigerzeugnis aus gesehen, sowohl den eigentlichen Materialeinsatz als auch die Ausbeuteverluste zu berücksichtigen hat,
2. die Ermittlung des mengenmäßigen Arbeitsaufwandes, die in den Zeiteinheiten der betreffenden Arbeitsstelle (Arbeitsplatz, Arbeitsbesetzung, Arbeitsgerät) erfolgt und auf die jeweils fertiggestellte Arbeitsmenge zu beziehen ist.

b) die Wertrechnung

Ist auf diese Weise — ganz gleich ob in der Stück- oder Abteilungsrechnung — der mengenmäßige Material- und Arbeitsaufwand festgestellt worden, so setzt die eigentliche Wertrechnung zwecks Bewertung des Mengenbedarfes bzw. Mengenverbrauches an Material bzw. Arbeit ein.

Es ist üblich und notwendig, den mengenmäßigen Materialeinsatz, sofern er noch nicht durch eine innerbetriebliche Veredelung gelaufen ist, gegliedert nach den Materialarten, mit

a) dem Beschaffungspreis (tatsächlicher oder durchschnittlicher Einkaufspreis, jeweiliger Marktpreis oder zukünftiger Wiederbeschaffungspreis),
b) etwaigen Zöllen, Steuern und Abgaben, die auf der Beschaffung liegen,
c) den fremden und eigenen Anfuhrkosten,
d) den eigenen Einkaufskosten,
e) den eigenen Lager- und Bereitstellungskosten frei Herstellort

zu bewerten. Hierbei ist zu beachten, daß die bis zur Bereitstellung frei Herstellort entstehenden mengenmäßigen Ausbeute-Vorverluste in der oben erwähnten Weise zu berücksichtigen sind.

Die Kosten zu a, b und c werden in der Regel unmittelbar auf Grund der Belege (Rechnungen, Bestandskarten usw.) zu Kostensätzen je Mengeneinheit der betreffenden Materialart verrechnet.

Die Kosten zu d und e werden zunächst in der Kostenstatistik[4]) auf entsprechenden Kostenstellen gesammelt und im Verhältnis zum mengen- oder wertmäßigen Eingang oder Ausgang des betreffenden Materiallagers zu dem oben erwähnten unmittelbar ermittelten Kostensatze zugeschlagen, d. h. also nur mittelbar verrechnet. Hierbei sollte in der Regel mit Zuschlägen von 3 bis 5 % auf die Kosten von a, b und c auszukommen sein.

Es vereinfacht die Rechnung, wenn man die Zuschlagsermittlung auf den ersten Ansatz der Kosten bzw. gelegentliche Überprüfungen beschränkt und sich statt der laufenden Zuschlagsverrechnung des bekannten Verfahrens der Verrechnungspreise bedient[5]). Ein derartiger Verrechnungspreis hätte somit sämtliche der oben aufgeführten unmittelbar und mittelbar für die Bereitstellung des betreffenden Materials aufzuwendenden Kosten zu decken.

Durch entsprechende Erhöhungen der Verrechnungspreise lassen sich in gleicher Weise auch besondere Wagnisse einkalkulieren, wobei man den Grad der Erhöhung von dem Grad des Wagnisses abhängig machen kann.

Als Abstufung derartiger Wagnisse kämen z. B. folgende Festlegungen in Frage:

a) ohne Zuschlag: Materialien, die im Inlande von behördlichen oder sonstigen marktregelnden Stellen der Art, Güte, Menge und Preisklasse nach bewirtschaftet werden und bei denen in dem betreffenden Kalkulationsabschnitt diesbezügliche Veränderungen nicht zu erwarten sind,
b) mit Zuschlag von z. B. 2 % auf den Beschaffungspreis: Materialien, die im Inlande von behördlichen oder sonstigen marktregelnden Stellen nicht bewirtschaftet werden, und für die in dem betreffenden Kalkulationsabschnitt Veränderungen in Art, Güte, Menge und Preis kaum zu erwarten sind,
c) mit Zuschlag von z. B. 5 % auf den Beschaffungspreis: Materialien wie zu b, für die jedoch in dem betreffenden Kalkulationsabschnitt verteuernde Veränderungen in Art, Güte, Menge und Preis erwartet werden müssen,
d) mit Zuschlag von z. B. 12 % auf den Beschaffungspreis: Materialien wie zu b, deren Preisbildung usw. stark spekulativen Markteinflüssen unterliegt.

Werden Verrechnungspreise für eingekaufte Materialien festgesetzt und für einen bestimmten Zeitabschnitt verwendet, so ist ein entsprechendes Preisverzeichnis aufzustellen. Die Verrechnungspreise sind sodann nicht nur für die Zwecke der Kalkulation, sondern auch für die Bewertung des Materialverbrauchs für Herstellungszwecke zu verwenden. Der Unterschied zwischen den anfallenden Istkosten und der durch den Verrechnungspreis multipliziert mit den jeweiligen Materialmengen sich ergebenden Kostendeckung ist als Einkaufserfolg in der Betriebsrechnung[5]) auszuweisen. An Hand des Einkaufserfolges ist laufend zu prüfen, ob und inwieweit die angesetzten Verrechnungspreise gegenüber den Istkosten ausreichend sind.

Der Vorteil, den die Einführung von Verrechnungspreisen mit sich bringt, liegt — neben der Vereinfachung in der Rechnungsarbeit — vor allem in der Stetigkeit der Kalkulation (Bewertung)

---

3) Vgl. „Richtlinien für die Gestaltung und Handhabung der Leistungsstatistik", Techn. u. Wirtsch. Heft 9/1937 S. 257 ff.

4) Vgl. „Richtlinien für die Gestaltung und Handhabung der Kostenstatistik", Techn. u. Wirtsch. Heft 8/1937 S. 228 f.

5) Vgl. „Richtlinien für die Gestaltung und Handhabung der Betriebsrechnung", Techn. u. Wirtsch. Heft 7/1937 S. 168 rechte Spalte unten und 169.

während eines längeren Zeitabschnittes und in der Möglichkeit, aus der Betriebsrechnung bzw. den entsprechenden Bereichen der Statistik und Planung wertmäßige Einflüsse, die aus der Veränderung der Kostensätze bzw. Einstandspreise entstehen, auszuschalten. Die Rechnung der eigentlichen Herstellung (Fabrikation) erhält dadurch — wird sie auch nach der Ablieferungsseite bzw. in den Bestandsermittlungen entsprechend behandelt — den Charakter einer in sich nach einheitlichen Gesichtspunkten „gewogenen" (gewerteten) Mengenrechnung. Oder anders ausgedrückt, der auf einem solchen Herstellungskonto (von mir zumeist [4]) als „Materialbereich der Herstellung" oder dgl. bezeichnet) ausgewiesene Erfolg stellt nichts anderes als den Unterschied zwischen dem Soll und Ist der „gewogenen" (gewerteten) Mengenausbeute dar.

Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß auch bei der Bewertung des Zeitverbrauches innerhalb der Veredelungsarbeit nach den gleichen Grundsätzen verfahren wird. Mit andern Worten, es müssen auch bei der Bewertung der Veredelungsarbeit die den Kostensatz gegebenenfalls verändernden Einflüsse durch zweckdienliche Maßnahmen ausgeschaltet werden, so, wie ich sie bereits im Heft 7/1937 (S. 169) dieser Zeitschrift dargelegt habe.

Wie ermittelt man nun den Sollkostensatz (Verrechnungspreis) für die Arbeitsstunde einer bestimmten Arbeitsstelle? Ich gehe hier zunächst ganz allgemein auf das Ermittlungsverfahren ein und komme auf Einzelheiten noch im nächsten Abschnitt zurück.

Wie bereits in früheren Beiträgen [1]) erwähnt und begründet, muß man von folgenden Voraussetzungen ausgehen:

1. Die Abteilung (Arbeitsstelle) soll eine normale Beschäftigung haben, z. B. zwei Drittel der Vollbeschäftigung.

2. Die Abteilung (Arbeitsstelle) muß nicht nur ihre unmittelbaren und mittelbaren Kosten decken, sondern auch — in Form von Abschreibungen, Rückstellungen oder dgl. — den Betrag, der für die Erneuerung ihrer Einrichtungen nach dem jeweils gültigen Stand benötigt wird.

Die erste Voraussetzung dient dazu, um einerseits die als normal anzusetzende Leistung bzw. den dieser Leistung entsprechenden Aufwand an Maschinen- und Personenstunden, anderseits den für diesen Zeitaufwand im Durchschnitt benötigten Bedarf an Material, Personal, Fremden Leistungen, selbst erzeugter Energie usw. nach Menge und Kosten zu bestimmen. Hierbei bedient man sich der bisherigen Ergebnisse der Kosten- und Leistungsstatistik, wo erforderlich auch fallweiser Untersuchungen, Schätzungen u. a. m.

Die zweite Voraussetzung soll der Erhaltung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit einer derartigen Arbeitsstelle oder Abteilung dienen und dafür Sorge tragen, daß sich die Arbeitsstelle oder Abteilung die hierfür benötigten Beträge im Gesamtzusammenhange eines Unternehmens und Wirtschaftsbetriebes auch wirklich verdient.

Hat man auf diese Weise die Monatskosten einer Arbeitsstelle oder Abteilung für die monatliche Normalleistung bzw. den dieser Leistung entsprechenden normalen Stundenaufwand ermittelt, so wird daraus das Kostensoll je Arbeitsstunde bestimmt. Der auf diesem Wege mit Hilfe der Statistik durch Planung festgelegte Sollkostensatz je Arbeitsstunde wird in der weiteren Rechnung sodann als Verrechnungspreis bei der Bewertung des Zeitaufwandes für die Leistung verwandt, und zwar ganz gleich, ob man die Einzelleistung im Rahmen der Stückrechnung oder die Gesamtleistung im Rahmen der Abteilungsrechnung [4]) zu „bewerten" hat.

Die Ermittlung des Zeitaufwandes bzw. der Leistung selbst ist, wie bereits erwähnt, Aufgabe der Leistungsstatistik (Ist-Ermittlung) oder Leistungsplanung (Soll-Ermittlung).

Bewertet man die Ergebnisse der Leistungsstatistik oder Leistungsplanung mit den Sollkostensätzen, so erhält man die für die Arbeitsstelle oder Abteilung in Frage kommenden Sollkosten. Werden die entsprechenden Auswertungen der Leistungsstatistik den Istkosten der Arbeitsstellen oder Abteilungen gemäß Kostenstatistik gegenübergestellt, so erhält man aus ihren Unterschieden (Über- oder Unterdeckungen) die Maßstäbe, wie die einzelnen Arbeitsstellen oder Abteilungen kostenmäßig gewirtschaftet haben [4]).

Die Bewertung der eigentlichen Veredelungsarbeit auf Grund des tatsächlichen (Ist) oder veranschlagten (Soll) Zeitaufwandes zum Verrechnungspreis (Sollkostensatz der Arbeitsstunde und damit auch der dadurch geleisteten oder zu leistenden Menge) hat somit — ähnlich wie die Bewertung des Materialeinsatzes — folgende doppelseitige Aufgabe zu erfüllen:

a) im Rahmen der Stückrechnung die Ermittlung der entsprechenden Stück-Herstellkosten,

b) im Rahmen der Abteilungsrechnung die Ermittlung des jeweiligen kostenmäßigen Wirtschaftserfolges der einzelnen Arbeitsstellen, oder anders ausgedrückt, die Abgrenzung der eigentlichen Hauptrechnung im Materialbereich der Herstellung von den Wertschwankungen, die infolge eines derartigen gegenüber dem Soll abweichenden Wirtschaftserfolges andernfalls aus dem Kostenbereich der eigentlichen Veredelungsarbeit in den Materialbereich eindringen würden.

2. Der Arbeitsanteil der Herstellung

Wie im vorigen Abschnitt erwähnt, erfolgt die Erfassung des Arbeitsanteiles der Herstellung — ebenso wie die des Materialanteiles — durch zwei grundsätzlich voneinander zu unterscheidende Arten der laufenden Rechnung:

a) eine „gewogene", d. h. also dem Kalkulationsansatz (Soll) entsprechend gewertete Mengenrechnung,

b) eine Wertrechnung (Kostenrechnung), die gleichsam die Wertschwankungen abgrenzt, soweit sie durch Abweichungen zwischen den Istkosten (Satz oder Summe) und den Verrechnungspreisen bzw. den Sollkosten (gelieferte Mengen multipliziert mit dem Verrechnungspreis und Sollkostenansatz der Kalkulation) entstehen.

Die Rechnung zu a vollzieht sich in dem Bereiche, den ich als Materialbereich der Herstellung bezeichnet habe, wobei nach erfolgtem Materialeinsatz Stufe für Stufe bis zur Ablieferung des Fertigerzeugnisses die jeweils durch die Veredelungsarbeit eintretende Werterhöhung gemäß Kalkulationsansatz zuwächst (vgl. Bild 1).

Die Rechnung zu b vollzieht sich für den Materialanteil im Bereiche des Einkaufserfolges, für den Arbeitsanteil jedoch in dem Bereiche, den ich als Arbeitsbereich der Herstellung bezeichnet habe [5]).

Bevor mit der Rechnung zu a begonnen werden kann, müssen — soweit es sich um die mengen- und wertmäßige Ermittlung des Arbeitsanteiles der Herstellung im einzelnen (Stückrechnung) oder im gesamten (Abteilungsrechnung) handelt — für die aufeinander folgenden Stufen des Gesamtarbeitsganges zwei Arten von Sätzen vorhanden sein:

1. der Zeitaufwand, der für die Mengeneinheit des betreffenden Erzeugnisses von einer bestimmten Arbeitsstelle benötigt wird. Aus ihm ergibt sich umgekehrt für die Zeiteinheit der betreffenden Arbeitsstelle eine bestimmte Liefermenge, die die Leistung der Arbeitsstelle (als Arbeitsperson gefaßt) in dem betreffenden Erzeugnis darstellt;
2. der Kostensatz (als Sollkostensatz Verrechnungspreis), der für die Zeiteinheit der betreffenden Arbeitsstelle während ihrer Betätigung anfällt oder angesetzt wird.

Beide Sätze müssen in der Planung im Soll ermittelt und in der Statistik im Ist überwacht werden (s. o.). Hierbei erhält man, wie oben bereits erwähnt, für das Ist die Angaben über den benötigten Zeitaufwand bzw. die erzielten Liefermengen und Leistungen aus der Leistungsstatistik [3]), den Kostensatz aus der Kostenstatistik [6]).

Bei der Festlegung der Sollsätze des Arbeitsanteiles der Herstellung können zwei verschiedene Gesichtspunkte vorherrschend sein, die zu Abweichungen im Ansatz und damit in den Ergebnissen der Stück- und Abteilungsrechnung führen. Als Grundsätze kommen hierbei in Frage:

a) der Deckungsgrundsatz,
b) der Erziehungsgrundsatz.

Der Deckungsgrundsatz stellt die Deckung des Ist durch das Soll in den Vordergrund. Um „sicher" zu gehen, werden Sollsätze stets „ausreichend", d. h. unter Berücksichtigung genügender Sicherheitszuschläge, bemessen.

[6]) Wie Fußnote 3, S. 258 linke Spalte Mitte.

Der Erziehungsgrundsatz stellt die Entwicklung der Leistung und Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund. Um in der Herstellung und Handhabung weiterzukommen, wird gegenüber dem bisherigen Durchschnitt die Erzielung eines Fortschrittes, d. h. also eine höhere Leistung oder niedrigere Kosten, verlangt. Dadurch wird gegebenenfalls eine niedrigere Preisstellung ermöglicht, die wiederum dem Absatz und rückwärts der Beschäftigung der Firma dienlich sein kann.

Es empfiehlt sich, wie die Erfahrung lehrt, bei der Bemessung der Kostensätze (je Zeiteinheit) den Deckungsgrundsatz, bei der Bemessung des Zeitaufwandes (Leistung) den Erziehungsgrundsatz anzuwenden. Zur Begründung läßt sich sagen, daß gesteigerte Leistungen vielfach gesteigerte Kostensätze (je Zeiteinheit) bedingen, der Einfluß der Arbeitsstelle oder Abteilung auf die Kosten selbst meist gering ist, und der Antrieb zur Leistungssteigerung im Sinne des Sportgeistes (Setzung höherer Ziele) das eigentliche Fortschrittsmoment eines Betriebes darstellt. Hierbei weise ich nochmals auf das hin, was ich bereits im Heft 9/1937 S. 257 (linke Spalte unten) und S. 260 (rechte Spalte unten) bei der Behandlung der Leistungsstatistik ausgeführt habe.

Bei der Ermittlung und Überwachung des Zeitaufwandes und der Kostensätze, die für die Zeiteinheit zu verrechnen sind, kann man hinsichtlich der Bedeutung der geleisteten Arbeiten grundsätzlich folgende Arbeitsarten unterscheiden [5]):

a) Hauptarbeiten, d. h. solche Arbeiten, die in dem jeweiligen Erstellungsvorgang unmittelbar am werdenden Stück verrichtet und in der Kalkulation usw. entsprechend verrechnet werden,

b) Nebenarbeiten, d. h. solche Arbeiten, die nur mittelbar in Gestalt von Hilfsleistungen dem Erstellungsvorgang dienen und bei der Kalkulation usw. infolgedessen nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar in Gestalt von Zeitzuschlägen auf die Hauptarbeiten berücksichtigt werden. Derartige Nebenarbeiten können auf eine Gesamtabteilung, wie z. B. Werkstattreinigen, oder auf einen Arbeitsplatz, wie z. B. die Anfuhr von Vorerzeugnissen, entfallen. Sie müssen dann auch auf die entsprechenden Hauptarbeitsstunden mit Zeitzuschlägen umgelegt werden.

Die Hauptarbeiten [6]) sind zweckmäßigerweise ihrem Wesen nach wie folgt zu unterscheiden:

1. reine Handarbeiten (Arbeiten von Hand), und zwar
   11. Einzelarbeiten (Besetzung je eine Person),
   12. Gruppenarbeiten (Besetzung mehrere Personen im Einzelfall),
2. Maschinenarbeiten
   21. Arbeiten mit Maschine, wobei die Maschine den Charakter des Werkzeuges besitzt und kalkulatorisch die Kosten für die Maschine durch eine entsprechende Erhöhung des Kostensatzes für die Personenstunde verrechnet werden,
   22. Arbeiten an Maschinen, wobei die Maschinenstunde als Grundlage der Zeitaufwandsberechnung dient. Hierbei werden die Personen bzw. Personenstunden als Besetzung bzw. Besetzungsstunden erfaßt. Zur Verrechnung kommen dann Kostensätze, die für die Maschinen- und die Personenstunden getrennt zu ermitteln sind.

Die Ermittlung der Stundenkostensätze für die Hauptarbeiten 11, 12 und 21 im Rahmen der Kostenstatistik [4]) ist einfach. Zu beachten ist nur, daß bei der Ermittlung die Löhne stets insgesamt, d. h. also einschl. der „Fertigungslöhne", zu den Arbeitskosten gehören und als Zeitaufwand stets sämtliche in der Arbeitsstelle gearbeiteten Stunden, d. h. also die Haupt- und Nebenarbeiten, zu verrechnen sind. Abstufungen im Lohnsatz können bei der Feststellung des Kostensatzes berücksichtigt werden (s. u.).

Die Ermittlung der Stundenkostensätze für die Hauptarbeit 22 erfolgt am einfachsten in der Weise, daß man aus den Kostenarten einer Arbeitsstelle die Löhne und lohnabhängigen Kosten mit ihren Beträgen in Beziehung zum Personenstundenaufwand setzt. Die verbleibenden Kostenbeträge entfallen sodann auf die Maschinenstunden. Aus ihnen läßt sich unschwer der Kostensatz für die Maschinenstunde ohne Besetzung errechnen.

Um die Art und Auswirkung der einzelnen Kalkulationsverfahren an einem Beispiel besser verständlich zu machen, habe ich in der Aufstellung 1 für zwei Fälle die Kosten des Zeitaufwandes in folgender Weise ermittelt:

I. auf Grund des angefallenen Lohnes unter Berücksichtigung der sogenannten „Herstellgemeinkosten" durch einen prozentualen Zuschlag auf den gesamten Lohnbetrag (Lohnzuschlagsverfahren),

II. als Arbeit von Personen mit Maschine (s. o. Hauptarbeit 21),

III. als Arbeit an Maschine mit Besetzung (s. o. Hauptarbeit 22).

Ich bemerke vorweg, daß der wesentliche Unterschied zwischen den Verfahren I und II in der verschiedenartigen Zuteilung der „Gemeinkosten", zwischen den Verfahren II und III in der verschiedenartigen Zuteilung der eigentlichen Maschinenkosten liegt:

Aufstellung 1. Die Ermittlung der Arbeitskosten (Beispiel)

Voraussetzungen

In der Arbeitsstelle fallen im Monat folgende Arbeitskosten an:

a) Arbeitslöhne	3000 RM
b) Vom Lohn abhängige Kosten (40 % von a)	1200 „
c) Sonstige Kosten	3600 „
d) Gesamtkosten	7800 RM

In der Arbeitsstelle sind an 5 Maschinen 5 Facharbeiter (A) und 20 Frauen (B) beschäftigt bei einer monatlichen Arbeitszeit von je 200 Arbeitsstunden.

	Insgesamt	A	B
1. Lohnsatz in RM je Std.		1,00	0,50
2. Personenzahl	25	5	20
3. Gesamt-Arbeitsstunden im Monat	5000	1000	4000
4. Gesamtlohn in RM je Monat . .	3000	1000	2000
5. Zuschlag auf Lohn für			
a) lohnabhängige Gemeinkosten .	40%		
b) sonstige Gemeinkosten . . .	120%		
c) Gesamt-Gemeinkosten	160%		
6. Sonstige Gemeinkosten in RM je			
a) Personenstunde	0,72		
b) Maschinenstunde (1000 Stunden)	3,60		

Kalkulationsverfahren:

I. gemäß Lohnanteil unter Berücksichtigung der Gemeinkosten durch Zuschlag von 160 % auf Lohn,

II. gemäß Zeitaufwand an Personenstunden unter Berücksichtigung der lohnabhängigen Gemeinkosten durch einen Zuschlag von 40 % auf den Lohnsatz je Personenstunde (1 RM bei A, 0,50 RM bei B) und der sonstigen Gemeinkosten durch einen Stundenkostensatz je Personenstunde,

III. gemäß Zeitaufwand an Maschinenstunden unter Berücksichtigung der maschinenabhängigen Gemeinkosten (sonstige Gemeinkosten) durch einen Stundenkostensatz je Maschinenstunde und der Kosten für die Besetzung durch die Kopfzahl, den jeweiligen Lohnsatz sowie einen Zuschlag für die lohnabhängigen Gemeinkosten von 40 % auf den Lohnsatz (vgl. II).

Zwei Fälle (a und b)

An einer Maschine arbeiten zur Bewerkstelligung einer bestimmten Liefermenge in je 25 Arbeitsstunden

a) 1 Facharbeiter (A) und 2 Frauen (B),

b) 1 Facharbeiter (A) und 8 Frauen (B).

Ermittlung der Arbeitskosten (Soll)

Verfahren I	Fall a	Fall b
Lohnaufwand (Anzahl)		
für Facharbeiter . . .	(1) 25,00 RM	(1) 25,00 RM
Frauen	(2) 25,00 „	(8) 100,00 „
insgesamt	50,00 RM	125,00 RM
+ 160 %	80,00 „	200,00 „
Arbeitskosten . . .	130,00 RM	325,00 RM

Verfahren II		Fall a		Fall b
Zeitaufwand (Anzahl)				
für Facharbeiter . . .	(1)	25 Std.	(1)	25 Std.
Frauen	(2)	50 „	(8)	200 „
Besetzung		75 Std.		225 Std.
Lohnabhängige Kosten des Zeitaufwandes (Lohnsatz + 40 %)				
für Facharbeiter . . .	(1,40)	35,00 RM		35,00 RM
Frauen	(0,70)	35,00 „		140,00 „
Besetzung		70,00 RM		175,00 RM
Sonstige Kosten des Zeitaufwandes insgesamt (Kostensatz je Personenstunde)	(0,72)	54,00 RM		162,00 RM
Arbeitskosten . . .		124,00 RM		337,00 RM
Verfahren III				
Zeitaufwand an Maschinenarbeit		25 Std.		25 Std.
Zeitaufwand (Anzahl)				
für Facharbeiter . . .	(1)	25 Std.	(1)	25 Std.
Frauen	(2)	50 „	(8)	200 „
Besetzung		75 Std.		225 Std.
Lohnabhängige Kosten je Maschinenstunde (Lohnsatz + 40 %)				
für Facharbeiter . . .	(1,40)	1,40 RM		1,40 RM
Frauen	(0,70)	1,40 „		5,60 „
Besetzung		2,80 RM		7,00 RM
Sonstige Kosten je Maschinenstunde		3,60 RM		3,60 RM
Arbeitskosten je Maschinenstunde		6,40 RM		10,60 RM
bei 25 Maschinenstunden		160,00 „		265,00 „

Zusammenstellung

Es betragen die Gesamt-Arbeitskosten im Falle	a	b
bei Verfahren I . . .	130,00 RM	325,00 RM
„ „ II . . .	124,00 „	337,00 „
„ „ III . . .	160,00 „	265,00 „

Wie aus der Zusammenstellung ersichtlich ist, weisen die Ergebnisse der einzelnen Kalkulationsverfahren sehr erhebliche Unterschiede auf, die sich selbstverständlich auch auf die Preisstellung und Kostendeckung auswirken müssen. Bei der Wahl des Kalkulationsverfahrens für die Ermittlung und Überwachung der Arbeitskosten kommt es daher auf eine möglichst wirklichkeitsnahe Feststellung an. Im vorliegenden Falle ist ganz zweifellos dem Verfahren III der Vorzug zu geben, zumal hierbei auch — was nicht minder wichtig ist — die Ermittlung und Überwachung der in der Stück- und Abteilungsrechnung verwandten Sätze einfach und wirtschaftlich ist. Es sollte daher überall dort zur Anwendung kommen, wo Arbeiten an Maschinen mit unterschiedlicher Besetzung vorkommen. Im Anschluß hieran soll noch kurz auf eine Frage eingegangen werden, die im Zusammenhang mit der Stücklohnfestsetzung zu klären ist.

Bekanntlich erfolgt erfreulicherweise die Stücklohnfestsetzung immer weniger unmittelbar in einem Geldbetrag. Einsichtige Arbeitsingenieure sind bereits vor vielen Jahren zur Ermittlung des Stücklohnes auf Zeitbasis übergegangen. D. h. es wird zunächst — der Weg tut hierbei nichts zur Sache — die Stückzeit festgelegt und aus dieser dann mit einem bestimmten Stundensatze der Stücklohn ermittelt.

Um die Rechnung zu vereinfachen und die Nachprüfung zu erleichtern, hat man dabei nach und nach folgendes Verfahren entwickelt:

1. Zunächst wird für die betreffende Arbeitsmenge der als „normal" festzulegende Zeitaufwand ermittelt (Grundzeit).

2. Sodann wird auf die Grundzeit ein Zuschlag in Prozenten oder Zeiteinheiten erhoben, der dem einzelnen Arbeiter oder der Mannschaft bei Einhaltung der Grundzeit so viel an Verdienstmöglichkeit „vorgeben" soll, als den tariflichen und betrieblichen Bestimmungen entspricht (z. B. 15 oder 20 %). Erhöht man die Grundzeit um den Zuschlag, so ergibt sich daraus die „Vorgabezeit".

3. Die „Vorgabezeit" wird mit dem Stundenlohnsatz gemäß tariflichen und betrieblichen Bestimmungen multipliziert. Daraus ergibt sich als Endbetrag der Stücklohn für die der Rechnung zugrunde gelegte Mengeneinheit.

4. Zur Ermittlung des Gesamtverdienstes stellt man zweckmäßigerweise die im Stücklohn „verdienten" Stunden, die auf Grund der Vorgabezeiten errechnet werden, den „gearbeiteten" oder „verbrauchten" Stunden gegenüber. Sinken im Einzelfall die verdienten Stunden auf oder unter den Stand der „gearbeiteten" Stunden, so tritt die Gewährleistung des Mindestlohnsatzes (tariflicher Stundenlohn) in Kraft. Für die Lohnabrechnung zählen nunmehr also nicht mehr die „verdienten", sondern die „gearbeiteten" Stunden.

Eine derartige Rechnung in verdienten und gearbeiteten Zeiteinheiten, auf die ich hier im einzelnen nicht eingehen kann, bringt mannigfache Vorteile für die Führung des inneren Betriebes mit sich. Sie fördert bei sämtlichen Beteiligten das Denken in Zeiteinheiten und damit den Leistungsgedanken. Sie ermöglicht das Aufstellen von Leistungsmaßstäben für den einzelnen Arbeiter, die Arbeitsstellen, Abteilungen und den ganzen inneren Betrieb.

Trotzdem ist eine derartige Rechnung unbrauchbar für die Planung, für alle auf der Zeit als Grundlage aufbauenden Kalkulationsverfahren sowie demgemäß auch für die Ermittlung und Überwachung der obenerwähnten Sätze (Zeitaufwand je Mengeneinheit und Kostensatz je Zeiteinheit). Denn sie baut nicht nur auf den tatsächlichen Soll- oder Istzeiten und damit auf den verfügbaren Arbeitszeiten auf, sondern darüber hinaus auch auf ganz oder teilweise zusätzlich über die tatsächliche Arbeitszeit „verdienten" Zeiten, die nichts anderes als einen zusätzlichen Lohnverdienst, d. h. also Mehrkosten je Einheit der tatsächlichen Arbeitszeit darstellen.

Bei der Ermittlung und Überwachung des Stücklohnes ist m. E. aus Zweckmäßigkeitsgründen die Zeitverdienstrechnung zwar nicht zu entbehren. Denn sie ist einfach und ermöglicht vor allem ohne Schwierigkeiten die rechnerische Berücksichtigung des tariflich gewährleisteten Stundenmindestverdienstes. Auch für die Aufstellung von Leistungsziffern für den einzelnen Arbeiter, die Arbeitsstellen, Abteilungen usw. ist sie, weil einfach und in sich einheitlich, durchaus am Platze. Darüber hinaus jedoch muß sie durch eine Arbeitszeitrechnung ersetzt werden, die auf den tatsächlich gearbeiteten bzw. zur Arbeit verfügbaren Zeiten aufbaut.

Das bedeutet, daß der im Stücklohn vorzugebende Mehrverdienst nicht im Zeitaufwand je Mengeneinheit, sondern im Kostensatz je Zeiteinheit durch Erhöhung des Lohnsatzes um den Stücklohnverdienstzuschlag usw. zu berücksichtigen ist.

Das bedeutet weiter, daß zwei Rechnungsarten auf diesem Gebiete zweckmäßigerweise in einem Betriebe geführt werden müssen, die unbedingt miteinander abzustimmen sind. Auf Einzelheiten hierzu werde ich an Hand von Beispielen noch in einem späteren Beitrage eingehen.

Allgemein ist für die Ermittlung und Überwachung der Arbeitskosten noch wichtig, daß man sie im Aufbau einer Stückrechnung von Anfang an stets getrennt von dem Materialeinsatz aufweist. Das gilt nicht etwa nur für die Kalkulation eines Halb- oder Vorerzeugnisses, sondern auch für alle Übertragungen der Kosten von Halb- oder Vorerzeugnissen, die man in die Kalkulation der Weiterverarbeitung oder Zusammensetzung übernimmt.

Der große und wichtige Vorteil, der sich aus einer derartigen Handhabung ergibt, ist, daß man in jeder Stufe des werdenden Erzeugnisses stets den Material- und Arbeitsanteil getrennt erhält. Daraus erkennt man ohne weiteres, welchen Wertanteil an von außen zu beschaffendem Material und an im inneren Betrieb zu bewerkstelligender Arbeit das betreffende Stück in sich trägt. Eine derartige Gliederung der Kalkulation bildet also für die Leitung eine wertvolle Dispositions- und Kontrollmöglichkeit.

3. Auftragsrechnung oder Abteilungsrechnung?

Entscheidend für die Art und Weise, wie die Ermittlung und Überwachung der Herstellkosten gestaltet und gehandhabt

werden soll, ist die grundsätzliche Einstellung, die der Rechnende (Wirtschafts- und Rechnungsperson) zu dem durch die Rechnung erfaßten Wirtschaftsbereiche einnimmt.

Wie bereits in früheren Beiträgen über die Gestaltung und Handhabung der Kapitalrechnung (Heft 6/1937 S. 137 ff.) und Betriebsrechnung (Heft 7/1937 S. 167 ff.) dargelegt, muß die Betriebsrechnung — im Gegensatze zur Kapitalrechnung — nach Zweckgesichtspunkten aufgebaut werden. Hierzu müssen die Rechnungsgruppen Statistik, Kalkulation und Planung die Möglichkeiten liefern, während die Kapitalrechnung für die Einfügung und Abstimmung im Gesamtzusammenhange zu sorgen hat.

Die entscheidende Frage lautet nun: Sollen die Betriebsrechnung und von ihr beeinflußt die Statistik, Kalkulation und Planung so gestaltet und gehandhabt werden, daß die Ermittlung und Überwachung der Leistung und Wirtschaftlichkeit und damit auch der Herstellkosten unter dem Gesichtswinkel einer Auftragsrechnung oder einer Abteilungsrechnung erfolgen?

Die Beantwortung dieser Frage ist nicht nur deshalb wichtig, weil dadurch die Ermittlung und Überwachung des Erfolges in ihrer Art und Weise festgelegt werden, sondern weil danach auch die Organisation und Technik des internen Rechnungswesens eines Unternehmens und Wirtschaftsbetriebes gewählt werden müssen.

Vorweg sei bemerkt, daß in der gewerblichen Wirtschaft auch heute noch die Auftragsrechnung im Vordringen ist, mit deren Entwicklung am Anfange dieses Jahrhunderts, ausgehend von dem Maschinenbau, begonnen wurde. Wir Älteren kennen die Auftragsrechnung noch in ihren Kinderschuhen. So mancher von uns hat s. Z. an ihrer Entwicklung selbst mitgewirkt.

Wer dabei tiefer geschürft und später damit Erfahrungen in der Praxis gesammelt hat, wird sich, so wie ich selbst bereits zu Beginn der zwanziger Jahre, immer wieder die Frage vorgelegt haben, ob wirklich die Auftragsrechnung mit dem sie notwendigerweise begleitenden Zettelsystem und Arbeitsaufwand bei allem Fortschritt, den sie s. Z. mit sich brachte, wirtschaftlich, zweckmäßig, ja sogar richtig ist. Ich selbst mußte für mich schon vor anderthalb Jahrzehnten diese Frage schließlich verneinen. Ich habe infolgedessen in meinem Arbeitsbereich — nach Erkennung der Fehler und Mängel in der Grundeinstellung und dem Verfahren der Auftragsrechnung — nach und nach planmäßig die Abteilungsrechnung als Betriebsrechnung im Rahmen der Kapitalrechnung entwickelt und im Laufe der letzten sieben Jahre in einer ganzen Reihe von Fällen praktisch erprobt. In den Hauptzügen habe ich die Gestaltung und Handhabung der Abteilungsrechnung als neue Form der Betriebsrechnung und ihre Auswirkung auf die übrigen Rechnungsgruppen bereits in dieser Beitragsfolge dargelegt, so daß ich den Leser im einzelnen auf meine bisher in dieser Zeitschrift erschienenen Arbeiten verweisen kann.

Was ist denn nun das Wesen der beiden Rechnungsarten? Welche Folgen ergeben sich aus ihnen insbesondere für die Gestaltung und Handhabung der Kalkulation (Stückrechnung)?

a) Die Auftragsrechnung

Die Auftragsrechnung sieht von vornherein den einzelnen Auftrag als den eigentlichen, elementaren Erfolgsträger eines Unternehmens und Wirtschaftsbetriebes an. Aus der Zusammenfassung und wechselseitigen Ergänzung der einzelnen Auftragserfolge während eines bestimmten Rechnungsabschnittes ergibt sich der betriebliche Gesamterfolg.

Infolgedessen wird sowohl in der betrieblichen Durchführung als auch in der Vorbereitung und Rechnung der Auftrag in seinem Verlauf zur einheitlichen Grundlage aller organisatorischen und technischen Maßnahmen gemacht.

Auf den einzelnen Auftrag werden die anfallenden Leistungen und Kosten gesammelt. Dabei werden alle nur mittelbar zu berücksichtigenden Kosten (sogenannte Gemeinkosten) auf dem Wege über die Kostenarten- und Kostenstellenrechnung (vgl. Betriebsabrechnungsbogen des RKW) durch Division oder Zuschlag auf irgendwelche Leistungen oder unmittelbare Kosten (sogenannte Einzelkosten), die auf dem einzelnen Auftrag als Leistungs- bzw. Kostenträger erfaßt werden können, verrechnet [7]).

Sind auf diese Weise alle auf den einzelnen Auftrag zu „verrechnenden" Leistungen und Kosten auf dem Wege der Nachrechnung des Auftrags gesammelt, so werden diese als „Selbstkosten" des Auftrags dem Auftragserlös gegenübergestellt, und daraus wird der Auftragserfolg ermittelt. Die Summe der Auftragserfolge ergibt den gesamten Betriebserfolg.

Die Feststellung der Ist-Selbstkosten je Auftrag dient kalkulatorisch zugleich als Nachrechnung gegenüber einer etwaigen Vorrechnung und Preiskalkulation.

Zwischen dem Istkostenanfall je Rechnungsabschnitt und den auf den einzelnen Aufträgen laufend zu „verrechnenden Kostensätzen" werden stets Unterschiede vorhanden sein. D. h. es sind gegenüber dem Ist stets zu wenig oder zu viel „verrechnete" Kosten vorhanden. Denn selbst dort, wo versucht wird, die für die Nachrechnung der Selbstkosten je Auftrag benötigten Kostensätze (je Leistungseinheit oder in Zuschlagsform) auf Grund der jeweiligen Monatsabschlüsse des Betriebsabrechnungsbogens genau zu ermitteln, werden — wenn auch kleine — Abweichungen nie zu vermeiden sein.

Wer die Auftragsrechnung in der Praxis durchgeführt hat, weiß, daß sie notwendigerweise das Rechnungswesen zersplittert. Er weiß auch, daß sie mit dem Auftrag die laufende Stücknachrechnung in den Brennpunkt des innerbetrieblichen Rechnungswesens stellt und damit die ungeheure Fülle von Einzelposten und Einzelvorgängen des inneren Betriebes, deren rechnerische Bewältigung, wenn sie überhaupt praktisch möglich ist, einen ebenso ungeheuren Aufwand an Arbeitskräften, Arbeitszeit und Arbeitskosten verlangt.

Hinzu kommt, daß auch ein derartig an Hand der Auftragserledigung „nachgerechneter" Betrieb, wenn er, was praktisch viel wichtiger und wertvoller ist, zu einer rechnerisch im Zusammenhang stehenden und begründeten Planung, Disposition und Preiskalkulation übergehen will, eine selbständige „Vorrechnung" aufziehen muß. Zum Schlusse hat man dann gleichsam drei Betriebe zu führen, den einen in der Werkstatt selbst, die beiden andern auf dem Papier als rechnerische „Vorschau" und „Nachschau" zum wirklichen Leben.

Das soll nicht heißen, daß die Auftragsrechnung grundsätzlich zu verwerfen ist. Es gibt Fälle, und zwar dort, wo die Einzelfertigung herrscht und sich die einzelne Vorrechnung nicht lohnt, da ist die Auftragsrechnung am Platze. Ihr Anwendungsgebiet ist jedoch beschränkt. Es wird immer mehr eingeschränkt werden, je mehr die Serie, Masse, aber auch die Vorrechnung und Planung durchdringen werden. Denn hier muß die Auftragsrechnung durch die Abteilungsrechnung ersetzt werden, weil sie leistungsfähiger, wirtschaftlicher und zweckmäßiger ist.

b) Die Abteilungsrechnung

Die Abteilungsrechnung sieht demgegenüber von vornherein die einzelne Abteilung als den eigentlichen, elementaren Erfolgsträger eines Unternehmens und Wirtschaftsbetriebes an. Aus der Zusammenfassung und wechselseitigen Ergänzung der einzelnen Abteilungserfolge während eines bestimmten Rechnungsabschnittes ergibt sich der betriebliche Gesamterfolg [8]).

---

7) Der Ordnung halber sei erwähnt, daß es durchaus denkbar wäre, auch in der Auftragsrechnung den auf dem Wege der Vorrechung (Preiskalkulation) ermittelten Sollkostensatz (Verrechnungspreis) zum „verrechneten" Kostensatz zu erheben. Dadurch ließen sich nicht nur die Einheitswertschwankungen ausschalten, sondern auch die oben erwähnten Kostenerfolge im Einkauf, Arbeitsbereich der Herstellung usw. gewinnen. Nicht zu ermitteln ist jedoch auf diese Weise der Betriebserfolg im Materialbereich der Herstellung und damit der auf Grund der gewogenen Mengenrechnung ermittelte wichtige Bestandteil des gesamten Abteilungserfolges. Zumeist wird aber in der Auftragsrechnung nicht mit derartigen aus der Stückvorrechnung (Preiskalkulation) entnommenen Sollkostensätzen gearbeitet, sondern mit den Ist- oder Verrechnungskostensätzen der Kostenstatistik (Betriebsabrechnungsbogen).

8) Unter Abteilungsrechnung wird hier nicht etwa allein die Kostenrechnung der Arbeitsstellen verstanden. Vielmehr gehört zu ihr darüber hinaus die Gliederung der Rechnung nach dem Einkaufs-, Betriebs- und Geschäftsbereich und innerhalb dieser Gliederung wiederum die Aufteilung nach Erzeugnisgruppen oder Erzeugnisstufen, sowie sie in der Praxis als mehr oder weniger selbständige Abteilungen eines Unternehmens und Wirtschaftsbetriebes auftreten.

Infolgedessen werden sowohl in der betrieblichen Durchführung als auch in der Vorbereitung und Rechnung die Leistung und Wirtschaftlichkeit der Abteilungen zur einheitlichen Grundlage aller Beurteilungen, Entscheidungen und Maßnahmen gemacht.

Die Abteilungsrechnung geht grundsätzlich von dem Sollansatz aus, der den Istanfall zu decken hat. Für die Gesamtfirma ist dieses Soll durch Art, Menge, Güte und Preis des zu erfüllenden Auftrages gegeben, ganz gleich ob dieser Auftrag nun ein Kunden- oder ein Lagerauftrag ist. Insbesondere ist der Preis und damit die Preiskalkulation — neben den jeweiligen Liefermengen und Leistungen — maßgebend für den Kostenanteil usw., der auf die einzelnen Abteilungen entfällt [2]). Durch den Gesamtpreis für die Einheit der Gesamtleistung sind gleichzeitig also auch die Teilpreise (Verrechnungspreise) für die Einheiten der Teilleistungen, z. B. der Stückherstellung gegeben und damit die Deckung, die für die Teilleistung selbst auf jede einzelne Abteilung entfällt.

Die gesamte Betriebsstatistik, und zwar die Kostenstatistik [4]), Leistungsstatistik [5]) und Umsatzstatistik [9]), wird durch ihren Aufbau als Art- und Stellenrechnung von vornherein in den Dienst der Abteilungsrechnung gestellt.

Die Betriebsrechnung [5]) wird als eine gleichsam zweidimensionale Erfolgsrechnung aufgezogen, da der mengen- bzw. preismäßig bedingte Erfolg, wie oben an Hand der Ermittlung und Überwachung der Herstellkosten erläutert wurde, klar und nachprüfbar voneinander getrennt ausgewiesen wird. Leistungs-, Kosten- und Erfolgsträger aber bleibt in jedem Falle die Abteilung und damit ein ganz bestimmter Arbeits- und Wirkungs-, Verfügungs- und Verantwortlichkeitsbereich.

Die Stückrechnung ist dabei bewußt, ja notwendigerweise als Vorrechnung aufgezogen. Eine Nachrechnung der Istkosten je Stück oder dgl. im Sinne der Auftrags-Nachkalkulation gibt es hier nicht. Es werden für Zwecke der Kalkulation nur die Sollansätze (s. o.) laufend an Hand der Betriebsstatistik, Planung und Betriebsrechnung überprüft und gegebenenfalls richtiggestellt.

Durch die Einführung der Abteilungsrechnung vereinfacht und verbilligt sich das innerbetriebliche Rechnungswesen erheblich. Es wird sauberer und klarer, wird — im sportlichen Sinne gesprochen — zum Zügel, Schenkel und Kreuz des Reiters zugleich.

Trotz aller dieser mit der Abteilungsrechnung verbundenen Vorteile bringt man in weiten Kreisen der gewerblichen Wirtschaft ihr offenbar heute noch recht wenig Verständnis entgegen. Im Gegenteil, man kann feststellen, daß der heute entwicklungsmäßig längst überholte Gedanke der Auftragsrechnung immer weitere Gruppen der gewerblichen Wirtschaft ergreift und diese zu Fehlformen und Irrwegen bei der Gestaltung und Handhabung des betrieblichen Rechnungswesens verleitet.

Eine Klärung der von mir aufgeworfenen Frage ist daher mehr denn je gerade heute am Platze, da die gewerbliche Wirtschaft vor die Aufgabe einer Vereinheitlichung des Rechnungswesens gestellt worden ist. Eine derartige Klärung läßt sich jedoch nirgends eindeutiger als auf dem Gebiete der Ermittlung und Überwachung der Herstellkosten erzielen, in dem sowohl die Auftragsrechnung als auch die Abteilungsrechnung ursprünglich entstanden und entwickelt worden ist.

[3435]

9) Vgl. „Richtlinien für die Gestaltung und Handhabung der Umsatzstatistik", Techn. u. Wirtsch. Heft 10/1937 S. 286 ff.

WIRTSCHAFTSBERICHTE

Die deutsche Wirtschaft im Februar 1938

Es gehört zu den alten Weisheiten des praktischen Wirtschaftslebens, daß gesunde Verhältnisse auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten für eine Firma, einen Wirtschaftszweig, eine Volkswirtschaft von ebenso großer Bedeutung wie gesunde Verhältnisse in den dazu gehörigen Betrieben und Haushalten sind. Daher kommt es, daß die Versuche, in die jeweils in Frage kommenden Marktverhältnisse Ordnung und gesunde Grundlagen zu bringen, so alt sind wie die Marktwirtschaft, d. h. das Wirtschaften über das, was man Markt nennt, selbst.

Marktordnungsbestrebungen gingen und gehen von sehr unterschiedlichen Brennpunkten aus. Da ist zunächst einmal jeder nur etwas weitblickend geführte Betrieb von sich aus darauf bedacht, sich seine Liefer- und Absatzmärkte soweit wie nur irgend möglich so aufzuziehen, wie es seinen wirklichen oder vermeintlichen Interessen entspricht. Es wäre verfehlt, die gerade in diesen so vielfachen und vielseitigen Entscheidungen und Maßnahmen der einzelnen Betriebe liegenden Marktordnungsbestrebungen in ihrer großen Bedeutung zu übersehen, nur weil wir heute vielleicht das Wort Marktordnung zumeist in andern Zusammenhängen zu gebrauchen pflegen.

Aus den Zusammenschlüssen von Betrieben, die ein gemeinsames Interesse an gemeinsamen Märkten haben, entstanden die Marktordnungsbestrebungen von Gruppen. Ebenso wie die der Einzelbetriebe waren und sind auch sie darauf bedacht, sich Einkaufs- und Verkaufsverhältnisse zu schaffen, die für die wirklichen und vermeintlichen Interessen der Gruppenangehörigen zweckdienlich sind. Dabei konnten naturgemäß hier wie dort Einzelinteressen übersteigert werden, sofern nicht die bessere Einsicht in die wechselseitigen Zusammenhänge der Gesamtwirtschaft rechtzeitig derartigen Übertreibungen Grenzen setzte, genügend starke Gegenkräfte bei Lieferern, Abnehmern, Konkurrenten vorhanden waren oder das geltende Wirtschaftsrecht seinerseits der rechtswidrigen Ausnutzung von auf irgendeine Weise gewonnenen Machtstellungen Halt gebot.

So kam es, daß auch auf dem Gebiete der Marktordnungsbestrebungen verhältnismäßig frühzeitig nach dem Weltkriege — mit und ohne Mitwirkung von staatlichen Stellen — Versuche unternommen wurden, die gegenseitigen Interessen von Lieferern und Abnehmern miteinander in Einklang zu bringen. Zweck dieser Versuche war, auf dem Wege der Gemeinschaftsarbeit zu einer beide Teile befriedigenden Marktordnung zu kommen. Waren die staatlichen Gewalten an derartigen Bestrebungen selbst beteiligt, so beschränkte sich ihre Mitwirkung in der Regel auf eine allgemeine Überwachung und Förderung. Die Initiative und praktische Durchführung lag bei fast allen derartigen Maßnahmen in der Hand der beteiligten Wirtschaftsgruppen und Wirtschaftsbetriebe, die auf dem Wege privatrechtlicher Vereinbarungen und Verträge sich zu marktordnenden Selbstbeschränkungen ihrer eigenen Verfügungsgewalt gegenseitig verpflichten mußten.

Die Heraushebung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung aus dem privatrechtlichen in den öffentlich-rechtlichen Raum und die damit erfolgte Berufung der Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft zu Trägern öffentlich-rechtlicher Aufgaben hat auch die Marktordnungsbestrebungen auf andere Grundlagen gestellt. Es geht heute nicht mehr um die bestmögliche Wahrung von Einzel- oder Gruppenbelangen, auch nicht mehr nur um den Interessenausgleich der unmittelbar oder mittelbar Beteiligten selbst, mögen sie nun zu den Lieferern, Abnehmern oder Konkurrenten, den Herstellern, Verteilern oder Verbrauchern gehören. Es geht vielmehr darum, eine Ausrichtung derartiger Einzel- oder Gruppenbelange, Interessengegensätze oder Interessenausgleiche auf das gemeinsame Ziel zu erreichen, und zwar eine Ausrichtung, die für das Ganze und seine einzelnen Träger von Nutzen und Segen ist.

Die damit allen Marktordnungsbestrebungen — ganz gleich ob sie nun im Bereiche der Ernährungs- oder der gewerblichen Wirtschaft auftreten — gemeinsam gestellte Aufgabe verlangt von den beteiligten Betrieben und Haushalten ein hohes Maß von Selbstzucht und Einordnungswillen, von den

überbetrieblichen Organen und Trägern der Marktordnung jedoch ein nicht minder hohes Ausmaß von Sachkenntnis und Fachkönnen, das noch durch Takt und Geschick auf dem Gebiete der Menschenbehandlung und Wirtschaftsführung ergänzt werden muß. Vor allem aber verlangt sie ein weitgehendes Einfühlungsvermögen in Wesen und Sinn der lebendigen Wirtschaft und ein tiefes Verständnis für ihre Lebenserfordernisse und Lebensgesetze. Denn andernfalls könnten die ursprünglichen durchaus gesunden, ja notwendigen Marktordnungsbestrebungen zur Erstarrung oder Zersetzung, d. h. in jedem Falle zur Vernichtung gerade der gesunden Lebenstriebe der Wirtschaft führen. Es ist daher nicht gleichgültig, wie man von Fall zu Fall die Ordnung des Marktes anpackt.

Der eine glaubt, die Wirtschaft in der Weise gestalten und führen zu können, daß er kraft seines Willens ihre Bau- oder Meilensteine jeweils in der Art versetzt, wie er sich selbst das Leben denkt und vorstellt. Die Folge davon ist dann, daß er dem Wirtschaftsleben nur zu leicht wirklichkeitsfremde Formen und Wege aufzwingt, in und auf denen es sich nicht meistern läßt. Er wundert sich dann, welche Kraftanstrengungen eine derartige Umstellung verlangt, und staunt, daß der Erfolg demgegenüber so geringfügig ist.

Der andere versucht, zunächst die Wirtschaft aus dem Wesen und Sinn ihres Lebens heraus zu verstehen, sie in ihren inneren und äußeren Zusammenhängen und Wechselwirkungen zu erkennen. Er erstrebt die Meisterung dessen, was er in seinen Dienst stellen will, durch eine erst dann praktisch möglich werdende richtige und rechtzeitige Einwirkung. Er nutzt verständnisvoll und erkenntnisreich die Eigengesetzlichkeit und eigene Dynamik jedes Lebensträgers und Lebensbereiches der Wirtschaft aus. Er schont dadurch nicht nur die Kräfte der andern, sondern auch die eigene Kraft. Er erreicht — wenn er sich auf Gestaltung und Führung nur richtig versteht — Wirkungen von erstaunenswerten Ausmaßen und Graden einfach dadurch, daß er ziel- und verantwortungsbewußt das Wirtschaftsleben selbst sich in zwar zweckdienlich, trotzdem aber zwanglos geführter, natürlicher und ungekünstelter Weise entwickeln läßt. Dabei beobachtet er stets, wie das Wirtschaftsleben auf seine Einwirkungen jeweils reagiert, und sucht zu ergründen, warum das so ist, bzw. was er tun muß, um im Einzelfall die gewollte Wirkung zu erzielen. In erster Linie gehört auch hierzu Einfühlungsvermögen, in zweiter Linie jedoch eine unerbittliche Selbstkritik.

Es ist daher gerade für uns, die wir im Dienst der Marktordnungsbestrebungen stehen, besonders wichtig, in der Praxis auf alle Anzeichen zu achten, aus denen Irrwege oder Überspannungen des Ordnungswillens zu erkennen sind. Dabei werden wir vor allem versuchen müssen, von Fall zu Fall sorgfältig festzustellen, wie die Wirtschaftspraxis auf die Entscheidungen und Maßnahmen der Organe der Marktordnung reagiert. Ich will versuchen, dies an Hand eines der Praxis des letzten Jahres entnommenen Beispiels im einzelnen darzulegen. Im Brennpunkt des zu schildernden Falles steht die Vorstellung von dem, was man als gerechten Preis im Leben einer Volkswirtschaft ansprechen soll.

In einer Wirtschaftsgruppe — der Name tut hier nichts zur Sache — war infolge der Preissteigerungen auf dem Weltmarkt in den ersten vier Monaten 1937 der Einkaufspreis eines für die Gruppe wichtigen Einfuhrrohstoffes auf die doppelte Höhe des Preisstandes von Ende 1936 heraufgesetzt worden. Mit Wirkung vom 1. Mai wurde die Erhöhung der Preise der Halb- und Fertigwaren, die aus dem Rohstoff hergestellt wurden, in der Weise gestattet, daß die Rohstoffverteuerung durch die Einführung von Rohstoffzuschlägen wenigstens in ihrer unmittelbaren Auswirkung auf die Kostendeckung ausgeglichen werden konnte.

Am 30. April bzw. 1. Mai lagen noch Bestände an dem im Preise heraufgesetzten Rohstoff ebenso wie solche an Halb- und Fertigwaren, die aus dem Rohstoff hergestellt waren, in allen Stufen der Herstellung und Verteilung auf Lager. Es trat somit die Frage auf, zu welchem Preise ab 1. Mai die Erzeugnisse verkauft werden sollten, die ganz oder teilweise noch zu „alten", d. h. also niedrigeren Preisen hergestellt oder in Verkehr gebracht waren. Zur Wahl stand Einstandspreis (alter Preis) oder Wiederbeschaffungspreis (neuer Preis), wobei die Wahl für den zweiten dem Verkäufer zwar einen buchmäßigen Konjunkturgewinn, aber die Kaufkrafterhaltung, die Wahl für den ersten zwar keinen buchmäßigen Konjunkturgewinn, dafür aber einen Kaufkraftverlust bringen mußte. Die Entscheidung fiel für den ersten Weg, da man glaubte, Konjunkturgewinne, die wie gesagt nur buchmäßige Gewinne gewesen wären, nach Lage der Dinge nicht zugestehen zu können.

Die Entscheidung führte zwangläufig zu einer Überschneidung von „alten" und „neuen" Preisstufen. Eine gewisse Zeit waren beide bei gleichen Waren im Handel, was nur aus dem Grunde nicht zu Schwierigkeiten führte, weil die Kundschaft soweit möglich gerne noch die niedrigeren alten Preise mitnahm.

Am 1. 1. 1938 konnte der betreffende Auslandsrohstoff fast wieder auf den Preisstand vom 31. 12. 1936 herabgesetzt werden, nachdem inzwischen die Weltmarktpreise wieder erheblich gefallen waren. Nun trat abermals vom 31. 12. 1937 auf den 1. 1. 1938 die Notwendigkeit der Überbrückung zwischen den „alten" und „neuen" Preisen ein. Nur daß dieses Mal die alten Preise über den neuen lagen.

Nachdem man sich im Frühjahr 1937 grundsätzlich für den Einstandspreis und gegen den Wiederbeschaffungspreis ausgesprochen hatte, mußte man naturgemäß auch nunmehr billigerweise bei diesem Standpunkte verbleiben, wo der Wiederbeschaffungspreis (neuer Preis) unter dem Einstandspreis (alter Preis) lag. Da auch jetzt — wie am 1. Mai — Lagerbestände zu „alten" Preisen in Handel und Industrie vorhanden waren, entstand die Frage, wie man diese Bestände zu „alten" Preisen neben den ab 1. 1. 1938 herauszubringenden Waren zu „neuen" Preisen dem Verbrauch zuführen könnte. Dabei verfiel man auf folgenden Weg:

a) Den Fabrikanten wurde erlaubt, bereits vorzeitig im Dezember 1937 so viel aus dem Kontingent der ersten Monate 1938 an dem in Frage kommenden Rohstoff zu verarbeiten, als sie am 31. 12. 1937 Lager- bzw. Fabrikationsbestände zu halten gedachten. Damit sollte der Fabrikant vor Buchverlusten durch die Preissenkung an der Jahreswende bewahrt werden. Das bedeutete für den Fabrikanten den Zwang, im letzten Drittel des Jahres 1937 nicht nur die Waren abzusetzen, die aus seinem laufenden Rohstoffkontingent herzustellen waren, sondern auch noch diejenigen, die aus den aufgearbeiteten Beständen zum 31. 8. 1937 anfielen. Da ein derartiger Vorrat mindestens rd. eine Monatsproduktion darstellt, war damit für den Fabrikanten die Notwendigkeit gegeben — roh gerechnet — nicht vier, sondern fünf Monatsproduktionen im dritten Drittel 1937 zu verkaufen. Der Handel wurde daher von den Fabrikanten soweit wie nur irgend möglich vollgesetzt. Demgegenüber mußten umgekehrt beim Fabrikanten die vorverarbeiteten Rohstoffmengen in der Herstellung der ersten Monate 1938 fehlen, wodurch die Beschäftigungsmöglichkeit der Fabriken entsprechend beeinträchtigt wurde.

b) Dem Handel wurde demgegenüber gestattet, bis zu bestimmten Terminen anfangs 1938 noch Waren zu „alten" Preisen zu verkaufen. Da der Handel nicht gleiche oder ähnliche Waren zu „alten" und zu „neuen" Preisen nebeneinander führen konnte, hielt er seinerseits mit Neuaufträgen zurück und versuchte, zunächst die alten Bestände aus dem Jahre 1937 abzustoßen. Zwar hatte der Handel in Erwartung von Preissenkungen zum Teil bereits frühzeitig im Herbst 1937 — trotz der entgegengesetzten Bemühungen der Fabrikanten — seine Einkäufe gedrosselt und sich nur soweit notwendig eingedeckt. Trotzdem aber waren im Handel noch beträchtliche Bestände vorhanden, da er in den Frühjahrsmonaten — angesichts der damals erwarteten Preissteigerungen und Rohstoffverknappungen — sich soweit wie möglich eingedeckt und zum Teil Vorräte gestapelt hatte, die vielleicht als überreichlich zu bezeichnen waren. Die von damals her noch vorhandenen erhöhten Bestände mußten nunmehr vom Handel gleichsam zusätzlich abgesetzt werden, sodaß neben dem Verkaufsdruck der Industrie im letzten Drittel 1937 auch noch der zusätzliche der Handelsbestände kam.

Zu diesen Entwicklungen traten die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftspropaganda. Dem Verbraucher wurde frühzeitig in Wort und Schrift mitgeteilt, daß die Rohstoffpreise erheblich herabgesetzt und die Fertigerzeugnisse, die aus dem Rohstoff hergestellt werden, sich entsprechend verbilligen würden. Die Folge davon war offenbar, daß die Verbraucher, die unter den gegenteiligen Einwirkun-

gen des Frühjahrs 1937 in starkem Maße Fertigerzeugnisse eingekauft hatten, nunmehr im Einkauf zurückhielten, um erst einmal die in Aussicht gestellten Preissenkungen abzuwarten. Festzustellen war jedenfalls, daß im Anfang 1938 sowohl bei dem Verbraucher als auch beim Handel nur geringe Nachfrage nach Waren auftrat und somit die Fabrikanten, die Ende des Jahres 1937 trotz aller verstärkten Absatzversuche auf erhöhten Lagervorräten sitzen geblieben waren, ihre Herstellung mangels Beschäftigungsmöglichkeit stark zu drosseln gezwungen waren. Hinzu kam, daß trotz aller regelnden Versuche sowohl beim Fabrikanten als auch beim Handel infolge der Unmöglichkeit, die Bestände zu „alten" Preisen rechtzeitig abzustoßen, Verluste auftraten, sodaß die Kaufkraftverluste, die im Frühjahr entstanden waren,

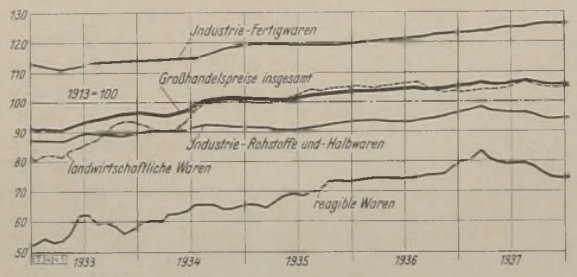

Bild 1. Deutsche Großhandelskennzahlen (Stat. Reichsamt)

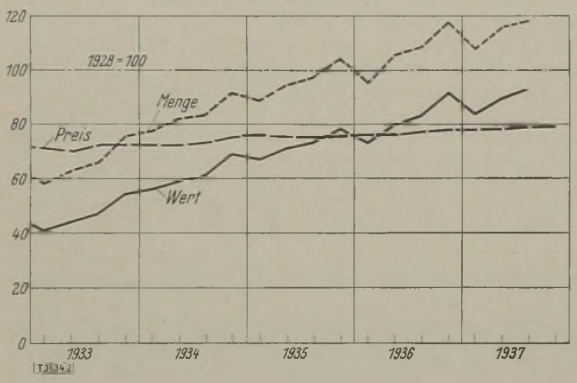

Bild 2. Mengen-, Wert- und Preiskennzahlen der industriellen Fertigwaren

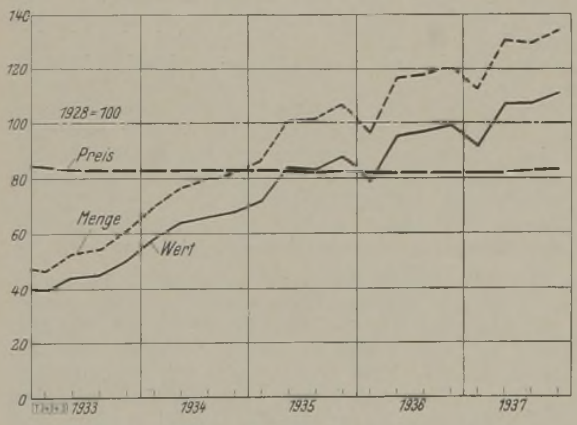

Bild 3. Mengen-, Wert- und Preiskennzahlen der Produktionsmittel

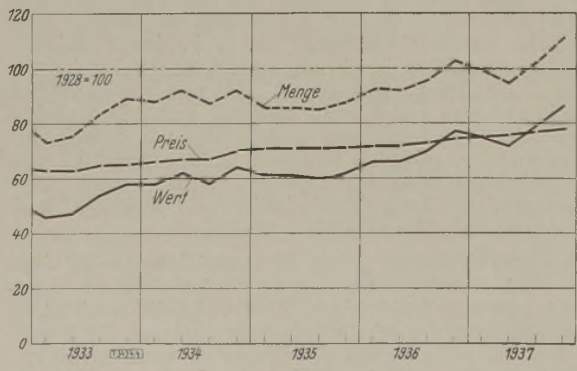

Bild 4. Mengen-, Wert- und Preiskennzahlen der Verbrauchsgüter des elastischen Bedarfs

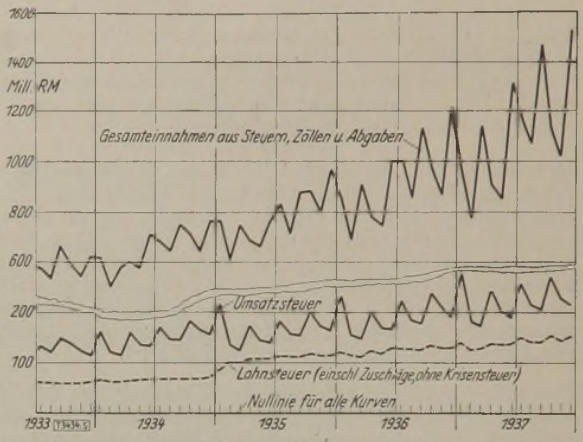

Bild 5. Steuereinnahmen des Reiches

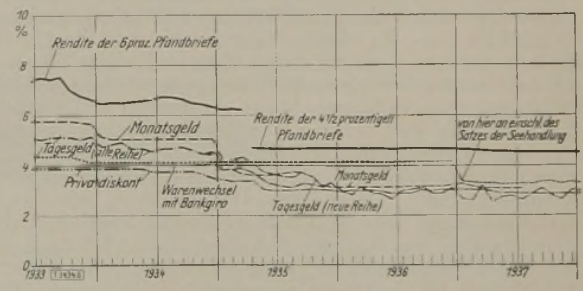

Bild 6. Zinssätze in Deutschland

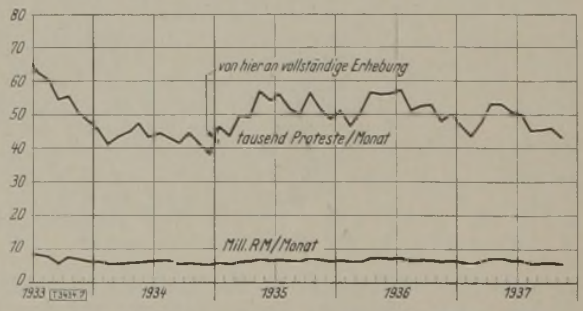

Bild 7. Anzahl der Wechselproteste

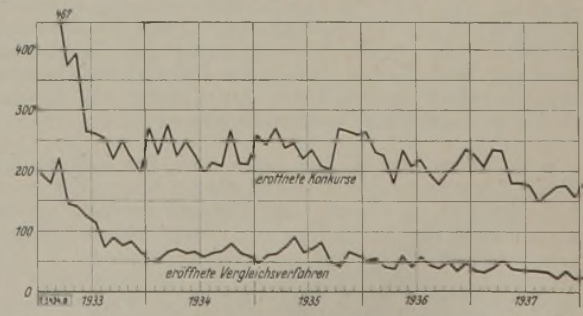

Bild 8. Anzahl der eröffneten Konkurse und Vergleichsverfahren

nicht durch Kaufkraftsteigerungen um die Jahreswende ausgeglichen werden konnten.

Interessant an diesen Vorgängen ist nicht nur, wie die Verbraucher ebenso wie Handel und Industrie ganz allgemein frühzeitig auf die zu erwartenden Herauf- und Herabsetzungen von Preisen reagieren, sondern wie darüber hinaus ein im Sinne des normalen Wirtschaftsverlaufes künstlich gewählter Preis den Gang der Ereignisse beeinflussen kann. Es besteht kein Zweifel darüber, daß in der Praxis des Verkaufs der Wiederbeschaffungspreis der einzig richtige, weil natürliche ist. Mögen sich hier auch in manchen Fällen Konjunkturgewinne ergeben, so stehen ihnen in andern Fällen wiederum Konjunkturverluste gegenüber, deren Entstehung sich durch regelnde Maßnahmen gegen das natürliche Gefälle der Wirtschaft niemals vermeiden läßt.

Gemessen an den Großhandelskennzahlen (Bild 1) konnte der Preisstand des Sommers 1937 inzwischen in der Gesamtheit leicht abgesenkt werden. Die Preise der industriellen Fertigwaren sind seit Oktober 1937 etwa konstant. Gesunken sind die Preise für industrielle Rohstoffe und insbesondere für reagible Waren, während diejenigen für Landwaren etwa in der Entwicklung den Gesamtpreisen entsprechen.

Die Mengen-, Wert- und Preiskennzahlen der industriellen Fertigwaren (Bild 2), Produktionsmittel (Bild 3) und Verbrauchsgüter des elastischen Bedarfs (Bild 4) weisen nach den Rückschlägen im Mengenumsatz wieder steigende Tendenzen auf.

In den Steuereinnahmen des Reiches (Bild 5) brachte das Jahr 1937 auf der ganzen Linie Rekordziffern.

Die Zinssätze in Deutschland (Bild 6) sind seit geraumer Zeit im wesentlichen unverändert. Die Wechselproteste (Bild 7) zeigen in der Anzahl Neigung zum Sinken, im Werte sind sie konstant. Die Anzahl der eröffneten Konkurse und Vergleichsverfahren (Bild 8) läßt irgendwelche Auswirkungen finanzieller Überspannungen krisenhafter Natur nicht erkennen, was zweifelsohne vor allen Dingen auf die starke Nachfrage nach Erzeugnissen aller Art in den letzten Jahren zurückzuführen ist. *Bredt* [3434]

Berichtigung

Infolge eines Versehens, das wir zu entschuldigen bitten, sind in Heft 1/1938, Seite 17 Zahlentafel 1, die Auslandspreise im Oktober 1937 (7. Spalte) für die Waren Nr. 25 bis 30 unrichtig wiedergegeben worden. Wir bitten, die Zahlen wie folgt zu berichtigen:

Baumwollgarn: 134.74, Rohseide: 9.95, Kunstseide: 2.80, Häute: 79.38, Benzin: 3.99 und Kautschuk: 94.35.

Wirtschaftskennzahlen

Gruppe	Februar 1938	Januar 1938	Dezember 1937
Lebenshaltungskennzahl des Stat. Reichsamtes (neue Berechnung) (1913/14 = 100)	125,2	124,9	124,8
Großhandelskennzahl des Statist. Reichsamtes (1913 = 100)	105,7	105,6	105,5
Baukostenkennzahl (Stat. Reichsamt, neue Berechnung)	—	136,0	135,4
Maschinenkennzahl (Gesamtkennzahl – Stat. Reichsamt 1913 = 100)	—	121,6	121,6

Aktienkennzahl (Stat. Reichsamt) 31. 1. bis 5. 2.: 113,75; 7. 2. bis 12. 2.: 113,31; 14. 2. bis 19. 2.: 113,41; 21. bis 26. 2.: 113,91.

Erwerbslosenzahl[1]) (in 1000) am 31. 1. 38. Grundzahl 1052.

[1]) Aus „Wirtschaft u. Statistik" 1. Februar-Heft 1938.

Geldmarkt am 1. März 1938 %

Reichsbankdiskontsatz ab 2. 9. 32	4
Lombardzinsfuß der Reichsbank ab 2. 9. 32	5
Privatdiskontsatz in Berlin kurze Sicht	2 7/8
„ „ „ lange Sicht	2 7/8
Tagesgeld an der Berliner Börse	2 7/8 bis 3 1/8

Erzeugungsstatistik

Land	Industrie	Dezember 1937	Januar 1938	Januar 1937
		1000 t		
Deutschland	Steinkohle	16 242,0	15 939,0	14 856,1
„	Braunkohle	17 046,0	16 437,4	15 185,7
„	Ruhr-Steinkohle	11 260,4	11 004,1	10 281,0
„	Ruhr-Koks	2 774,7	2 797,2	2 577,6
„	Roheisen	1 400,4	1 437,7	1 292,1
„	Rohstahl	1 765,0	1 812,0	1 536,7
Belgien	Roheisen	283,1	259,7	286,5
„	Rohstahl	258,0	222,2	279,5
Großbritannien	Roheisen	796,3	773,3	661,1
„	Rohstahl	1 121,5	1 098,7	1 014,9
Luxemburg	Roheisen	164,4	144,1	204,6
„	Rohstahl	159,5	132,4	204,6
Polen	Roheisen	73,2	68,9	58,5
„	Rohstahl	128,3	108,2	97,5
Güterwagengestellung der Deutschen Reichsbahn (arbeitstäglich in 1000 Stück)		148,7	134,2	126,3

Kolonialwirtschaft

Bodenschätze und Bergbau der ehemaligen deutschen Schutzgebiete

Fortsetzung von Seite 24/26

4. Ostafrika

Das wertvollste und mit reichlich 1 Mill. km² (mehr als das Doppelte des Deutschen Reiches) auch räumlich bedeutendste deutsche Schutzgebiet wird zum weitaus größten Teil als britisches Mandat unter dem Namen Tanganjika-Territorium verwaltet; ein 54 000 km² großer Grenzstreifen im Nordosten steht unter dem Namen Ruanda-Urundi unter belgischer Mandatsherrschaft. Wie der ganze Osten von Nord- und Mittelafrika besitzt auch das ehemalige Deutsch-Ostafrika einen im Verhältnis zur Gebietsgröße nur bescheidenen Bergbau. Bisher werden nur Gold- und Zinnerz in nennenswerten Mengen gefördert. Die bergbauliche Erschließung ist auch verhältnismäßig jungen Datums; unter deutscher Herrschaft wurden nur geringe Mengen von Gold, Salz und Glimmer mit einem gesamten Förderwert von etwa 1 Mill. RM gewonnen.

Zahlentafel 2. Die Bergbauförderung Ostafrikas 1936

Mineral	Förderung Menge	Förderung Wert in £
Gold	2930 kg	540 000
Zinnerz	1500 t	etwa 200 000
Salz	7000 t	„ 40 000
Glimmer	34 t	„ 4 000
Diamanten	2704 Karat	6 252
Insgesamt		rd. 800 000

Das wirtschaftlich bisher bei weitem wichtigste Mineral Gold ist seit langem an vielen Stellen des Landes bekannt. Meist kommt es in Quarzgängen oder auch, wie in Rhodesien, als Imprägnation von Quarzitschiefern vor. Da vielfach nur die oberflächlichen Anreichungszonen über dem Grundwasserspiegel größere Goldgehalte aufweisen, hat der ostafrikanische Bergbau früher soviel Enttäuschungen bereitet, daß die gesamte bergbauliche Entwicklung dadurch auf lange Jahre beeinträchtigt wurde. Erst einige glückliche Funde von Seifengold nach 1920 haben die Unternehmungslust neu belebt, und heute gilt Tanganjika als eines der aussichtsreicheren Goldländer unter britischer Flagge, wenn auch die Zweifel an der dauernden Nachhaltigkeit der Hauptvorkommen nicht verstummt sind. Das wichtigste Revier liegt am Lupa-Fluß im Süden des Landes, zwischen dem Südende des Tanganjika-Sees und dem Rukwa-See. Das 1922 entdeckte Feld hat zeitweilig einen an die kalifornische Entwicklung erinnernden Goldrausch durchgemacht, und auch jetzt sind über 1000 weiße Goldgräber und Angestellte und 15 000 bis 20 000 Eingeborene hier tätig. Die zunächst die Hauptmenge des Goldes liefernden Seifen in den Fluß- und Bachtälern, wo sie während der Trockenzeit gefördert wurden, sind im wesentlichen erschöpft; der Abbau geht immer mehr auf die

primären Lagerstätten über, zwar zahlreiche, aber meist wenig mächtige Quarzgänge mit unregelmäßigem Goldgehalt. Von den sonstigen Goldrevieren Ostafrikas sind die Felder von Musoma und Muanza am Südost-Ufer des Viktoria-Sees nennenswert. Außerdem steht das schon vor 1914 betriebene Goldbergwerk von Sekenke auf dem Iramba-Plateau noch in Förderung; während des Krieges fand die Ausbeute für die Prägung der „Tabora-Goldküste" der deutschen Kriegsverwaltung Verwendung. Endlich liefern auch im belgischen Mandatsgebiet Ruanda-Urundi einige noch wenig erforschte Seifenvorkommen in der Gegend des Kiwu-Sees jährlich etwa 300 kg Gold.

Die Vorkommen von Zinnerz liegen vorwiegend im belgischen Mandatsgebiet. Einstweilen stammt die Förderung in der Hauptsache aus Seifen, während die Inangriffnahme der primären Lagerstätten am Oberlauf des Njamarongo und am Ostufer des Kiwu-Sees von der Lösung der Verkehrsfrage abhängt.

Bereits auf einen langen Betrieb kann die Gewinnung von Kochsalz in der ehemals deutschen Saline Gottorp, jetzt Njanza Salt Works, in der Landschaft Uinza, zurückblicken. Ebenso wie das an einigen Stellen der Küste durch Eindampfen von Meerwasser gewonnene Salz geht es als begehrte Handelsware nach allen Richtungen.

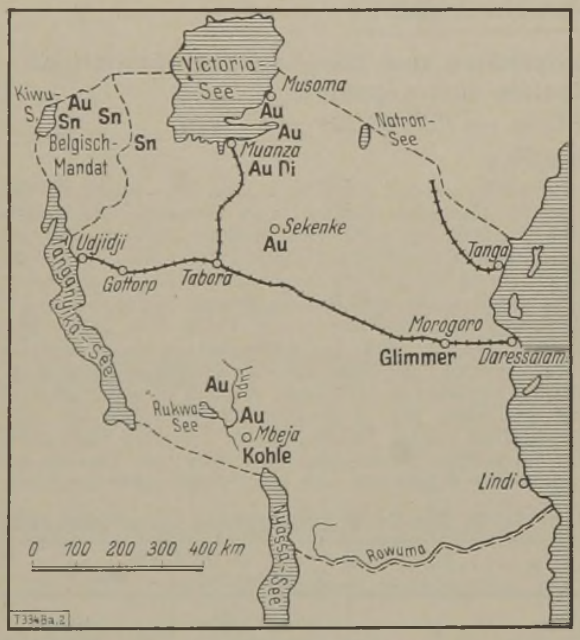

Bild 2. Die wichtigeren Bodenschätze (Deutsch-) Ostafrikas
Au = Gold, Di = Diamant, Sn = Zinn

Vor dem Weltkriege setzte man große Hoffnungen auf die Vorkommen von Glimmer, die an vielen Stellen des Landes in Pegmatit-Gängen auftreten. 1912 sind 150 t im Wert von 0,5 Mill. Mark ausgeführt worden, doch geht der Bergbau, der in der Hauptsache im Uluguru-Gebirge stattfand, wieder zurück, da die Lagerstätten weder an Umfang noch an Qualität ausreichen, um den Bau besonderer Verkehrsanschlüsse zu rechtfertigen.

Eine größere Zukunft steht dagegen vielleicht den Vorkommen von Diamant im Bezirk Muanza südöstlich des Viktoria-Sees bevor. Es ist eine ganze Reihe guter Fundorte teils in Flußsanden, teils im Bergschutt bekannt; auch mehrere primäre Blaugrund-Vorkommen vom Kimberley-Typ sind nachgewiesen worden, aber anscheinend nicht bauwürdig. Die Seifen führen zum Teil größere Steine von guter Qualität. Der größte bisher gefundene wog 52½ Karat. Herrschte nicht seit langer Zeit auf dem Diamantenmarkt Überproduktion, die seit 1930 auch noch durch die Weltwirtschaftskrise verschärft worden ist, so hätte sich hier wohl schon längst ein recht ansehnlicher Bergbau entwickelt. Auch die an sich recht reichen Vorkommen des Halbedelsteins Granat am Mittellauf des Rovuma werden infolge Absatzschwierigkeiten schon seit 1910 nicht mehr abgebaut.

Im Süden des Schutzgebiets, am Nordwestende des Njassa-Sees, treten ziemlich ausgedehnte Vorkommen von Steinkohle in der Karru-Formation auf, der auch die wichtigsten südafrikanischen Kohlenfelder angehören. Die Lagerungsverhältnisse sind aber recht unregelmäßig und die Kohlen infolge recht hohen Aschengehalts nicht vollwertig, so daß ein Verkehrsanschluß für die abgelegenen Vorkommen einstweilen nicht lohnend erscheint. Neuerdings wird erwogen, ein in der Nähe des Lupa-Reviers gelegenes Flözvorkommen in Angriff zu nehmen, um daraus elektrische Kraft zur Versorgung der Goldfelder herzustellen.

Der Bergbau auf die für Ostafrika wichtigsten Bodenschätze, Gold, Zinnerz und Diamant steht erst in der Entwicklung und kann noch recht ansehnliche Fortschritte machen, namentlich wenn die mineralreichen Landschaften im Nordwesten und Südwesten durch Eisenbahnen aufgeschlossen werden sollten. Obwohl die bisherigen Ergebnisse keine Bergbaureviere von Weltrang versprechen, so läßt sich doch gerade auch die bergbauliche Zukunft des Schutzgebiets als günstig beurteilen, zumal da sicherlich auch noch nicht alle Möglichkeiten abschließend erforscht sind.

5. Neu-Guinea

Das vom Staatenbund Australien als Mandat des Völkerbundes verwaltete ehemalige deutsche Schutzgebiet Kaiser-Wilhelms-Land ist bei einer Fläche von 240 000 km², reichlich der Hälfte des Deutschen Reiches, bisher erst in Umrissen geologisch erforscht, da dichter Urwald, sumpfige Flußniederungen, hohe, schwer zugängliche Gebirge und fremdenfeindliche Eingeborene die Erschließung unverhältnismäßig mühsam und kostspielig machen. Nur sehr reiche Lagerstätten hochwertiger Mineralien kommen unter diesen Umständen für einen Abbau in Betracht. Tatsächlich bildet Gold bisher den einzigen, dafür aber recht ansehnlichen Gegenstand des Bergbaues. Einige schon unter deutscher Herrschaft bekannte Goldfelder hatten zeitweilig zahlreiche Goldsucher angelockt, jedoch standen die unzulänglichen Verkehrsmöglichkeiten einer erfolgreichen Entwicklung entgegen. Ein Wendepunkt trat ein, als 1922 australische Goldsucher im äußersten Südosten des Schutzgebiets (Bezirk Morobe) an den Flüssen Bulolo und Koranga reiche Seifen entdeckten; 1926 folgte dann die Entdeckung ausgedehnter und mit 17 g Gold je Tonne verhältnismäßig hochhaltiger Quarzgänge am Eddie-Bach. Das modernste Verkehrsmittel, das Flugzeug, ermöglichte eine sichere Verbindung mit den abgelegenen Feldern, so daß bald auch moderne Großmaschinen eingesetzt werden konnten. Sehr wichtig waren auch die von den Grubengesellschaften durchgeführten sanitären Maßnahmen. Seit 1933 ist der volle Betrieb mit jährlich 4 000 bis 7 000 kg Gold (1936 7 040 kg) im Gange, und die beteiligten Unternehmen haben bereits hohe Überschüsse abgeworfen. Neuerdings scheint allerdings ein Rückschlag zu drohen, der nicht so sehr in geologischen Ursachen als in Transport- und Arbeitsschwierigkeiten begründet ist.

Schon unter der deutschen Verwaltung ist auf Neu-Guinea nach Erdöl gesucht worden, jedoch ist bisher ein Nachweis nicht gelungen. Die Aussichten des Gebiets sind, jedenfalls hinsichtlich des Goldbergbaus, nicht ungünstig; das Gebiet wird seinen schon jetzt fast 1 % an der Weltförderung betragenden Anteil sicherlich noch längere Zeit aufrechterhalten, womöglich sogar noch steigern.

6. Die Südsee-Inseln

Der unter England, seinen Dominien Australien und Neuseeland und unter Japan als Mandatsgebiet aufgeteilte deutsche Besitz im Inselmeer des Stillen Ozeans war und ist bergwirtschaftlich ganz ohne Bedeutung, mit Ausnahme der unter britischer Flagge verwalteten Insel Nauru und der zur Palau-Gruppe gehörigen und von Japan verwalteten Insel Angaur, die beide reiche Phosphat-Lager führen. Wie bei den Vorkommen der andern Südsee-Inseln ist hier der Korallenkalk, aus dem sich der Inselkörper zusammensetzt, von aufgelagertem Vogelmist (Guano) her durch Regenwasser auf mehrere Meter Tiefe in hochwertigen Phosphorit umgewandelt worden. Das besonders ausgedehnte Vorkommen von Nauru ist eines der reichsten Phosphat-Vorkommen der Erde; von dem fast 100 Mill. t erreichenden Gesamtvorrat sind erst 6 Mill. t. abgebaut worden. Das sehr viel kleinere Vorkommen von Angaur hat bisher reichlich 1 Mill. t geliefert und enthält noch weitere 1½ Mill. t.

7. Kiautschau

Das ehemalige deutsche Schutzgebiet Kiautschau in Schantung enthielt selbst keine nutzbaren Bodenschätze von irgend-

welcher Bedeutung. Der wichtige Kohlen- und Eisenerz-Bergbau der deutschen Schantung-Gesellschaft wurde im chinesischen Hinterland betrieben, im wesentlichen jedoch in Tsingtau dem Verbrauch oder der Ausfuhr zugeführt.

8. Bedeutung der kolonialen Bodenschätze für die deutsche Versorgung

Soweit die bisherige Forschung und Erschließung ein Urteil gestatten, finden sich in den ehemals deutschen Schutzgebieten von Massenvorkommen, deren Mineralinhalt für die deutsche Versorgung wesentlich werden könnte, nur Eisenerzlagerstätten in Togo und in Südwestafrika. Außerdem könnten die Vorkommen von Kupfer in Südwestafrika, Zinn in allen drei großen afrikanischen Schutzgebieten, Chromerz in Togo, Vanadium und Kadmium in Südwestafrika und Phosphat in der Südsee, für die Deckung des deutschen Rohstoffbedarfs Bedeutung erlangen. Gold und Diamanten, deren Förderung bisher an der Spitze steht, sind für die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Gebiete selbst von besonderem Wert. Fast alle Kolonien gewähren außerdem noch weiten Spielraum für eine mit neuer Tatkraft einsetzende Schürftätigkeit auf bisher unerschlossene Lagerstätten.

Dr. F. Friedensburg [3348 a]

Außenhandel

Deutschlands Stellung im Außenhandel Britisch-Indiens

Von der etwa 360 Mill. zählenden Bevölkerung Indiens, die zu 90 % auf dem Lande beheimatet ist, sind etwa 73 % in landwirtschaftlichen Berufen beschäftigt, während trotz der gesteigerten Industrialisierung des letzten Jahrzehnts erst 11 % auf Industrie und Handwerk und 7 % auf Handel und Verkehr entfallen.

Britisch-Indien hat das Monopol im Juteanbau (es liefert 99,5 % der Welterzeugung an Jute), ist der größte Erzeuger von Reis, Zucker und Ölsaaten und der zweitgrößte Erzeuger von Baumwolle und Tee. Andere wichtige Ausfuhrwaren sind Häute, Felle, Rohwolle, Weizen, Kautschuk, Erze und Indigo. Die Haupteinfuhrwaren sind Baumwollgarne und -gewebe, Maschinen aller Art, Eisen- und Stahlwaren, sonstige Metalle und Metallwaren, Fahrzeuge, Papier und Papierwaren, Seidengarne und -gewebe, Wollgarne und -gewebe.

Im Weltkrieg setzte die Industrialisierung in Britisch-Indien ein. Es bestehen heute in Britisch-Indien u. a. mehrere große Eisen- und Stahl- sowie Textilwerke. Die Industrialisierung konnte selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Handelsbilanz bleiben. Während früher wie heute landwirtschaftliche und industrielle Rohstoffe in den indischen Ausfuhren eine überragende Rolle spielen, nahmen in der Einfuhr ehemals Eisen, Stahl, Textilwaren, Zucker, Papier usw. einen hohen Anteil ein, Erzeugnisse, die heute infolge der indischen Erzeugungssteigerung aus der Einfuhr verdrängt werden. Nur England konnte dank der Ottawa-Präferenzen in den letzten Jahrzehnten nochmals Einfuhrgewinne in Roheisen, Stahl sowie in den feineren Textilerzeugnissen auf Kosten der nichtbritischen Lieferer verzeichnen.

Die Gesamteinfuhr Britisch-Indiens ging um 91,42 Mill. Rupien (1 Rupie = 0,93 RM) von 1343,67 Mill. Rupien im Rechnungsjahr 1935/36 (1. 4. 35 bis 31. 3. 36) auf 1252,25 Mill. Rupien 1936/37 zurück. Abgesehen von Belgien, der Tschechoslowakei, Irak und Ägypten, die ihre Anteile noch erhöhen konnten, sind die Einfuhren aus allen Lieferländern gleichmäßig vom Rückgang betroffen worden.

Die Gesamtwarenausfuhr Britisch-Indiens stieg dagegen um 356 Mill. Rupien von 1605,24 Mill. Rupien im Jahre 1935/36 auf 1961,30 Mill. Rupien im Jahre 1936/37. Abgesehen von den Ausfuhren nach Sowjetrußland, Spanien, der Schweiz, Österreich, Sumatra, Siam, China, Deutschland und Italienisch-Ostafrika haben alle übrigen Länder Zunahmen zu verzeichnen. Besonders starke Zunahmen wies die Ausfuhr nach der Türkei, Iran, Borneo, USA und Südamerika auf.

Der Außenhandel Britisch-Indiens mit den wichtigsten Ländern

An erster Stelle der indischen Ein- und Ausfuhr steht naturgemäß Großbritannien. Im Jahre 1911/12 kamen von 92 Mill. £ indischer Einfuhr 58 Mill. £ aus Großbritannien, 6 Mill. £ aus andern britischen Besitzungen, und noch nicht ein Drittel blieb für die Belieferung Indiens aus andern Ländern des Weltmarktes übrig. Anderseits gingen von der britisch-indischen Ausfuhr im Gesamtbetrage von 148 Mill. £ 86 Mill. £ nach fremden Ländern, nur 38 Mill. £ nach Großbritannien und die restlichen Teile nach andern britischen Besitzungen. Im Gegensatz zu den französischen Kolonien, die mit dem offenen Weltmarkt nur geringe Beziehungen haben im Vergleich zu ihren Lieferungen an Frankreich, das ihre Ausfuhr fast ganz monopolisiert hat, ist der britisch-indische Außenhandel trotz des großen Überwichts Großbritanniens dennoch weitgehend weltverteilt. Der Grund hierfür ist in beträchtlichem Umfang darin zu suchen, daß die englische Baumwollindustrie auf höherwertige Rohstoffe

Zahlentafel 1. Einfuhr Britisch-Indiens in 1000 Rupien

Land	1935/36	1936/37
Britisches Empire	655 083	616 513
Japan	218 432	212 557
Deutschland	123 416	121 488
USA	89 418	81 600
Belgien	24 364	28 080
Iran	23 542	21 166
Ägypten	15 301	19 472
Schweiz	14 709	14 212
China	18 461	13 993
Niederlande	13 444	13 269
Sowjetrußland	16 103	13 191
Italien	20 022	12 115
Frankreich	12 950	11 434
Schweden	11 422	9 397
Tschechoslowakei	6 797	7 768
Irak	4 960	5 381
Norwegen	5 841	4 770
Java	17 446	4 348
Österreich	4 284	3 798
Arabien	2 841	2 803
Portug.-Ostafrika	4 460	2 799
Siam	8 110	2 515
Niederl. Borneo	3 147	2 348
Spanien	2 204	1 841
Ungarn	2 371	992
Übrige Länder	24 527	24 398
Insgesamt	1 343 668	1 252 249

Zahlentafel 2. Ausfuhr Britisch-Indiens in 1000 Rupien

Land	1935/36	1936/37
Britisches Empire	739 605	869 637
Japan	218 871	299 908
USA	161 221	184 173
Deutschland	95 030	84 446
Frankreich	71 534	78 779
Belgien	55 196	68 396
Italien	35 188	46 785
Südamerika	32 634	43 917
Niederlande	37 062	38 609
Ägypten	12 456	13 286
Iran	4 362	12 946
China	18 763	12 509
Westindien	9 998	10 966
Portug.-Ostafrika	1 856	9 324
Arabien	8 019	8 999
Borneo und Java	4 951	8 459
Franz. Indochina	5 708	8 314
Spanien	17 811	6 293
Siam	9 101	6 132
Irak	4 279	5 611
Norwegen	4 018	4 590
Schweden	4 045	4 253
Sumatra	5 265	3 895
Türkei	1 719	3 396
Sowjetrußland	3 522	2 830
Österreich	413	244
Schweiz	163	135
Italien.-Ostafrika	1 379	109
Andere ostafrik. Häfen	794	817
Übrige Länder	33 990	43 488
Insgesamt	1 605 237	1 961 299

Zahlentafel 3

	1913/14	1931/32	1932/33	1933/34	1934/35	1935/36	1936/37
Lieferland:	Einfuhr Britisch-Indiens in %						
Großbritannien	64,1	35,5	36,8	41,7	40,6	38,8	38,4
Japan	2,6	10,6	15,4	14,2	15,7	16,2	17,0
Deutschland	6,9	8,1	7,8	7,7	7,6	9,2	9,7
USA	2,6	10,2	8,5	6,2	6,4	6,7	6,5
Belgien	2,3	2,4	2,6	2,3	1,6	1,8	2,2
Italien	1,2	2,8	3,0	2,5	2,3	1,5	1,0
Java	5,8	3,8	2,8	2,1	1,4	1,3	0,4
Abnehmer:	Ausfuhr Britisch-Indiens in %						
Großbritannien	23,6	27,9	28,0	32,2	31,6	31,0	44,4[1]
Japan	9,1	8,7	10,3	8,5	15,7	13,7	15,4
USA	8,7	8,9	7,4	9,6	8,5	10,0	11,0
Deutschland	10,6	6,3	6,5	6,5	4,6	5,4	8,0
Frankreich	7,1	4,8	6,0	4,9	3,5	4,2	4,0
Belgien	4,8	2,8	3,0	3,0	2,8	3,3	3,5
Italien	3,1	3,4	3,5	3,8	3,9	2,0	2,2

[1]) Englisches Empire.

Zahlentafel 4

Jahr	Britisch-Indiens Einfuhr aus Deutschland	Britisch-Indiens Ausfuhr nach Deutschland	Jahr	Britisch-Indiens Einfuhr aus Deutschland	Britisch-Indiens Ausfuhr nach Deutschland
Deutsch-indischer Außenhandel nach der indischen Statistik in lakhs (1 lakh = 100 000 Rupien) (Vorkriegsdurchschnitt: Einfuhr 935; Ausfuhr 2236)					
1930/31	1238	1442	1934/35	1011	720
1931/32	1020	1035	1935/36	1234	950
1932/33	1039	866	1936/37	1214	844
1933/34	888	922			
Deutsch-indischer Außenhandel nach der deutschen Statistik in Mill. RM					
1930	190,0	428,6	1934	94,4	134,7
1931	157,5	280,5	1935	113,3	121,3
1932	109,3	158,5	1936[1])	120,2	150,3
1933	86,8	153,9			

[1]) 1936/37

eingestellt war, als Indien im allgemeinen zu liefern vermochte. Sie verarbeitete amerikanische und ägyptische und weniger gern indische Baumwolle. Der Weltkrieg hat nun dazu geführt, daß sowohl in Amerika wie in Indien gesteigerte Mengen der Baumwollerzeugung im eigenen Lande verarbeitet werden, und daß daneben größere Teile der indischen Rohbaumwollerzeugung ihren Weg nach Japan finden, das nunmehr die zweite Stelle im britisch-indischen Außenhandel einnimmt. Auch die Belieferung Indiens mit Industrieerzeugnissen ist zum Teil auf Japan hinübergeglitten, dessen Handelsflotte sich im Kriege zur Beherrscherin des Verkehrs im Indischen Ozean gemacht hat.

Während die Einfuhr Indiens aus England von 64,1 % im Jahre 1913/14 auf 38,4 % im Jahre 1936/37 zurückging, stieg der Anteil Japans von 2,6 % im Jahre 1913/14 auf 17 % im Jahre 1936/37. Die Ausfuhr Indiens nach Japan stieg von 9,1 % im Jahre 1913/14 auf 15,4 % im Jahre 1936/37. Vor dem Kriege stand Deutschland mit einem Einfuhranteil nach Indien mit 7 % im Jahre 1913/14 und einem Ausfuhranteil Indiens nach Deutschland mit 10,6 % im Jahre 1913/14 an zweiter Stelle im britisch-indischen Außenhandel.

Im Jahre 1931/32 stand Japan mit 10,6 % an zweiter Stelle in der britisch-indischen Gesamteinfuhr, die Vereinigten Staaten mit 10,2 % an dritter Stelle und Deutschland mit 8,1 % an vierter Stelle. Im Jahre 1933/34 nahm Deutschland mit 7,7 % den dritten Platz hinter Japan mit 14,2 % und vor den Vereinigten Staaten mit 6,2 % ein. Im Jahre 1936/37 betrugen die Einfuhranteile Japans 17 %, Deutschlands 9,7 % und der Vereinigten Staaten 6,5 %. Deutschland stand also im Jahre 1936/37 wieder wie in den vorhergehenden Jahren seit 1933/34 an dritter Stelle.

Im Jahre 1931/32 nahmen die Vereinigten Staaten mit einem Anteil an der Gesamtausfuhr Britisch-Indiens von 8,9 % den zweiten Platz, Japan mit 8,7 % den dritten und Deutschland mit 6,3 % den vierten Platz ein. Seit 1934/35 wurden die Vereinigten Staaten endgültig von Japan auf die dritte Stelle gedrängt. Japan stand im Jahre 1934/35 mit 15,7 % nunmehr an zweiter, die Vereinigten Staaten mit 8,5 % an dritter und Deutschland mit 4,6 % an vierter Stelle. Im Jahre 1936/37 betrug der Anteil Japans an der Gesamteinfuhr 15,4 % (zweite Stelle), der Anteil der Vereinigten Staaten 11 % (dritte Stelle) und der Anteil Deutschlands 8 % (vierte Stelle).

Der deutsch-indische Außenhandel

Nach indischer Statistik betrug im Jahre 1936/37 die Gesamtausfuhr Britisch-Indiens nach Deutschland 84 446 000 Rupien. Nach der deutschen Statistik hat sich die Einfuhr Deutschlands aus Britisch-Indien in der angegebenen Zeit jedoch auf 150 312 000 RM oder 163 382 600 Rupien belaufen, mithin auf fast den doppelten Betrag. Gleichzeitig gibt die indische Statistik die Ausfuhr Deutschlands nach Britisch-Indien mit 121 488 000 Rupien an, während die deutsche Statistik 120 262 000 RM oder 130 719 500 Rupien anführt. Nach der deutschen Statistik ist demnach der Handel mit Indien 1936/37 passiv gewesen. Die Einfuhr aus Indien nach Deutschland überstieg die Ausfuhr dorthin um 32,7 Mill. Rupien, während nach der indischen Statistik die Ausfuhr Deutschlands nach Indien um 37 Mill. Rupien höher war als die Einfuhr dorther. Nach indischen Feststellungen war die Handelsbilanz demnach für Deutschland aktiv. Die Abweichung in der deutschen Ausfuhr von etwa 8,5 Mill. Rupien ist unwesentlich. Sie ist zum Teil dadurch zu erklären, daß die Verschiffung der deutschen Ausfuhrwaren und die Ankunft in Britisch-Indien nicht immer in den gleichen Zeitabschnitt fallen. Von sehr großer Bedeutung ist dagegen die um etwa 79 Mill. Rupien höhere deutsche Einfuhr aus Britisch-Indien nach der deutschen Statistik gegenüber der indischen. Diese gewaltige Abweichung in den Angaben ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die deutsche Statistik das Herkunftsland der Ware zu erfassen sucht, während die indische Statistik den Bestimmungshafen des Dampfers oder das bezeichnete Bestimmungsland anführt. Nun ist es aber, besonders bei den Massengütern, üblich, daß das Bestimmungsland in Indien überhaupt nicht bekanntgegeben wird. In diesen Fällen erhalten die Dampfer den Auftrag, nach einem Hafen (z. B. Port Said) zu fahren, wo ihnen weitere Mitteilungen über die Bestimmungshäfen überreicht werden. In allen diesen Fällen erscheint in der indischen Statistik das Land des Bestimmungshafens (also z. B. Ägypten) als Bestimmungsland, während die Ware in Wirklichkeit vielfach für deutsche Häfen bestimmt ist.

Daraus erhellt, daß die indischen Statistiken nicht das tatsächliche Bild über den Anteil Deutschlands am Handel Britisch-Indiens geben. Deutschland nimmt Indien 8 % seiner gesamten Ausfuhr ab und nicht 4,3 %, wie die indische Statistik angibt. *Kiewitt*, Kiel [3354]

SCHRIFTTUM

Wirtschaftswissenschaft und -politik

Die Lehre vom Wirtschaftsbetrieb (Allgemeine Betriebswirtschaftslehre). Von *W. Prion*. Berlin und Wien 1935 und 1936, Verlag Julius Springer. 1. Buch 162 S. Preis 8,50 RM, 2. Buch 217 S. Preis 10,50 RM, 3. Buch 240 S. Preis 12,80 RM.

In drei Büchern hat *Prion* die von ihm als Professor der Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule und Universität Berlin seit vielen Jahren vorgetragene Lehre vom Wirtschaftsbetrieb nach einheitlichen Gesichtspunkten zusammengefaßt. Das erste Buch behandelt den „Wirtschaftsbetrieb im Rahmen der Gesamtwirtschaft", das zweite den „Wirtschaftsbetrieb als Wirtschaft (Unternehmung)", das dritte den „Wirtschaftsbetrieb als Betrieb (Arbeit)".

In vier große Abschnitte ist seinerseits wiederum jedes der drei Bücher gegliedert. Wesen und Bedeutung (A), Arten und Formen (B) der Wirtschaftsbetriebe, die Gesamt-

wirtschaft (C) und die Lehre vom Wirtschaftsbetriebe (D) werden im ersten Bande erörtert. Im zweiten wird auf den Wirtschaftsplan (A), Vermögen und Kapital (B), den Umsatz (C) und den Gewinn und Verlust (D) eingegangen, während sich der dritte mit der Aufgabe (Leistung) (A), den Menschen (B), der Organisation (C) und der Wirtschaftlichkeit (D) befaßt.

Eine Fülle von Stoff und Gedanken ist in dem Werke zusammengetragen. Das erste Buch führt den Leser tief in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge des Wirtschaftsbetriebes hinein, wobei sich der Verfasser offensichtlich stark die Formen und Wege Sombartschen Denkens zu eigen macht. Zum zweiten und dritten Buche leitet als Grundgedanke gleichsam die Zerlegung des Wortpaares Wirtschaftsbetrieb in seine beiden Bestandteile hinüber: Wirtschaft gefaßt als Unternehmung, Erwerb; Betrieb als Arbeit, Zwecktätigkeit. Wirtschaft wird hier also nicht als Oberbegriff, sondern als eine dem Betrieb gleichstehende Begriffsstufe angesehen, der Ausdruck Wirtschaftsbetrieb begrifflich somit als eine Zusammensetzung von zwei gleichrangigen Worten Wirtschaft und Betrieb gefaßt.

Die Frage, die *Prion* hier anschneidet, ist wichtig genug, um etwas näher auf seine diesbezüglichen Gedankengänge einzugehen.

Prion beginnt sein Werk mit einer Darlegung des Wesens und Begriffes der Wirtschaft. Wirtschaftsbetrieb ist nach ihm die Veranstaltung einer Wirtschaft. Hierbei versteht er — darauf ist in der Einleitung ausdrücklich hingewiesen worden — unter Wirtschaft nicht die Gesamtwirtschaft (Volkswirtschaft), sondern die Einzelwirtschaft (Wirtschaftsbetrieb).

Der Begriff „Wirtschaft" wird nach *Prion* in verschiedenem Sinne gebraucht. Zur Klarstellung zählt er eine Reihe von unterschiedlichen Deutungen bzw. Abgrenzungen auf. Wirtschaft im A-Sinne: Bereitstellung von Mitteln für die Befriedigung von Bedürfnissen schlechthin, also von allen vorkommenden oder möglichen Bedürfnissen. Wirtschaft im B-Sinne: Bereitstellung von Mitteln (gemeint sind Güter) für die Befriedigung äußerer Bedürfnisse (gemeint sind materielle Bedürfnisse). Wirtschaft im C-Sinne: Wirtschaft, die des Erwerbes wegen (gemeint ist Gelderwerb) betrieben wird (man könnte dies als eine Bereitstellung von allgemein gültigen Tauschmitteln, nämlich Geldern, zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bezeichnen). Wirtschaft im D-Sinne: Unmittelbare Befriedigung von Bedürfnissen im Haushalte selbst.

Von diesen verschiedenartigen bzw. mehr oder weniger weit gefaßten Begriffsabgrenzungen wählt *Prion* sich die Wirtschaft im B-Sinne als Grundlage seiner weiteren Darstellungen aus. Er bekennt sich also zu der Auffassung, die unter Wirtschaft lediglich die Betriebswirtschaft verstanden wissen will, und schließt somit begrifflich im Grunde genommen die Berechtigung der Bezeichnung Volkswirtschaft als Wirtschaft aus. Infolgedessen stellt *Prion* die Wirtschaft (lies Betriebswirtschaft) bewußt dem Haushalt gegenüber und bezeichnet als ihre Aufgabe die Bereitstellung von Gütern (Produktionswirtschaft im weitesten Sinne des Wortes) im Gegensatze zur Aufgabe des Haushaltes, der die Bedürfnisse zu befriedigen hat.

Mit einem derartigen als Wirtschaft im B-Sinne gefaßten Grundbegriffe verbindet *Prion* sodann die Deutung der Wirtschaft im C-Sinne, um über den dadurch eingefügten erwerbswirtschaftlichen Charakter der Gütererstellungswirtschaft (Betriebswirtschaft) zur Wirtschaft als Unternehmung zu kommen.

Am deutlichsten sind diese Gedankengänge in einem Schaubilde zu erkennen, das *Prion* im ersten Buche (S. 27) aufführt, und das ich hier wiedergebe.

Nichts könnte deutlicher als diese Zusammenstellung darlegen, wie *Prion* sich — zweifelsohne unter dem Eindruck der zwar gewaltigen, nichtsdestoweniger jedoch ganz einseitig gesehenen Entwicklung von der Hauswirtschaft zur Unternehmung — dazu verleiten läßt, den zwar sehr bemerkenswerten, trotzdem aber nur einen Teil darstellenden Ast eines Baumes für das Ganze zu nehmen. Und so ist es denn auch ohne weiteres verständlich, daß *Prion* vorweg die Volkswirtschaft als höhere Einheit der Wirtschaft ausschaltet. Denn in eine derartige einseitige Entwicklungsreihe paßt naturgemäß der Begriff Volkswirtschaft

WB Wirtschaftsbetrieb									
W Wirtschaft					B Betrieb				
I	A	B	C	D	D	C	B	A	II
1. Haus-Wirtschaft	Der Wirtschaftsplan	Vermögen und Kapital	Umsatz	Gewinn oder Verlust	Die Wirtschaftlichkeit	Die Organisation	Die Menschen	Die Aufgabe	1. Land- und Forstbetrieb
2. Tausch-Wirtschaft									2. Gewerbe-(Industrie-)betrieb
3. Erwerbs-Wirtschaft									3. Handels-, Verkehrsbetrieb
4. Unternehmung	A	B	C	D	D	C	B	A	4. Bankbetrieb

nicht hinein. Allein diese Tatsache hätte *Prion* schon veranlassen müssen, seine einseitig eingeschränkte Begriffsdeutung des Wortes Wirtschaft einer Nachprüfung zu unterziehen.

Hinzu kommt, daß es — wenigstens wenn man den Worten nicht Gewalt antun will — nicht möglich ist, die Wirtschaft dem Haushalt als gleichrangigem Begriffe gegenüberzustellen. Denn jeder in sich eine Einheit, wenn auch von verschiedener Stufe, bildende Träger einer Wirtschaft muß notwendigerweise einen Haushalt besitzen, muß, um selbst leben, arbeiten, seine Zwecke erfüllen zu können, Bedürfnisse haben und decken. Das, was aber einen Haushalt, ganz gleich ob es sich hierbei nun um einen Betriebshaushalt, öffentlichen Haushalt oder Familienhaushalt handelt, zu einer Wirtschaft, wenn auch als mehr oder weniger hoch stehende Einheit macht, ist die zweckentsprechende und vernunftgemäße Beschaffung und Verwendung der Dinge, die seine Inhaber, nämlich die Betriebe, die öffentliche Hand, der Familienverband für die Erhaltung und Entwicklung ihres Lebensstandes und die Verfolgung ihrer Lebensziele benötigen. In der alten Hauswirtschaft wurde die Gesamtaufgabe im engen Kreise eines Familienverbandes erfüllt. Heute ist gegenüber damals im Grunde genommen nur der eine, allerdings sehr bedeutungsvolle Unterschied vorhanden: die Gesamtaufgabe ist im Rahmen einer Volkswirtschaft auf zahlreiche einzelne Träger mittels einer weitgetriebenen Aus- und Absonderung aufgeteilt worden. Jeder Trägertyp hat somit gleichsam eine Teilaufgabe als den für ihn typischen Lebenszweck erhalten, der aber nur darum und nur dann wirklich erfüllt wird, wenn die Auffassung der Aufgabe und die Verfolgung des Zweckes auch im Rahmen der Gesamtwirtschaft, d. h. also letzten Endes der Volkswirtschaft, zweckentsprechend und vernunftgemäß ist.

Der Begriff Wirtschaft wird daher für den Teil (Zelle) und das Ganze stets der Oberbegriff sein, der im Grunde genommen — wie bereits erwähnt — nichts anderes als die zweckentsprechende und vernunftgemäße Beschaffung und Verwendung der in Frage kommenden Dinge im obigen Sinne bedeutet.

Aus diesem Mißverstehen heraus läßt *Prion* sich auch in diesem Werke wieder dazu verleiten, über die „Beliebtheit" des Wortes Wirtschaft in den Kreisen der eigentlichen Wirtschaft (lies Betriebswirtschaft) und Technik zu spotten. Nachdem er eine Reihe von derartigen Wortbildungen wie Anlage-, Stoff- usw. Wirtschaft bzw. Kraft-, Wasser- usw. Wirtschaft aufgeführt hat, meint er — „es fehlt nur noch, daß man sagt: Wirtschaft-Wirtschaft". Er meint dann weiter — und das ist wiederum kennzeichnend — „in allen diesen Fällen ist das Wort Wirtschaft an die Stelle von Wesen getreten". Nein, nein und abermals nein! Der Begriff „Wesen" kennzeichnet in diesem Zusammenhang etwas ganz anderes, nämlich Eigenart, Eigenschaft, Eigenaufbau usw., als der Begriff Wirtschaft (s. o.). Es hat somit auch einen tiefen Sinn, daß sich das Wort Wirtschaft in diesem Zusammenhange einer so großen Beliebtheit, wie *Prion* meint, erfreut.

Die Grundeinstellung, die der Verfasser eines derartigen Werkes von vornherein zu dem von ihm behandelten

Aufgabengebiet einnimmt, muß naturgemäß nicht nur den gedanklichen Aufbau, sondern auch so manche Darstellung und Wertung maßgeblich beeinflussen. Die große und anerkennenswerte Arbeit, die von *Prion* in zahlreichen Kapiteln der drei Bände geleistet worden ist, wird dadurch leider nicht nur in den oben erwähnten grundlegenden Abschnitten beeinträchtigt. Das wird um so mehr von allen denen bedauert werden, die *Prion* wie wir nicht nur als einen fesselnden und geistreichen Redner und Lehrer, sondern auch als einen klugen und scharfsinnigen Kopf und Forscher zu schätzen wissen. *Bredt* [3403]

Wirtschaftsprüfung

Wirtschaftstreuhänder-Jahrbuch 1938. Herausgegeben von *Otto Mönckmeier.* Leipzig 1938, G. A. Gloeckner. 492 S. Preis 4,80 RM.

Das Jahrbuch 1938 steht, wie der Herausgeber in seinem Geleitwort feststellt, im Zeichen der umfassenden Berufsregelung für die Mittelstufe des Prüfungs- und Treuhandwesens: neben der Spitzengruppe, dem Wirtschaftsprüfer, hat nun auch durch Erlaß des Reichswirtschaftsministers und des Reichsrechtsführers die Mittelstufe, der vereidigte Bücherrevisor und „Wirtschaftstreuhänder NSRB", ihr Berufsrecht erhalten.

Das Jahrbuch enthält im ersten Teil die gesamte Berufsordnung des Wirtschaftstreuhänderberufes, im zweiten Teil die Gebührensätze, im dritten die rechtlichen Vorschriften über Rechnungslegung und -prüfung. Der vierte Teil erläutert den Jahresabschluß der Aktiengesellschaft, während der fünfte Teil dem Prüfungsergebnis, d. h. dem Bestätigungsvermerk und dem Prüfungsbericht gewidmet ist. Die folgenden Kapitel enthalten wichtige Bestimmungen aus dem Gesellschaftsrecht, aus der Treuhandpraxis, aus dem Steuerrecht sowie Nachschlagetafeln, z. B. über Sozialversicherung, Geldkurse, Maße, Gewichte usw.

Diese Aufzählung allein legt dar, daß das Jahrbuch nicht nur dem Wirtschaftstreuhänder, sondern auch all denen ein guter Ratgeber sein wird, die sich im Wirtschaftsleben irgendwo mit dem Rechnungs- und Prüfungswesen zu befassen haben. Dr. *Fr.* [3441]

Wehrwirtschaft

Schriften zur kriegswirtschaftlichen Forschung und Schulung. Herausgegeben von *Kurt Hesse.* Hamburg 1937, Hanseatische Verlagsanstalt:

Die Wehrkraft der Wirtschaft. Beiträge zur Methodik wehr- und kriegswirtschaftlicher Lagebeurteilungen. Von *Ernst Hoch.* 61 S. Preis 1,80 RM.

Die Umstellung von der Friedens- auf die Kriegsfertigung. Von *E. Rauscher.* 54 S. Preis 1,80 RM.

Wirtschaftliche Mobilmachung der USA. Wirtschaftsplanung unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Von *Gerold v. Minden.* 60 S. Preis 1,80 RM.

Der Orient im Britischen Weltreich. Eine wehrwirtschaftliche Untersuchung. Von *Friedrich Wilhelm Fernau.* 68 S. Preis 1,80 RM.

Major Dr. Hesse erwirbt sich ein starkes Verdienst, indem er in schneller Folge Schriften in der von ihm herausgegebenen Reihe erscheinen läßt. Es gilt, Aufklärung über wehrwirtschaftliche Fragen zu verbreiten, wobei zu bedenken ist, daß man hierüber in der Vergangenheit zu wenig bot, und daß der Kreis derer, die es angeht, heute erheblich gestiegen ist.

Dr. Ernst Hoch vermittelt eine grundsätzliche Betrachtung der Beziehungen zwischen Wirtschaft und Wehr. Dabei geht er von der sehr zutreffenden Bemerkung aus, daß für jeden Entschluß Kenntnis und Beurteilung der „Lage" notwendige Voraussetzung ist. Auch derjenige, dem es einmal obliegen könnte, im Falle eines Krieges im Bereich der Wirtschaft Entschlüsse zu fassen, muß gelernt haben, die wehr- und kriegswirtschaftliche Lage zu beurteilen.

Der Reihe nach werden die wichtigsten Faktoren für die Bewertung der Wehrkraft eines Volkes behandelt: der Raum, die Ernährung, die Roh- und Werkstoffe, die Gütererzeugung, der Verkehr, der Mensch, die Siedlung und die Finanzen. Zum Schluß werden die organisatorischen Maßnahmen erörtert, die nötig sind, um die wehrwirtschaftliche Ausrichtung zu verstärken, und um die Überführung der Wirtschaft in den Kriegszustand vorzubereiten.

Hier knüpft *Rauscher* an und zeigt, wie in dem zwar beschränkten, aber doch immerhin sehr wesentlichen Bereich der Fertigung von Frieden auf Krieg umgestellt werden muß. Die Schrift soll, wie der Verfasser bescheiden andeutet, kein „Lehr"-Buch sein, sie gibt aber eine Fülle von Beispielen und Fingerzeigen. Diese sind von besonderm Wert, weil sie von einem Mann der Praxis stammen, der aus Selbsterlebtem berichtet.

Der Verfasser gibt einleitend einen kurzen Überblick über den Bedarf an Kriegsgerät und Munition im Weltkriege und über die Vorbereitungen anderer Länder für die Mobilisierung ihrer Industrie. Dann schildert er im einzelnen Arbeitsvorbereitung und Fertigung. Die erstere, mit der schon im Frieden zu beginnen ist, erstreckt sich auf alle Unterlagen, von der Zeichnung und dem Werkstoff angefangen bis zum fertigen Werkstattplan. In den Ausführungen über die Fertigung selbst wird die sehr wichtige Frage der Verwendung einfacherer Maschinen erörtert, die Arbeiterfrage und dann vor allem die Erziehung zu der Genauigkeit, die nun einmal bei der Heeresfertigung die Abnahme fordern muß.

Am Beispiel einer landwirtschaftlichen Maschinenfabrik wird zum Schluß gezeigt, wie die Umstellung praktisch erfolgt. Sinn des Büchleins ist, uns davor zu bewahren, daß andere Völker einen Vorsprung vor uns gewinnen.

Diese Sorge könnte aufsteigen, wenn man daran denkt, wie lange schon, als wir noch wehrlos waren, andere an dieser Vorbereitung gearbeitet haben. Nützlich ist daher, zu wissen, wie fremde Staaten sich auf die Kriegswirtschaft einstellen. *Gerold von Minden* beschreibt, wie die Vereinigten Staaten von Amerika vorausplanend dem zu erwartenden Bedarf die Erfüllung im Ernstfall anzupassen gedenken. Daß gerade USA gewählt ist, macht die Arbeit um so wertvoller, als dort in einem sonst nicht gewohnten Ausmaß von den verantwortlichen Dienststellen Tatsachenmaterial der Öffentlichkeit unterbreitet wird. So sehr fast alle für die Wehrwirtschaft wichtigen Faktoren in den Vereinigten Staaten von den entsprechenden Verhältnissen in Europa abweichen — es sei nur an den Raum, die Rohstoffe, den Facharbeiter erinnert — so sind doch die Grundgedanken überall die gleichen, und die Ausführungen müssen auch dem deutschen Wehrwirtschaftler willkommene Anregungen geben.

In vier Hauptteilen der Schrift werden behandelt: Die kriegswirtschaftlichen Probleme im Weltkriege, die Vorbereitung der industriellen Mobilmachung, die Vorbereitung der Kriegswirtschaft und schließlich ein Umriß der zukünftigen Wehrwirtschaftspolitik. Am Ende finden wir die Mahnung, eine gesamtwirtschaftliche Planung vorzusehen und sich nicht mit Stückwerk zu begnügen.

In anderer Form führt *Friedrich-Wilhelm Fernau* in die Wehrwirtschaft des Britischen Weltreiches ein. Hier handelt es sich nicht um vorbereitende Maßnahmen, getroffen im Hinblick auf einen etwa kommenden Krieg, sondern um eine Vormachtstellung, gegeben durch Herrschaft über das Weltmeer hin. Es wird die Wirtschaftsleistung im Raume des Orients und seine Bedeutung im Rahmen der Rohstoffwirtschaft des Empire untersucht. Erdöl und Baumwolle stehen im Vordergrunde dieser Betrachtung. Anschließend Bemerkungen über den Land-, See- und Luftweg nach dem Orient! Der letzte Abschnitt über die wehrwirtschaftliche Kraft des Britischen Weltreichs läßt besonders gut die enge Verflechtung zwischen Wehrwirtschaft und Politik erkennen. In diesem Zusammenhang erscheint auch die Industrialisierung Indiens in neuem Lichte. Manche der vorgetragenen Gedanken haben naheliegende Bedeutung für ein Volk, das das Fehlen von Kolonien als auf die Dauer unerträglich ansieht. *Kothe* VDI [3394]

Energiewirtschaft

Die Energiewirtschaft der Welt. Ergebnisse der III. Weltkraftkonferenz, Washington 1936 in deutscher Betrachtung. Herausgegeben von *C. Krecke.* Berlin 1937, VDI-Verlag G. m. b. H. 193 S. Preis 10 RM (für VDI-Mitgl. 9 RM).

Im Band 30 (1937) Heft 1 unsrer Zeitschrift brachten wir eine Besprechung der deutschen Berichte zur III. Weltkraftkonferenz. Nunmehr ist von Direktor *C. Krecke,* dem Vorsitzer des Deutschen Nationalen Komitees unter Mitwirkung anerkannter deutscher Fachleute auf dem Gebiete der Energie-

wirtschaft ein Querschnittsbericht über diese interessante Tagung in Washington erschienen. Er wertet nicht nur die zur III. Weltkraftkonferenz eingereichten Berichte aus und erleichtert dadurch ungemein die Erschließung dieser Beiträge für das deutsche Fachschrifttum, sondern er enthält auch die wichtigsten Ergebnisse der Aussprachen wie überhaupt grundlegende Betrachtungen über große energiewirtschaftliche Fragen in der Welt. Besonderer Wert kommt der Veröffentlichung dadurch zu, daß die Gesamtberichterstattung des Amerikanischen Komitees der Weltkraftkonferenz bis heute noch nicht erschienen ist.

Das in Washington behandelte Gebiet der „Nationalen Energiewirtschaft" ist in folgende Abschnitte aufgeteilt worden: Statistische Grundlagen. Bearbeiter: Dr.-Ing. E. h. *A. Menge;* Brennstoffindustrie: Teil I Steinkohle. Bearbeiter: Landrat Bergassessor a. D. *W. Tengelmann;* Teil II Braunkohle. Bearbeiter: Bergassessor a. D. *W. Klingspor* und Bergassessor a. D. *W. von Zglinicki;* Teil III Erdöl. Bearbeiter: Dr. *H. Fahrion;* Teil IV Treibstoffe. Bearbeiter: Dr.-Ing. E. h. *H. Koppenberg* und Dr.-Ing. *E. Würzner;* Elektrizitätswirtschaft. Bearbeiter: Dipl.-Ing. *W. Zschintzsch;* Gaswirtschaft. Bearbeiter: Dr.-Ing. *F. zur Nedden;* Wasserwirtschaft. Bearbeiter: Reg.-Baurat a. D. Dir. *O. Henninger;* Aufbau und Regelung der Energiewirtschaft. Bearbeiter: *C. Krecke,* Leiter der Reichsgruppe Energiewirtschaft.

Dem Werk vorangestellt ist die Ansprache, die der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, *Franklin D. Roosevelt,* an die III. Weltkraftkonferenz am 11. September 1936 in Washington gehalten hat. Dr. *Fr.* [3404]

Aus andern Zeitschriften

Das Rechnungswesen der Betriebe unter dem Einfluß der Marktordnung. *F. W. Hardach.* Die Betriebswirtschaft Jg. 31 (1938) H. 1 S. 1/11.

Wesen der Marktordnung; Einflüsse auf das Rechnungswesen, das ihr dient (volkswirtschaftliche Rolle des betrieblichen Rechnungswesens; Rechnungswesen als Voraussetzung der Marktkontrolle; Verschleierungstendenzen; Ausbau des Rechnungswesens als Wirtschaftlichkeitskontrolle). Beeinflussung der Einzelgebiete: Buchhaltung, Kostenrechnung, Betriebsstatistik.

Beitrag zur Schematisierung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen. *H. Müller.* Archiv f. d. Eisenhüttenwesen Jg. 11 H. 7 (Jan. 1938) S. 345/54, 3 Taf., 1 Diagr.

Zusammenstellung der systematischen Unterschiede der Wirtschaftlichkeitsrechnungen nach Rechnungszweck, Eigenart der Betriebe, Erzeugnisart und rechentechnischer Durchführungsform. Beispiele der Vielseitigkeit der Ziele und Formen und der Erfassung der verschiedenen Einflußfaktoren bei Teilrechnung und Gesamtrechnung. — Wirtschaftlichkeitsrechnungen werden als Vorrechnungen aufgefaßt im Gegensatz zu Wirtschaftlichkeitsnachweisen als Nachrechnungen.

Die kriegswirtschaftliche Bedeutung des Holzes. *P. Handel-Mazzetti.* Der Deutsche Volkswirt Jg. 12 Nr. 17 (21. 1. 38) S. 783/86.

Das Holz im ersten Weltkriege. Heutige Bedeutung als Grundlage wichtiger Neustoff-Erzeugung. Wehrwirtschaftliche Gewinnungs- und Erfassungsmaßnahmen in verschiedenen Ländern.

Kranführerschulung als Beispiel praktisch angewandter Arbeitswissenschaft. *A. Tolksdorf.* Stahl und Eisen Jg. 57 (1937) Nr. 51 S. 1424/30, 11 Abb.

Arbeitsplatzstudie an Kranen. Psychotechnische Eignungsprüfung. Arbeitstechn. Lehreinrichtungen der Kranführerschule. Schulung im mechanischen und elektrischen Fehlerfeld der Krane.

Rationalisierung der Wirtschaftsstatistik. *F. Schulte.* Der Deutsche Volkswirt Jg. 12 Nr. 19 (4. 2. 38) S. 870/72.

Überblick über Aufgaben und Träger der heutigen (staatlichen) Wirtschaftsstatistik. Die Mitarbeit der Wirtschaftsorganisationen. Mängel und Lücken der heutigen Wirtschaftsstatistik werden berührt, aber leider nicht vollzählig erwähnt. Der Verfasser stellt die Produktionsstatistik zu sehr in den Vordergrund. — Vorschlag eines statistischen Gesetzes und einer amtlichen, sachverständigen Zentrale zur Vermeidung von Doppelerhebungen und zur Entlastung der Betriebe.

Gruppenstatistik. *E. Böhner.* Die Deutsche Fertigware Jg. 9 (1937) H. 12 S. A 197/202.

Eigenart, Ziele und Verfahrensgrundsätze der Statistik der Wirtschaftsgruppen. Unterschiede zur Verbandsstatistik. Aufgaben und Erkenntnismöglichkeiten an der Gruppenstatistik. — Einzelausführungen zur Technik usw. der Gruppenstatistik werden hier vermißt.

Absatzfördernde Vertriebsstatistik. *A. Fritz.* Die Deutsche Fertigware Jg. 9 (1937) H. 12 S. A 203/6.

Wichtiger Beitrag zur Ausgestaltung und Auswertung der Absatzstatistik als Unterlage der Vertriebsführung. Eine Belehrung für jene, die sich mit einer Umsatz-Ausgangsstatistik nach Wert und Menge begnügen zu dürfen glauben.

INDUSTRIELLER VERTRIEB

UNTER MITWIRKUNG DER FACHGRUPPE VERTRIEBSINGENIEURE BEIM VDI

Der Außenhandel Japans und seine Einschränkung durch den China-Konflikt

Von GERHARDT H. RUDLOFF, Oberingenieur der Humboldt-Deutzmotoren A. G., z. Zt. Tokyo

Der seit 1932 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung Japans ist durch den Konflikt mit China unterbrochen worden. Die durch den Krieg entstehenden Mehrausgaben haben das Land zu einer starken Einfuhrbeschränkung gezwungen, die wahrscheinlich auch noch einige Jahre nach Kriegsende anhalten wird. Für die Ausfuhr von Erzeugnissen, die auch im Lande selbst hergestellt werden, bestehen daher jetzt — soweit es sich nicht um unmittelbaren Heeresbedarf handelt — und auch in Zukunft wenig Aussichten.

Allgemeines

Nach einer langen Depression setzte im Jahre 1932 ein bedeutender wirtschaftlicher Aufschwung Japans ein. Die Gründe hierfür waren zweierlei Art: Erstens wurde der Yen auf ein Drittel seines Normalwertes erfolgreich abgewertet, ohne daß im Lande selbst die Preise und Lebenskosten stiegen, und zweitens erteilten Armee und Marine große Aufträge an die Industrie, eine Tatsache, die eine Vergrößerung aller schwerindustriellen Betriebe zur Folge hatte.

Auch der japanische Außenhandel zog aus diesem wirtschaftlichen Auftrieb Nutzen und hat sich in den Jahren 1932 bis 1937 gegenüber früheren Jahren ungefähr verdoppelt.

Zahlentafel 1
Entwicklung des japanischen Außenhandels in Mill. Yen

Jahr	Ausfuhr	Einfuhr	Gesamtaußenhandel
1934	2172	2283	4455
1935	2499	2472	4971
1936	2693	2764	5457
1937 I. Halbj.	1528	2146	3674

(1 Yen z. Zt. = rd. 0,70 RM)

Zahlentafel 1 schließt Korea, Formosa und die Südseeinseln nicht ein. Die entsprechenden Zahlen dieser Gebiete belaufen sich aber nur auf rd. 200 Mill. Yen, verändern das Bild also nicht sehr.

Japans Außenhandelslage ist stark, weil das Land genügend Nahrungsmittel erzeugt, um seine Bevölkerung ausreichend zu ernähren. Auch die Beschaffung von Rohstoffen ist für Japan nicht so schwierig, wie allgemein geglaubt wird, da

nahezu 70 % aller benötigten Rohmaterialien in Japan selbst, seinen Kolonien und in dem von ihm abhängigen Kaiserreich Mandschukuo erzeugt werden. Da Japan Baumwolle, Wolle, Gummi sowie den größeren Teil seines Bedarfes an Mineralöl, Aluminium und Eisenerzen einführen muß, sind die übrigbleibenden 30 % Einfuhr für das Land aber durchaus unentbehrlich. In früheren Jahren ist es wohl immer gelungen, die notwendige Einfuhr durch Ausfuhr, Schiffahrtseinnahmen usw. auszubalanzieren, wie auch ein Vergleich der oben angeführten Zahlen zeigt; vom 1. 1. bis 31. 8. 1937 ist aber bereits ein Einfuhrüberschuß von rd. 800 Mill. Yen entstanden, so daß Japan bisher für über 400 Mill. Yen Gold ausführen mußte und sich außerdem gezwungen sah, die Einfuhr zu drosseln. Aus diesem Grunde wurden am 8. 1. 1937 strenge Devisen- und Kapitalfluchtgesetze eingeführt, und es muß jeder Einfuhrauftrag durch das zuständige Finanzamt genehmigt werden. Zu welchen Einschränkungen und Auswirkungen dieses System der „permits" geführt hat — und in stärkerem Maße wahrscheinlich noch führen wird — soll weiter unten näher behandelt werden.

Zahlentafel 2. Die Hauptwettbewerber auf dem japanischen Absatzmarkt
(nach ihrem Umsatz in Mill. Yen geordnet)

Land	1936			1. 1. bis 30. 6. 1937		
	Gesamt	Ausfuhr	Einfuhr	Gesamt	Ausfuhr	Einfuhr
Nordamerika . . .	1442	847	594	972	635	337
Britisch-Indien . .	631	372	259	431	309	122
Mandschukuo . . .	356	206	151	232	141	92
China	315	155	160	228	103	125
Holländ.-Indien . .	243	114	129	195	80	115
England	220	73	147	126	58	687
Deutschland . . .	151	115	35	110	90	21

Aus diesen Zahlen ist deutlich die überragende Stellung zu erkennen, welche die Vereinigten Staaten von Amerika im japanischen Außenhandel einnehmen.

Deutschlands Außenhandel mit Japan

Deutschlands Außenhandelsbilanz ist im Zeitraum der letzten 3½ Jahre stets stark aktiv gewesen und hat sich auf einer langsam ansteigenden Linie bewegt, wie Zahlentafel 3 zeigt.

Zahlentafel 3
Deutschlands Außenhandel mit Japan in Mill. Yen

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Insgesamt
1934	19,7	109,6	129,3
1935	26,8	120,8	147,6
1936	35,1	115,5	150,6
1937 1. Halbj.	20,7	89,6	110,2

Da im Rahmen dieses Berichtes besonders interessiert, wie stark die deutsche Ausfuhr an Maschinen nach Japan ist und in den früheren Jahren war, seien auch dafür einige Zahlen angeführt. Es wird dabei die deutsche Maschinenausfuhr der Ausfuhr aus USA — unserem stärksten Mitbewerber auf diesem Gebiet — gegenübergestellt:

Zahlentafel 4. Japans Maschineneinfuhr in Mill. Yen

Jahr	Gesamt	Aus Deutschland	Aus USA
1934	96,7	24,4	35,1
1935	102,7	28,2	38,4
1936	89,4	24,0	37,9
1937 1. Halbj.	78,9	20,0	37,9

In weitem Abstand erst kommen England, Schweden und andere Länder.

Die Zahlen in Zahlentafel 4 schließen elektrische Maschinen (nur rd. 1 bis 2 Mill. Yen) und Automobile (rd. 32 Mill. Yen, die fast nur aus den Vereinigten Staaten eingeführt werden) nicht ein. Wenn der deutsche Anteil, verglichen mit dem von USA, zurückgegangen ist, dann ist dies hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Vereinigten Staaten ihre Ausfuhr in Werkzeugmaschinen auf Kosten des Deutschen Reiches steigern konnten, da die deutschen Lieferzeiten gegenüber den amerikanischen außerordentlich lang waren.

Der Einfluß des China-Konfliktes auf den japanischen Außenhandel

Das seit Mitte 1937 eingeleitete Wirtschafts- und Reorganisationsprogramm der Regierung *Konoe* sollte ein Fortschreiten auf dem Pfad des wirtschaftlichen Aufstieges bedeuten. Die drei wichtigsten Punkte dieses Programms waren: Produktionssteigerung, Währungsschutz und Regelung der Rohstoffversorgung. Ob und in welchem Maße diese Forderungen aber jetzt nach Ausbruch des Konfliktes mit China durchgeführt werden können, hängt von dem Ausgang dieses Krieges ab, d. h. von der Tatsache, wieviel er bis zum Friedensschluß gekostet haben wird. Wäre der Zwischenfall mit China nicht gekommen, so würde Japan noch nicht einmal 12 Mill. Yen Staatsschulden haben, was durchaus wenig ist. Wie aber nun auch der Krieg militärisch enden wird, so kann doch schon jetzt gesagt werden, daß er auch Japan große finanzielle Verluste bringen muß. Schon jetzt sind von dem Parlament 2 Mrd. Yen für die Unkosten des Chinakrieges bewilligt worden (rd. ein Viertel mehr, als der gesamte russisch-japanische Krieg 1904/05 kostete), und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß bei Kriegsende die Staatsschulden des Landes auf vielleicht 17 Mrd. Yen ansteigen werden. Hinzu kommt außerdem noch, daß die japanische Ausfuhr nach China, die 1936 immerhin 170 727 Mill. Sh. $ betrug, während und nach dem Krieg stark zurückgehen und auch da Verluste bringen wird. Es kann daher schon jetzt mit Bestimmtheit gesagt werden, daß Japan noch einige Jahre gezwungen sein wird, die Einfuhr aufs Äußerste einzuschränken, die Devisengesetze immer mehr zu verschärfen und auch die Expansion der eigenen Industrie zu bremsen. Dies würde also bedeuten, daß die Aussichten, nach Japan zu exportieren, für die Zukunft schlechter werden.

Der erste Schritt, die Einfuhr zu drosseln, wurde am 8. Januar 1937 unternommen, als die bestehenden Kapitalfluchtgesetze verschärft wurden. Vorher waren Rimessen ins Ausland erlaubt, sobald es sich um Waren, Lizenzen oder sonst ein legitimes Geschäft handelte. Im Juli v. J. kamen weitere Erschwerungen hinzu, und bei Ausbruch des Krieges mit China wurde den Importfirmen offiziell mitgeteilt, daß Anträge auf die Genehmigung von Devisenzuteilungen für Nicht-Heeresbedarf — d. h. also für die normalen Bedürfnisse der Industrie — keine Aussicht auf schnelle Genehmigung hätten. Es kann daher mit Sicherheit gesagt werden — und die bisherigen Vorkommnisse haben dies bewiesen — daß Genehmigungen für die Einfuhr von Waren und Maschinen, die auch schon in Japan hergestellt werden, vorläufig außerordentlich selten erteilt werden. Das Finanzamt betont bei seinen Entscheidungen, daß es gar nicht auf die Güte und Vorzüge der eingeführten Waren ankomme, wenn sie nur eben ihren Zweck einigermaßen erfüllten. [3310]

Inhalt

Seite

Aufsatzteil:
Grundsätze und Richtlinien zur Organisation der Buchführung. Von H. Hinnenthal 61
Der Arbeitseinsatz in Deutschland seit 1933 65
Beratung durch unabhängige Fachingenieure 65
Die deutsche Seeschiffahrt von heute. Von Dr. H. Pantlen . 66
Die Kohlenwirtschaft der Welt. III. Südafrikanische Union. Von Bergassessor a. D. W. von Zglinicki 69

Archiv für Wirtschaftsprüfung:
Richtlinien zur Ermittlung und Überwachung der Herstellkosten. Von Dr.-Ing. Otto Bredt 72

Wirtschaftsberichte:
Die deutsche Wirtschaft im Februar 1938. Von Dr.-Ing. Otto Bredt 78
Wirtschaftskennzahlen 81
Kolonialwirtschaft 81
Außenhandel 83

Schrifttum:
Wirtschaftswissenschaft und -politik 84
Wirtschaftsprüfung 86
Wehrwirtschaft 86
Energiewirtschaft 86
Aus andern Zeitschriften 87

Industrieller Vertrieb:
Der Außenhandel Japans und seine Einschränkung durch den China-Konflikt. Von Gerhardt H. Rudloff 87

Verantwortlich für den Textteil: Hauptschriftleiter Dr. Georg Freitag VDI, Berlin — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Peter Valerius VDI, Berlin NW 21
IV. Vj. D. A. 1100 Pl. 3. — Druck: Triasdruck GmbH. Berlin SW 68, Dresdener Str. 97 — VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 40

Copyright by VDI-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 7